

ISSN 0259-7446
EUR 6,50

medien

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

& zeit

**Thema
Revolution und Medien**

**Alternative Medien und digitalisierte
Gegenöffentlichkeiten
Ricarda Drüeke & Elke Zobl**

**What was Guerrilla Media?
Michael Goddard**

**AUF und an.schläge,
Frauensolidarität, fiber und Co
Brigitte Geiger**

**Ethische Überlegungen zur Forschung
mit vulnerablen Gruppen
James Edwards, Diotima Bertel,
Fiona Seiger & Jochen Resch**

**HerausgeberInnen
Christina Krakovsky & Erik Bauer**

3/2021

Jahrgang 36

medien & zeit

Inhalt

Alternative Medien und digitalisierte Gegenöffentlichkeiten Ricarda Drüeke & Elke Zobl.....	5
What was Guerrilla Media? From Armed Struggle to Guerrilla Television and Punk DIY Practices Michael N. Goddard.....	15
AUF und an.schläge, Frauensolidarität, fiber und Co Zu Entwicklungen feministischer (Print-)Medien in Österreich im Kontext der zweiten (und dritten) Frauenbewegung Brigitte Geiger.....	29
Ethische Überlegungen zur Forschung mit vulnerablen Gruppen Ein Leitfaden für Forscher*innen und Praktiker*innen James Edwards, Diotima Bertel, Fiona Seiger & Jochen Resch.....	38
Rezensionen	54
Nachruf Marianne Lunzer	60

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger

Verein: Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)
Währinger Straße 29, 1090 Wien
ZVR-Zahl 963010743

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen bei den
AutorInnen. Open Access unter <https://medienundzeit.at>,
CC BY-NC-ND 4.0

Der AHK wird vom Institut für Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft, Universität Wien, unterstützt.

HerausgeberInnen

Christina Krakovsky, Erik Bauer

Redaktion Buchbesprechungen

Thomas Ballhausen, Michael Hendrik, Simon Sax

Redaktion Research Corner

Erik Bauer, Christina Krakovsky

Lektorat & Layout

Christina Krakovsky

Prepress & Versand

Grafikbüro Ebner, Wiengasse 6, 1140 Wien

Erscheinungsweise & Bezugsbedingungen

medien & zeit erscheint vierteljährlich gedruckt und digital

Heftbestellungen:

Einzelheft (exkl. Versand): 6,50 Euro

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): 22,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 30,00 Euro

Jahresabonnement für StudentInnen:

Österreich (inkl. Versand): 16,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 24,00 Euro

Info und Bestellung unter abo@medienundzeit.at

sowie auf <http://www.medienundzeit.at>

Bestellung an:

medien & zeit, Währinger Straße 29, 1090 Wien

oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

Advisory Board

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Stefanie Averbek-Lietz** (Bremen)

Prof. Dr. **Markus Behmer** (Bamberg)

Dr. **Thomas Birkner** (Münster)

Prof. Dr. **Hans Bohrmann** (Dortmund)

Prof. Dr. **Rainer Gries** (Jena, Wien)

Univ.-Prof. Dr. **Hermann Haarmann** (Berlin)

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Susanne Kinnebrock** (Augsburg)

Univ.-Prof. Dr. **Arnulf Kutsch** (Leipzig)

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Maria Löblich** (Berlin)

Univ.-Prof. Dr. **Ed Mc Luskie** (Boise, Idaho)

Dr.ⁱⁿ **Corinna Lüthje** (Rostock)

Prof. Dr. **Rudolf Stöber** (Bamberg)

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Martina Thiele** (Salzburg)

Vorstand des AHK

Dr.ⁱⁿ Gaby Falböck, Obfrau

Prof. Dr. Fritz Hausjell, Obfrau-Stv.

Dr. Christian Schwarzenegger, Obfrau-Stv.

Mag.^a Christina Krakovsky, Geschäftsführerin

Mag.^a Diotima Bertel, Geschäftsführerin-Stv.

Dr. Norbert P. Feldinger, Kassier

Mag.^a Daniela Schmidt, Kassier-Stv.

Dr. Erik Bauer, Schriftführer

Mag.^a Julia Himmelsbach, Schriftführer-Stv.

Dr. Thomas Ballhausen

Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Ing. MMMag. Dr. Johann Gottfried Heinrich, BA

Mag. Bernd Semrad

Mag. Roland Steiner

ISSN 0259-7446

Editorial

Umwälzung“, so lautet die ursprüngliche Bedeutung des Wortes Revolution, die sich wie die zugrundeliegende Verbform „revolvere“ (umwälzen, zurückrollen) zunächst noch gar nicht auf Gesellschaft und Politik bezog, sondern – so lehrt uns die Etymologie des Begriffes – auf den Umlauf der Sterne. Erst im Italien des 13. Jahrhunderts wurde der Terminus „Revolution“ politisch gefasst – und dabei wohl zunächst negativ konnotiert, nämlich im Sinne von „Unruhe des Volkes, Aufstand, Staatsstreich.“ Im 15. Jahrhundert gelangte der Begriff – auf Umwegen über das Englische und Französische – schließlich ins Deutsche (Kluge, 2002, 762).

Gesellschaftliche Umwälzungen sollen uns auch im vorliegenden Heft interessieren, ihr Zusammenhang mit Öffentlichkeit und Medien, wobei soziale Bewegungen wie die Arbeiter*innenbewegung, die kommunistische Bewegung, die 68er Bewegung, die neue Linke, und nicht zuletzt die Frauenbewegung ohne eigene mediale Formen wohl nicht denkbar gewesen wären.

Revolutionäre Kämpfe um Hegemonie sind Praktiken, die nicht nur, aber meistens mit und rund um Medien ausgedrückt, angetrieben oder verhandelt werden. Das Stichwort des medialen Handelns befördert – zumindest für Kommunikationswissenschaftler*innen – den Terminus der „alternativen Medien“ zu Tage, wobei nicht nur Assoziationen wie „Emanzipation“ und „alternative Partizipation“ geweckt werden, sondern auch Terrorismen, „Fake News“ bzw. Des- und Falschinformation sowie rechtspopulistische, rechte und hasserfüllte Botschaften.

Alternative Medien sorgen – wenn auch nicht ausschließlich – für Öffentlichkeiten der kleinen und großer „Revolutionen“. Zumindest im Zuge der 68er Bewegung und in den darauffolgenden siebziger Jahren war der Begriff der „alternativen Medien“, obwohl damals bereits etwas unscharf und verallgemeinernd, theoretisch noch auf binär dualistische Weise am Begriffspaar „Öffentlichkeit“ versus „Gegenöffentlichkeit“ festzumachen: ob „emanzipatorisch“ versus „repressiv“ bei Jürgen Habermas (1962), „proletarisch“ versus „bürgerlich“ bei Oskar Negt und Alexander Kluge (1972), oder „Powerblock“ versus „The People“ – dem Konzept Antonio Gramscis folgend – in den Cultural Studies und im Postmarxismus (siehe

u.a. Mouffe, 2018). Auch für feministische Interventionen ab den 1970er Jahren erwies sich der Zugang zu neuen und alternativen Medien und Öffentlichkeiten bzw. die Schaffung neuer und eigener Kommunikationsstrukturen als konstitutiv.

Die Verlagerungen von „Gegenöffentlichkeiten“ in den digitalen Raum im Zuge des Aufschwungs des Internets in den 1990ern wurden zunächst von manchen euphorisch mit der Hoffnung auf eine neue „gegenöffentliche“ Praxis, ganz im Sinne von Hans Magnus Enzensbergers (bzw. Bertold Brechts) Vision von gleichberechtigten Produzent*innen und Kanälen, verbunden (Enzensberger, 1970). Macht- und Monopolstrukturen im Netz, eine neue Unübersichtlichkeit in den Social Media, eine ungeahnte Vielfalt an oft kurzlebigen und verflochtenen Strukturen, sowie fluktuierende Machtkonzentrationen konterkarierten diese Utopie. Die Vielfalt verwachsener und undurchsichtiger Machtstrukturen im Netz lässt heute begrifflich eher an „Rhizome“ und „Dispositive“ im Sinne von Gilles Deleuze bzw. Michel Foucault denken, als an monolithische Blöcke von „Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit“. Auch der Blick zurück zu den Ursprüngen von „Revolutionen“ und revolutionären Bewegungen und ihren Medien liegt nahe, etwa angeregt durch die Verwendung des mittlerweile fast schon inflationär gebrauchten Begriffes „Guerilla-Medien“ (samt anschließenden, meist a-historischen oder a-politischen Wortkreationen wie Guerilla Marketing bis Guerilla Gardening).

Zuletzt hatte sich *medien & zeit* explizit im Jahre 2002 in einem Themenheft mit „Gegenöffentlichkeit“ beschäftigt, – die angesprochenen Veränderungen und Fragen sind Anlass genug, in einer neuen und differenzierten Weise den Blick auf „Revolutionen“ und ihre öffentliche mediale Begleitung zu werfen.

Vor dem Hintergrund der Produktion und Nutzung digital vernetzter Medien von Gegenöffentlichkeiten werfen **Ricarda Drüeke** und **Elke Zobl** einen Blick auf kulturwissenschaftliche und historische Kontexte zu medialen Praktiken. Nicht zuletzt durch eine umsichtige interdisziplinäre Zusammenführung von Konzepten und Definitionen gelingt den

Autorinnen eine vielschichtige Besprechung des Phänomens „alternative Medien“. Die binäre Vorstellung von alternativ versus etabliert, von emanzipatorisch versus reaktionär wird überwunden und Produktion, Distribution und Nutzung als soziale Prozesse des Aufsässigen aber auch des Flüchtigen einbezogen. Bereits in den 1950er Jahren begann partizipatorische Kulturen das Forschungsinteresse zu wecken, womit auch die Produktion alternativer Medien Gegenstand analytischer Betrachtung wurde. Daran anknüpfend erstellen die Autorinnen eine Chronologie und Typologie von webbasierten Praktiken. Beispielhaft werden feministische digitale Räume diskutiert, die ihren Ausgangspunkt in den 1990er Jahren nahmen. Darüber hinaus werden Prozesse der Kommerzialisierung sowie der Etablierung digitaler Plattformen besprochen und die einschneidenden Nutzungs- und Produktionsveränderungen durch die breite Verwendung von smarten Mobiltelefonen und konnektiven Handlungsoptionen berücksichtigen. Schließlich wird auf Algorithmisierung, technische Affordanzen und die Auswirkung auf Öffentlichkeiten als „mini-publics“ samt veränderten Formen der Partizipation eingegangen. Resümierend wird festgehalten, dass Technologie kein Garant für Partizipation oder Widerstand ist, noch das Partizipation rein im Sinne von Emanzipation oder demokratischer Beteiligung gedacht werden kann. Alternative Medien, so die Autorinnen, sind vor allem eines: widersprüchlich.

Guerrilla Media stehen im Fokus des Beitrags von **Michael N. Goddard**, der einerseits die Nutzung von Medien als asymmetrische Form der Kriegsführung bespricht, sie andererseits als soziale Praktiken fasst, die (Teil-)Gesellschaften erreichen und einbinden. Dabei beobachtet Goddard Medienkampagnen von Guerrilla Gruppen der 1960er und 1970er Jahre und beschreibt deren Strategien zur Distribution und Manipulation von Informationen. Der dabei praktizierte kreative und professionell-kalkulierte Umgang mit Medien und Netzwerken wird anhand von bekannten Truppen und Anführer*innen wie Ernesto „Che“ Guevara in Kuba, Mao Tse Tung in China, die Rote Armee Fraktion (R.A.F.) in Deutschland und den us-amerikanischen Weather Underground verdeutlicht. Gleichzeitig streicht Goddard die parallele Übernahme von medialen Taktiken in

spielerischer Form durch soziale und avantgardistische Bewegungen ohne militantem Hintergrund auf. Dabei blickt er beispielhaft nach Frankreich zu Guy Debord und den Situationist International, oder dem guerrilla television movement in den USA, die sich mitunter radikale Intervention mit dem Publikum zu eigen machten, um auf einfältige, etablierte Denkweisen aufmerksam zu machen. Goddard verweist allerdings auch auf Entwicklungen der Kommerzialisierung und dem damit einhergehenden Verlust des revolutionären Potentials. Hier knüpft er an die britische Punk-Bewegung an und zeigt auf, wie politische Inhalte durch die Einbettung in kapitalistische Strukturen kompromittiert werden (als prominentes Exemple dienen die Musikgruppen „The Sex Pistols“ oder „The Clash“). Andererseits nutzten Vertreter*innen der Punk-Bewegung Guerilla-Taktiken, um politisch-anarchistische Gedanken zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und damit erfolgreich Einfluss auszuüben – Taktiken des oppositionellen Vorgehens, die wenig an Relevanz oder Aktualität verlorenen haben.

Der Heftschwerpunkt *Revolution und Medien* schließt mit dem Aufsatz *AUF und an.schläge, Frauensolidarität, fiber und Co*, in dem sich **Brigitte Geiger** mit der Genese feministischer Medien in Österreich auseinandersetzt. Für die Frauenbewegung dienten Medien dazu eigene Räume und Kommunikationsstrukturen zu schaffen, Informationsaustausch und Diskussion zu ermöglichen sowie Forderungen zu artikulieren und natürlich zu mobilisieren. „Alternativmedien“ können in diesem Sinn als nicht-kommerzielle, basisnahe und partizipative Medien begriffen werden, die oppositionelle Sichtweisen präsentieren und herrschende Geschlechterverhältnisse kritisch in den Blick nehmen. Den historischen Auftakt feministischer Medien setzt Brigitte Geiger mit dem Kampf gegen das Abtreibungsverbot Anfang der 1970er Jahre. Davon ausgehend führt der Überblick zu detailliert recherchierten Titeln weiter durch die Jahrzehnte bis zur aktuellen queer-feministischen Netzcommunity mitsamt deren bitteren Begleiterscheinungen von antifeministischen Parolen und sexistischem Hass. Jeweils hervorgehoben werden inhaltliche Entwicklungen, thematische Spezialisierungen aber auch Produktionsbedingungen, Institutionalisierung und Professionalisierung. Damit

gelingt es Geiger in ihrem Beitrag Prozesse und Strömungen von feministischen und queer-feministischen „Alternativmedien“ abzubilden, theoretisch zu erfassen aber auch speziell österreichische Spezifika herauszuarbeiten.

Der vierte Beitrag dieser Ausgabe ist ein thematischer Ausreißer und schließt an die vorige *medien & zeit*-Ausgabe, *Perspektiven auf Vulnerabilität. Von der Metaebene zur Praxis*, herausgegeben von Diotima Bertel, Gaby Falböck und Anna Klail, an. Die Autor*innen **James Edwards**, **Diotima Bertel**, **Fiona Seiger** und **Jochen Resch** befassen sich Anforderungen der Forschungspraxis im Zusammenhang mit vulnerablen Gruppen. Unterfüttert mit praktischen Beispielen werden auf (EU-)rechtliche und ethische Fragestellungen eingegangen, die den gesamten Forschungsprozess begleiten. Besprochen wird, wie ethische Prinzipien etabliert und durchgeführt werden können, sei es im Be-

zug auf Daten und Erhebung, im Austausch mit anderen Forscher*innen oder im Umgang mit (juristisch) relevanten Inzidenzfällen. Der Aufsatz besticht durch einen um Verständlichkeit bemühten Zugang und eindeutige Sprache, die auf konkrete Umsetzung für Forscher*innen und Praktiker*innen abzielen und Klarheit in eine komplexe Materie bringen.

Ein trauriger Anlass schließt vorliegende Ausgabe: Im Nachruf von Wolfgang Duchkowitsch auf die leider unlängst verstorbene ehemalige Wiener Institutsvorständin Marianne Lunzer fällt ein kurzer Erinnerungsblick auf die „Revolution in Wien von 1848“, – auf die „Freiheitswelt der Publizistik“ und „Menschen, die sich für das Los von Menschen medial eingesetzt haben.“

Christina Krakovsky & Erik Bauer

Bibliographie

- Kluge, D. (2002). *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache* (bearbeitet von Seebold, E.). 24. Aufl. Berlin, NY: de Gruyter.
- Habermas, J. (1962). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit*. Neuwied, Berlin: Suhrkamp
- Negt, O., & Kluge, A. (1972). *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Mouffe, C. (2018). *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp
- Enzensberger, H. M. (1970). Baukasten zu einer Theorie der Medien. *Kursbuch*, (20)1970, 159–186.

Alternative Medien und digitalisierte Gegenöffentlichkeiten

Ricarda Drüeke & Elke Zobl

Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg

Abstract

Konzepte von alternativen Medien und Gegenöffentlichkeit sind eng mit einem Verständnis von Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen verbunden. Dieser Beitrag basiert auf einem partizipativen Verständnis von Öffentlichkeit. Öffentlichkeit wird durch soziale Praktiken gebildet und formiert sich heutzutage meist mittels Medien und stellt immer auch einen Verständigungsprozess dar. Ausgehend davon wird in diesem Beitrag eine Typologisierung alternativer Medien vorgenommen und dies vor dem Hintergrund partizipativer Praktiken und gleichzeitig der Schwierigkeiten dieser Begrifflichkeiten heutzutage diskutiert. Darauf aufbauend wird entlang von verschiedenen historisch kontextualisierten Phasen die Entwicklungen partizipativer Kulturen im Kontext von alternativen Medien und Gegenöffentlichkeiten nachgezeichnet. Anhand von Beispielen wird jeweils die Bedeutung verschiedener alternativer, digital unterstützter Medien für die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten aufgezeigt.

Wir argumentieren, dass alternative Medien als widersprüchlich, konflikthaft und umkämpft zu fassen sind und auch von Ungleichheiten und Ausschlüssen durchzogen sein können. Im Zeitalter von Fake News, Verschwörungsmutten und alternativen Fakten rücken die Begrifflichkeiten von Gegen-Medien, Gegen-Öffentlichkeiten in den Fokus und die Bedeutung von alternativen Medien und alternativen Öffentlichkeiten verschiebt sich. Nicht mehr nur emanzipatorischer Mediengebrauch steht im Fokus, sondern verstärkt diskutiert werden reaktionäre, verschwörerische und diffamierende Gebrauchsformen und Äußerungen. Participatory Cultures und vernetzte Öffentlichkeiten können jedoch trotz der genannten Herausforderungen neue Räume, neue Artikulationsformen und neue Sichtbarkeiten insbesondere auch für emanzipatorische Bewegungen und Akteur:innen formieren.

Keywords: Alternative Medien, Gegenöffentlichkeiten, Öffentlichkeiten, Partizipation, partizipative Kulturen, digital vernetzte Medien

Konzepte von alternativen Medien und Gegenöffentlichkeiten sind eng mit einem Verständnis von Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen verbunden. Partizipation ist einer der zentralen Schlüsselbegriffe historischer und gegenwärtiger Diskussion um Medien geworden und hat durch digital vernetzte Medien erneut eine Renaissance erfahren. Gegenöffentlichkeiten – in dem Sinne, dass sie sich gegen eine hegemoniale Öffentlichkeit richten – und alternative Medien, die eigene Kommunikationsformen und -foren ausbilden, können dabei emanzipatorisch, aber auch reaktionär sein.

Zunehmend stehen nicht nur alternative Medienproduktionen selbst im Fokus, sondern auch die Nutzung von (digital vernetzten) Medien und die daraus resultierenden kulturellen und medialen Repräsentationen. Diese

digitalen Formen prägen gegenwärtige partizipative Praktiken; sie sind jedoch in ihrem historischen Kontext einzubetten, da sie ihren Ursprung in Konzepten der Cultural Studies haben, die insbesondere auf das Konzept der Participatory Cultures Bezug nehmen. Jedoch sind nicht Medien und mediale Produktionen selbst als partizipatorisch und emanzipatorisch zu sehen, sondern die kulturellen Praktiken, in deren Zusammenhängen verschiedene Medien genutzt und produziert werden, gleichwohl können sie auch reaktionäre und hasserfüllte Formen ausbilden.

Dieser Beitrag basiert auf einem partizipativen Verständnis von Öffentlichkeit. Öffentlichkeit wird durch soziale Praktiken gebildet, formiert sich heutzutage meist mittels Medien und stellt immer auch einen Verständigungsprozess

dar. Ausgehend davon wird in diesem Beitrag eine Typologisierung alternativer Medien vorgenommen und dies vor dem Hintergrund partizipativer Praktiken und gleichzeitig der Schwierigkeiten dieser Begrifflichkeiten heutzutage diskutiert. Darauf aufbauend werden entlang von verschiedenen historisch kontextualisierten Phasen die Entwicklungen partizipativer Kulturen im Kontext von alternativen Medien und Gegenöffentlichkeiten nachgezeichnet. Anhand von Beispielen wird jeweils die Bedeutung verschiedener alternativer, digital unterstützter Medien für die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten aufgezeigt.

Begriffsbestimmung: Participatory Cultures und alternative Medien

In diesem Abschnitt wird zunächst das Konzept der Participatory Cultures vorgestellt, das die Grundlage der Betrachtung alternativer Medien bildet. Daran anschließend wird eine Typologisierung alternativer Medien vorgenommen und herausgearbeitet, inwieweit neuere Ansätze ein umfassenderes Verständnis alternativer Medien liefern.

Das theoretische Konzept der „Participatory Culture“ stellt eine Weiterentwicklung der Arbeiten am Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) der Universität von Birmingham der 1950er Jahre dar, in denen die Analysen von aktuellen und gegenwärtigen Alltagspraktiken, Jugendkulturen, Populärkultur und Macht im Zentrum standen. Participatory Culture bezeichnet grundlegend eine aktive Beteiligung von Menschen an kulturellen und medialen Produktionen, die sie selbstbestimmt gestalten, veröffentlichen und verbreiten. Durch dieses zivilgesellschaftliche Engagement werden aktiv dezentralisierte Netzwerke und Communities geschaffen (Jenkins, 2006). Partizipative Kulturen sind in vielschichtige geschichtliche Entwicklungen eingebettet und außerordentlich heterogen. Sie stehen in vielen Bezügen zu sozialen, künstlerischen und politischen Bewegungen. Aufgrund dieser vielfältigen Ausprägungen sprechen wir im Plural von partizipativen Kulturen.

In diesem Zusammenhang relevant ist auch das Konzept der Cultural Citizenship, mit dem die Ausübung kultureller Praktiken der Teilhabe erfasst wird, die durch digital vernetzte Medien weitere Plattformen erhalten. Elisabeth Klaus und Margreth Lünenborg (2012, 204)

definieren Cultural Citizenship als „cultural practices that allow competent participation in society and includes the right to be represented and to speak actively“. Das bedeutet nicht, die technologischen Möglichkeiten und Limitationen zu vernachlässigen, legt aber den Fokus auf aktivistische Praktiken und Teilhabe und stellt die Herausbildung von Öffentlichkeiten in den Fokus. Nicht jede Beteiligung über technologische Plattformen ist dabei per se widerständig, partizipative Prozesse können auch nicht-emanzipatorische und undemokratische Praktiken umfassen (Janissary Collective, 2013).

Durch solche Praktiken und die Ausübung von Citizenship werden dezentrale Netzwerke und Gemeinschaften geschaffen. Dies löste vielfältige Diskussionen rund um eine aktive Zuhörer:innenschaft, Peer-to-peer-Produktion sowie Prosumers aus. Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf Fan-Kultur („Fandom“), Populär- und DIY (Do-It-Yourself)-Kultur sowie alternative Medienproduktion gelegt. Dies zeigt, dass solche Praktiken heterogen in Ausprägungen, Inhalten, Formen und in deren Kontexten sowie den produzierenden Menschen und deren Motivationen und Ziele sind. Die Motivationen dazu können politisch, sozial, kulturell, künstlerisch bzw. durch die Peer-Group bedingt sein; wichtig dabei ist die Verwendung bzw. Einbeziehung digitaler Medien dazu, so dass neue Publikationsformen, soziales Networking und Protestaktivitäten ausgeformt werden können (Hug, 2011, 5).

Für partizipative Praktiken zentral sind also alternative Medienproduktionen. Alternative Medien werden oft in einer problematischen dichotomen Opposition zu etablierten Medien gesehen und als etwas Gegenhegemoniales begriffen. Dieses binäre Verständnis wird jedoch zunehmend erweitert, um den Kontext, die Folgen, die Prozesse und die relationalen Aspekte alternativer Medienformen und -produktionen in den Blick zu nehmen (für eine Übersicht siehe Gunnarsson Payne, 2009). So sind eine Reihe von Modellen, Typologien und Rahmen entwickelt worden, um alternative und aktivistische Medien und kulturelle Praktiken zusammenzudenken, zu analysieren und ihre Vielfalt, Fluidität, Kontingenz sowie prozessorientierte Offenheit zu berücksichtigen. Insbesondere poststrukturalistische Ansätze gehen über das genannte binäre Denken und das

Modell der Gegenhegemonie hinaus (Gunnarsson Payne, 2009) und ermöglichen es, Macht und agonistische Beziehungen in sozialen und kulturellen Praktiken und der Formierung von Öffentlichkeiten zu berücksichtigen.

Im Folgenden stellen wir vier zentrale Modelle alternativer Medien vor, nämlich aus dem Bereich der Medien- und Kommunikationswissenschaft von Clemenzia Rodriguez (2001) sowie Olga Buedes Bailey, Bart Cammaerts und Nico Carpentier (2008), das kulturorientierte Modell von Chris Atton (2002) sowie aus den Information Studies ein Modell von Leah Lievrouw (2011), das Medienproduktionen und soziale Bewegungen zusammendenkt. Anhand der Darstellung der jeweiligen Kennzeichen werden so die grundsätzlichen Charakteristika alternativer Medien deutlich.

Im Fokus des Modells von Clemenzia Rodriguez (2001) steht eine Kritik am binären Verständnis von alternativen und etablierten Medien:

„While traditional scholarship weighed alternative media by their capacity to alter the empire if media megaliths, I suggest redirecting our focus to understanding how citizens' media activate subtle processes of fracture in the social, cultural and power spheres of everyday life.“
(xiv)

Ihr Modell von „citizen media“ weist darauf hin, in welchen Kontexten Medienproduktionen stattfinden. Sie stützt sich auf die Theorie der radikalen Demokratie und verbindet alternative Medien mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Prozessen, die für sie in Gesellschaften eingebettet sind. Auch wenn solche Medienproduktionen zumeist lokal begrenzt und dennoch heterogen sind, sollten sie als zentral für eine Förderung von Demokratie und des sozialen Wandels anerkannt werden. Sie plädiert dafür, Machtverhältnisse innerhalb von Gemeinschaften und die daraus resultierenden Medienproduktionen als sich ständig neu konstituierend und verschiebend zu betrachten. Während das Konzept der citizen media problematische Vorstellungen von einem nationalstaatlichen Verständnis von Staatsbürgerschaft mit sich bringt, plädiert Rodriguez dafür, zu berücksichtigen,

„how democratic and nondemocratic forces are being renegotiated constantly, and how

citizens' media can strengthen the former, thus contributing to the – although sometimes ephemeral – swelling of the democratic.“
(Ebd., 22)

In ähnlicher Weise versuchen Olga Buedes Bailey, Bart Cammaerts und Nico Carpentier (2008), das Problem monotheoretischer Ansätze zu überwinden, indem sie ein panoptisches und facettenreiches Modell zum Verständnis der Vielfalt und Besonderheit alternativer Medien vorstellen:

„Alternative media should be seen as multiplicity of public spaces, a colourful – but at times contentious – myriad of media initiatives as diversified as society itself.“
(Ebd., 53)

Unter Verwendung der politischen Identitätstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als übergreifendem Rahmen identifizieren sie zwei medienzentrierte Ansätze für alternative Medien, nämlich „serving the community“ und „alternative to mainstream“, und zwei gesellschaftszentrierte Ansätze „linking alternative media to civil society“ und „alternative media as rhizome“. Gerade dieser gesellschaftsorientierte Fokus erweitert eine medienzentrierte Perspektive und streicht die Bedeutung alternativer Medien heraus, als einen Knotenpunkt, an dem sich Akteur:innen aus verschiedenen Bewegungen und Kämpfen treffen und zusammenarbeiten (ebd., 29).

Zwei weitere Modelle, die alternative Medien typologisieren und sich stärker an einer konkreten Analyse von alternativen Medien orientieren, wurden von Chris Atton (2002) und Leah Lievrouw (2011) entwickelt. Beide Modelle umfassen analytische Kategorien, gleichzeitig offerieren sie einen allgemeinen Rahmen, um den Besonderheiten und der Komplexität alternativer Medienproduktion Rechnung zu tragen.

In seinem Buch *Alternative Media* (2002) hat Chris Atton eine Typologie alternativer und radikaler Medien aufgestellt. Er schlägt ein Modell vor, das den Inhalt als Teil einer alternativen Medienkultur ebenso betrachtet wie die Prozesse und Modi der Kommunikation, der Produktion und der sozialen Beziehungen. Im Einzelnen unterscheidet er (ebd., 27):

1. Content (politically radical, socially/culturally radical); news values

2. Form – graphics, visual language; varieties of presentation and binding; aesthetics
3. Reprographic innovations/adaptations – use of mimeographs, IBM typesetting, offset litho, photocopiers
4. Distributive use – alternative sites for distribution, clandestine/invisible distribution networks, anti-copyright
5. Transformed social relations, roles and responsibilities – reader-writers, collective organization, de-professionalization of e.g. journalism, printing, publishing
6. Transformed communication processes – horizontal linkages, networks

In der Typologie konzentrieren sich drei Elemente auf das Produkt: Inhalt, Form und reprografische Innovationen und Anpassungen. Weitere drei Elemente befassen sich mit den Prozessen der Medienproduktion und -verbreitung: alternative Verbreitungsorte, veränderte soziale Beziehungen, Rollen und Verantwortlichkeiten sowie veränderte Kommunikationsprozesse (ebd., 27). Jedes Element, so argumentiert er, sollte als eine Dimension von Kommunikation und sozialen Prozessen betrachtet werden, in der es sich mit anderen mehrdimensionalen Elementen überschneiden kann. Die Rollen und Verantwortlichkeiten sind dabei nicht getrennt voneinander zu sehen, sondern überlappen sich und Bedeutungen von Professionalität, Kompetenz und Erfahrungen/Expertise können sich verschieben (ebd., 25). Nichtsdestotrotz bezeichnet Atton alternative Medien im Allgemeinen als „gegenhegemonial“, weil sie hegemoniale Strukturen in der Gesellschaft herausfordern und eine alternative Öffentlichkeit bilden. Jenny Gunnarsson Payne (2009) streicht heraus, dass das Modell von Atton es ermöglicht, die Widersprüchlichkeit und Hybridität alternativer Medienprojekte zu berücksichtigen und sich von einer starren Dichotomisierung alternativer Medien zu lösen. Sie stellt jedoch fest, dass Atton selbst die binäre Opposition, die er vermeiden möchte, wieder einführt und damit letztlich die Analyse der komplexen Beziehungen zwischen den verschiedenen Medienformen verhindert (ebd., 199). In ihrem Buch *Alternative and activist new media* stellt Leah Lievrouw (2011) einen Rahmen vor, der eine Vielzahl von Medienkommunikation innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen berücksichtigt. Sie stellt fünf Hauptgenres alternativer und aktivistischer neuer Medien

vor, die Culture Jamming, alternatives Computing, partizipativen Journalismus, mediale Mobilisierung sowie Wissens-Allmende umfassen. Aktivistische Kunstbewegungen, neue soziale Bewegungen und Online-Aktivismus, die mit der Entwicklung des Internets und dem Zugang zu diesem entstanden sind, sind ihrer Ansicht nach durch folgende Aspekte miteinander verbunden: durch den Umfang oder die Größe alternativer und aktivistischer Projekte im Bereich der neuen Medien, durch die Haltung der Bewegungen und Projekte gegenüber der Mainstream-Gesellschaft und -Kultur sowie durch die Art der Projekte als Aktionen und der Aktivist:innen als Akteur:innen des sozialen Wandels (ebd., 59). Lievrouw nennt darüber hinaus verschiedene Merkmale in Bezug auf die Haltung alternativer und aktivistischer Medienprojekte (ebd., 63–66): Erstens sind diese Projekte heterotopisch, weil sie „als ‚andere Räume‘“ oder ‚Gegenorte‘“ für Ausdruck, Zugehörigkeit und Kreativität abseits der dominanten Kultur fungieren“. Als solche bringen sie oft neue, alternative, „andere“ Werte und Praktiken ins Spiel. Zweitens ist die Heterotopie von – etwa feministischen – Medienproduktionen mit ihrer „subcultural quality“ (ebd., 65) verbunden, die auf gemeinsamem Insiderwissen und einer „hyper self-reflexivity about the nature of pop culture“ (ebd., 66) gründet, kennzeichnend ist des Weiteren die Verwendung von Ironie und Humor. Drittens sind solche Projekte häufig interventionistisch, indem sie gesellschaftliche Verhältnisse durchbrechen und verändern wollen. Gerade dieser interventionistische Aspekt bezieht sich auf Öffentlichkeit und ein Eingreifen in Machtbeziehungen. Das Modell erlaubt auch, alternative Medien und aktivistische kulturelle Praktiken zu berücksichtigen, die durch ihre Akteur:innen und ihr Handeln stark miteinander verbunden sind. Alternative Medien sind also Teil von Gegenöffentlichkeiten und werden als wichtiges Korrektiv zu den etablierten Medien angesehen. Gegenöffentlichkeit in diesem Zusammenhang meint dabei eine durch nicht-staatlich organisierte oder institutionalisierte, nicht-parteiliche Akteur:innen gebildete Öffentlichkeit, die sich alternativer Medien bedient. Unter Gegenöffentlichkeit, z.T. auch als „alternative Öffentlichkeit“ bezeichnet, werden mit Bezugnahme auf Hauser, Opiłowski und Wyss (2019) Formen von Öffentlichkeit verstanden, die

nicht allein die hegemoniale Öffentlichkeit als Bezugspunkt haben, sondern von unterschiedlichen Akteur:innen und vielfältigen Themen medienunterstützt gebildet werden.

In diesem Abschnitt wurde die Rolle alternativer und aktivistischer Medien und partizipativer Praktiken kontextualisiert. Zentral sind Modelle, die die Flüchtigkeit, Komplexität und Vielfalt von aktivistischen Medienpraktiken berücksichtigen. So können die verschiedenen Machtbeziehungen, agonistischen Formen, der Inhalt und der Kontext sowie die Reichweite berücksichtigt und damit alternative Medien als integrale Bestandteile neuer sozialer Bewegungen und Protestartikulationen betrachtet werden. Die Modelle sowie Typologien alternativer Medien beziehen die Entwicklungen des digitalen Raums (noch) nicht oder kaum ein. Wenn man digital vernetzte Medien berücksichtigt, ergeben sich ausdifferenzierte und dynamische Typologien. Darauf werden wir im folgenden Abschnitt eingehen.

Phasen der Entwicklung partizipativer Kulturen im Kontext von Alternativmedien und Gegenöffentlichkeiten

Im Folgenden werden die Entwicklungen alternativer Medien und Gegenöffentlichkeiten in Bezug auf das Internet und digitale Medien vorgestellt. Dies wird illustriert anhand eines kursorischen Überblicks von Beispielen aus dem Bereich alternative Medien im Kontext feministischer Bewegungen sowie von Artikulationen in rechten Gegenöffentlichkeiten. Interessant ist es nun, den Blick auf die dahinterliegenden Praktiken der Akteur:innen zu werfen und die Frage zu stellen, welche theoretischen Perspektiven Handlungen und deren Formen in den Mittelpunkt rücken und inwieweit sich aktivistische Praktiken verändert haben.

Eine Skizzierung theoretischer Entwicklungslinien partizipativer Kulturen im Kontext digitaler Entwicklungen erfolgte 2013 in *The Participatory Cultures Handbook*. Die Herausgeber:innen Aaron Delwiche und Jennifer J. Henderson arbeiten dabei vier Phasen heraus, nämlich virtual communities, dezentrale Netzwerke, Push-button Publishing and ubiquitous connections, die im Folgenden benannt werden, und um eine fünfte Phase ergänzt werden, die v.a. die Rolle von Plattformen und technischen Affordanzen in den Mittelpunkt rückt. Im Fokus stehen die Praktiken

der Nutzer:innen und die daraus resultierenden kommunikativen Handlungen. Durch mediale und kulturelle Produktionen, die in kollektiven Zusammenschlüssen entstehen können, findet Teilhabe an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen statt.

Diese erste Phase der partizipativen Kulturen (1985–1993) umfasste die frühe Nutzung von Computern und die Entstehung von virtuellen Communities. Die zunehmende Nutzung des Internets rief in den 1990er und 2000er Jahren euphorische Sichtweisen auf das emanzipatorische Potenzial des Neuen Mediums hervor. Diese Entwicklung wurde in unterschiedlichem Ausmaß in der Kommunikationswissenschaft aufgegriffen. So sind große und organisierte soziale Bewegungen, wie etwa die Frauen-, Umwelt- und die Arbeiter:innenbewegungen auch in Bezug auf ihre Mediennutzung vergleichsweise gut erforscht. So wurden etwa vor allem die Möglichkeiten, feministische Räume im Internet zu eröffnen, betont. Durch die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten konnte einerseits ein geschützter Raum des Austausches und zum Netzwerken gebildet werden, gleichzeitig wurde auch die Chance eröffnet, über diesen internen Austausch hinaus Forderungen an die hegemoniale Öffentlichkeit zu formulieren und einen Platz in der öffentlichen Debatte einzufordern. In und durch solche Gegenöffentlichkeiten können „media at the margins“ formiert werden, wobei sowohl die Zahl der Medien als auch die Zahl der Ränder ungeschlossen ist (vgl. Rodriquez, 2018). Anhand zahlreicher Studien wurde etwa die Bedeutung des Internets für frauen*politische Netzwerke und Akteur:innen sowie für ein Empowerment von Frauen* und Mädchen* herausgearbeitet und deren Öffentlichkeiten analysiert, die als Gegenöffentlichkeiten zu einer hegemonialen Öffentlichkeit gesehen wurden.

In der zweiten Phase der dezentralen Netzwerke (1994–1998) standen die Transformationen im Internet im Vordergrund und die Betonung einer „decentralized network society“ (Manuel Castells). Studien zu aktivistischer Zine-Kultur und Computerspielen strichen den zentralen und partizipativen Charakter von bislang als unpolitisch eingeschätzten kulturellen Ausdrucksformen heraus.

Die dritte Phase des „Push-button Publishing“ (1999–2004) kennzeichnet die Vereinfachung der Veröffentlichung von Inhalten durch On-

line-Plattformen. Die zunehmende Digitalisierung und die Medienkonvergenz haben weitere Forschungen inspiriert, da sich die Nutzung digitaler vernetzter Medien ausdifferenziert hat, und durch Plattformen wie LiveJournal, Napsster, MySpace, Flickr, Facebook weitere Nutzungsmöglichkeiten eröffnen. Im Vergleich zur früheren, eher statischen Nutzung des Internets durch Homepages und Kommunikationsformen wie Mailinglisten, zeigen sich hier neue Formen des Austauschs, der Mobilisierung und der Partizipation. Studien wiesen nun verstärkt auf die Kommerzialisierung von Plattformen hin oder strichen heraus, wie die Plattformpolitik etwa Löschungen und Sperrungen einzelner Account bedingte, wie beispielsweise queere Musikgruppen auf MySpace (vgl. Carstensen, 2012). Auch rechte Akteur:innen machten sich die Strukturen zunutze und verkauften etwa Devotionalien über eBay (Salzborn & Maegerle, 2016).

Die vierte Phase der „ubiquitous connections“ (2005–2011) wird mit der Entstehung von YouTube und der Mobiltelefone als Mini-Computer und damit der Möglichkeit von neuen Formen von Citizen Journalismus, performativen Kunstprojekten, mash-up Musikvideos und Transmedia-Veröffentlichungen festgelegt. danah boyd (2010, 39) bezeichnet die so entstehenden Öffentlichkeiten als „networked publics“, gebildet aus „spaces and audiences that are bound together through technological networks.“ Damit wird der Netzwerkcharakter herausgestrichen, da verschiedene Anwendungen nicht getrennt voneinander, sondern in ihrer Verwobenheit untersucht werden müssen. Zizi Papacharissi (2004) verbindet boyds Konzept der „networked publics“ mit Affekttheorien und bezeichnet Öffentlichkeiten als „affective publics“, um Gefühle und Emotionen als konsistent einzubeziehen. Gleichzeitig sind digitale Öffentlichkeiten temporär und flüchtig. Zwar hat Technologie schon immer eine zentrale Rolle im Medien-Aktivismus gespielt (Rosenbaum & Bouvier, 2020, 120), die digitalen Vernetzungsformen kennzeichnen sich jedoch nicht mehr unbedingt durch die Logik des kollektiven Handelns („collective action“), sondern eine selbstorganisierte und personalisierte Logik des konnektiven Handelns („connective action“) (Bennett & Segerberg, 2012, 756). Dynamische Netzwerke des konnektiven Handelns sind höchst individualisiert und nutzen die digitale Infrastruktur, insbesondere soziale

Medien, um Protest und Aktivitäten zu organisieren, ohne dafür eine kollektive Identität zu brauchen (ebd., 750).

Medienaktivismus und Protest erscheinen weniger strukturiert, ihnen wird nur bedingt ein dauerhafter Charakter zugesprochen. Occupy stellt zwar eine kollektive Aktionsform dar, gründet sich aber vor allem auf individuelle Handlungen und Gruppenaktivitäten, die digital vernetzte Medien als eine bestimmte Strategie einsetzen, um Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit zu erzielen (Bennett & Segerberg, 2012; Daubs, 2017). Gemeinsam ist diesen Protesten, dass sie ihren Ausgangspunkt an einem konkreten Ort nahmen, wie etwa in der Besetzung der Wall Street, des Gezi Parks oder auf dem Taksim-Platz. Diese Orte erhielten einen symbolhaften Charakter und Bezugnahmen darauf waren mittels digital vernetzter Medien sowohl lokal als auch vor allem global möglich. So fand sich etwa das Meme des gasmaskentragenden Pinguins, der Protest gegen den unverhältnismäßigen Tränengaseinsatz der türkischen Polizei bei Demonstrationen ausdrückte, sowohl in visuellem Material, das online verbreitet wurde, als auch als Graffiti in verschiedenen Städten (vgl. auch Klaus, 2019).

Auch Proteste wie die Verurteilung sexualisierter Gewalt und die sie bedingenden Strukturen verdichten sich um ein bestimmtes Thema oder Ereignis und werden in zahlreichen feministischen Hashtags und Blogs aufgegriffen (Barker-Plummer & Barker-Plummer, 2018; Crossley, 2015; Fotopoulou, 2017). Neben #aufschrei im deutschsprachigen Raum gibt es weltweit zahlreiche Hashtags, die auf Frauen*diskriminierung und (sexualisierte) Gewalt aufmerksam machen, wie etwa #YesAllWomen als Reaktion auf einen rassistisch und misogyn motivierten Amoklauf in Santa Barbara/USA und #YesAllWhiteWomen, um die bisher zumeist ausgeblendeten Gewalterfahrungen von Women of Colour und Trans*personen zu thematisieren (Rodino-Colocino, 2014). Feministische Hashtags dienen dabei als eine Plattform kollektiven Protests und durch Vernetzung mit anderen Hashtag, Blogs und Websites als ein Netzwerk, das durch eine emergente Bewegung Öffentlichkeit herstellen kann. Darin zeigen sich temporäre Allianzen und Bündnisse, die ein gemeinsames Anliegen vor allem über digital vernetzte Medien verfolgen. Lisa Steiner und Stine Eckert (2017, 214) benennen solche Bündnisse als „fluid public clusters“, um

die Dynamik der Räume und Akteur:innen zu betonen.

In dieser Phase rückten auch zunehmend rechte und rechtspopulistische Bewegungen und deren Diskurse sowie die Nutzung digital vernetzter Medien durch rechte Akteur:innen in den Forschungsfokus (Pajnik & Sauer, 2017; Wodak, 2016). Über YouTube wurden etwa mittels Tarnung durch vegane Kochsendungen rechte Inhalte verbreitet (Salzborn & Maegerle, 2016). Und es gab öffentlichkeitswirksame Hashtag-Kampagnen wie „#120db“, die die rassistische und antifeministische Zielsetzung hinter einem vermeintlichen Einsatz für Frauenrechte verbarg (Drüeke & Klaus, 2019). Solche Netzwerke bilden dann rechte Gegenöffentlichkeiten – die häufig als „Echokammern“ wirken und damit zu Radikalisierungsprozessen beitragen können.

In den letzten Jahren haben sich – so die fünfte Phase – durch digital vernetzte Medien partizipative Praktiken weiter verändert und ausdifferenziert, sie stehen zunehmend in einem Zusammenhang zu technischen Affordanzen und Prozessen der Algorithmisierung. Caja Thimm (2017, 106) bezeichnet die so formierten Öffentlichkeiten als „mini-publics“, die sich unterscheiden lassen in „event-driven mini-publics“ und „user-initiated mini-publics“, die unterschiedliche Entstehungskontexte berücksichtigen und sich auf einzelne Ereignisse oder von Nutzer:innen initiierte Aktionen beziehen. Gleichzeitig sind sie gekennzeichnet durch „polymedial practices“, da technische Affordanzen, kulturelle Praktiken und Aktivismus in ihrem Zusammenspiel zu sehen sind. Margreth Lünenborg und Christoph Raetzsch (2018) sprechen von „performative publics“, um öffentliche Artikulationen über verschiedene Plattformen hinweg und bestehend aus Konstellationen verschiedener Akteur:innen zu beschreiben. Dabei wird der Prozesscharakter betont und Dichotomien werden in Frage gestellt; performativ drückt aus, dass es sich um Öffentlichkeiten handelt, die temporär und situationsbezogen sind sowie sich durch medienvermittelten Austausch von Akteur:innen formieren. Diese Öffentlichkeiten entstehen jenseits traditioneller Strukturen sozialer Bewegungen und institutionalisierter Medien (Lünenborg & Raetzsch, 2018, 26). Diese Verzahnungen sowohl auf der Plattformebene, aber auch kommerzieller und nicht-kommerzieller Angebote sowie die technischen Affordanzen,

verändern auch die Formen der Partizipation. Fieleitz und Staemler (2020) machen im Zuge ihrer Überlegungen zum digitalen Aktivismus fünf Formen aus. Diese betiteln sie als Klick-Aktivismus, Hashtag-Aktivismus, Kampagnen-Aktivismus, Hacktivismus und Tech-Aktivismus (Fieleitz & Staemler, 2020, 430), die Praktiken, die damit einhergehen, umfassen Solidarisieren, Debattieren, Propagieren und Manipulieren.

Besonders in dieser Phase findet in der Forschung eine verstärkte Auseinandersetzung mit Hate Speech und sogenannter „Dark Participation“ statt. Jene Akteur:innen, deren Profile auf Social Media Plattformen, wie Twitter oder Facebook gesperrt wurden, nutzen das Deplatforming als Teil ihrer Strategie (Urman & Katz, 2020): „Der Erfolg antisemitisch aufgeladener Verschwörungsnarrative hängt auch von den Verbreitungsmechanismen ab“ (Fielitz et al., 2020, 28). So wird vermehrt die verschlüsselte Messenger-App Telegram genutzt, die zahlreiche technische Möglichkeiten bietet, entweder komplett anonym oder teilweise mit sogenannter „private sociality“ zu kommunizieren (Rogers, 2020, 216), d.h. die personenbezogenen Daten von Nutzer:innen werden nicht, z. B. zum Zwecke der Gewinnerzielung, an andere kommerzielle Unternehmen verkauft. Rechte Akteur:innen nutzen nun diese neuen Formate und instrumentalisieren z.B. dabei auch Memes aktiv für ihre Zwecke (Bogerts & Fielitz, 2018).

Fazit

Participatory Cultures bedienen sich vielfältiger alternativer Medien und formieren so verschiedene Formen von Gegenöffentlichkeiten. Dadurch verstärken sich die Möglichkeiten, Positionen öffentlich zu artikulieren. Zentrale Kritik am Konzept von alternativen Medien und Participatory Cultures bezieht sich auch auf eine optimistische, unhinterfragte und damit vereinfachte Verwendung des Begriffs der Partizipation und von Widerstand. Weder ist jede Beteiligung über technologische Plattformen partizipatorisch oder widerständig, noch sind partizipative Prozesse immer auch im Sinne emanzipatorischer und demokratischer Beteiligung zu sehen (Janissary Collective, 2013). Alternative Medien sind demnach als widersprüchlich, konfliktthaft und umkämpft zu fassen und können auch von Ungleichheiten

und Ausschlüssen durchzogen sein. Im Zeitalter von Fake News, Verschwörungsmmythen und alternativen Fakten rücken die Begrifflichkeiten von Gegen-Medien, Gegen-Öffentlichkeiten in den Fokus und die Bedeutung von alternativen Medien und alternativen Öffentlichkeiten verschiebt sich. Nicht mehr nur emanzipatorischer Mediengebrauch steht im Fokus, sondern verstärkt diskutiert werden reaktionäre, ver-

schwörerische und diffamierende Gebrauchsformen und Äußerungen. Participatory Cultures und vernetzte Öffentlichkeiten – so lässt sich abschließend festhalten – können jedoch trotz der genannten Herausforderungen neue Räume, neue Artikulationsformen und neue Sichtbarkeiten insbesondere auch für emanzipatorischen Bewegungen und Akteur:innen formieren.

Bibliographie

- Atton, C. (2002). *Alternative Media*. London: Sage.
- Bailey, O. G., Cammaerts, B. & Carpentier, N. (2008). *Understanding Alternative Media*. Maidenhead: Open University Press.
- Barker-Plummer, B. & Barker-Plummer, D. (2018). Twitter as a feminist resource: #YesAllWoman, digital platforms, and discursive social change. In Earl, J.S., & Rohlinger, D. (Hg.), *Social movements and media*, (S. 91–118). Bingley: Emerald.
- Bennett, L. W. & Segerberg, A. (2012). The Logic of Connective Action. *Information, Communication & Society*, 15(5), 739–768. DOI: 10.1080/1369118X.2012.670661
- Bogerts, L., & Fielitz, M. (2018). “Do You Want Meme War?” Understanding the Visual Memes of the German Far Right. In Fielitz, M. & Thurston, N. (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right: Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*, (S. 137–153). Transcript Verlag.
- boyd, d. (2010). Social Network Sites as Networked Publics: Affordances, Dynamics, and Implications. In Papacharissi, Z. (Hg.), *Networked Self: Identity, Community, and Culture on Social Network Sites*, (S. 39–58). New York, London: Routledge.
- Carstensen, T. (2012). Gendered Web 2.0: Geschlechterverhältnisse und Feminismus in Zeiten von Wikis, Weblogs und Sozialen Netzwerken. *Medien Journal*, 36(2), 22–34.
- Crossley, A. D. (2015). Facebook Feminism: Social media, blogs, and new technologies of contemporary U.S. feminism. *Mobilization: An International Quarterly*, 20(2), 253–268.
- Daubs, M. S. (2017). Integration durch Diversifikation. Die Mediatisierung sozialer Bewegungen vom „Kampf von Seattle“ bis Occupy. In Jandura, O., Wendelin, M. & Adolf, M. (Hg.), *Zwischen Integration und Diversifikation. Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter*, (S. 121–138), Wiesbaden: VS.
- Delwiche, A., & Henderson, J. J. (2013) (Hg.). *The Participatory Cultures Handbook*. New York and Oxon: Routledge.
- Drücke, R. & Klaus, E. (2019). Die Instrumentalisierung von Frauen*rechten in rechten Diskursen am Beispiel der Kampagne #120db. *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 9(3), 84–99.
- Fielitz, M. & Staemmler, D. (2020). Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(2), 425–441.
- Fielitz, M., Schwarz, K., & Hitziger, J. (2020). Hate not found?! Das Deplatforming der extremen Rechten und seine Folgen. *Das NETTZ*. <https://www.das-nettz.de/publikationen/hate-not-found-das-deplatforming-der-extremen-rechten-und-seine-folgen>
- Fotopoulou, A. (2017). *Feminist Activism and Digital Networks: Between Empowerment and Vulnerability Palgrave Studies in Communication for Social Change*. London: Palgrave.
- Gunnarsson Payne, J. (2009). Feminist media as alternative media? A literature review. *Interface: a journal for and about social movements*, 1(2), 190–211.
- Hauser, S., Opilowski, R. & Wyss, E.L. (2019). Alternative Öffentlichkeiten in sozialen Medien – einleitende Anmerkungen. In dsb. (Hg.), *Alternative Öffentlichkeiten. Soziale Medien zwischen Partizipation, Sharing und Vergemeinschaftung*, (S. 7–18), Bielefeld: transcript.
- Hug, T. (2011). Sondierungen im Spannungsfeld von Medienaktivismus und handlungsorientierter Medienpädagogik. *mediamanual*, 16, https://www.mediamanual.at/mediamanual/mm2/themen/kompetenz/mmt11-16_Hug_Sondierungen_print.pdf
- Janissary Collective (2013). Participatory Culture and Media Life: Approaching Freedom. In Delwiche, A. & Henderson, J. (Hg.), *The Participatory Cultures Handbook*, (S. 257–266). New York and Oxon: Routledge.
- Jenkins, H. (2006). *Fans, bloggers, and gamers: exploring participatory culture*. New York, London: New York University Press
- Jenkins, H., Ito, M., & boyd, d. (2016). *Participatory culture in a networked era*. Cambridge, UK and Malden, USA: polity press.
- Jenkins, H., Purushotma R., Clinton K., Weigel M., & Robison A. (2009). *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century*, Chicago, IL: John D. and Catherine T. McArthur Foundation. <http://www.newmedialiteracies.org/wp-content/uploads/pdfs/NMLWhitePaper.pdf>

- Klaus, E., & Lünenborg M. (2012). Cultural Citizenship. Participation by and through Media. In Zobl, E. & Drüeke, R. (Hg.), *Feminist Media. Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*, (S. 197–212). Bielefeld: transcript.
- Klaus, E. (2019). Die Bedeutung von Kunst und Kultur in Gegenöffentlichkeiten: Das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit und die Gezi-Park-Proteste als „testing ground“. In Zobl, E., Klaus, E., Moser, A. & Baumgartinger, P. P. (Hg.), *Kultur produzieren. Künstlerische Praktiken und kritische kulturelle Produktion*, (S. 97–117). Bielefeld: transcript.
- Lievrouw, L. (2011). *Alternative and Activist New Media*. Cambridge and Malden: Polity Press
- Lünenborg, M. & Raetzsch C. (2018). From public sphere to performative publics: Developing Media Practice as an Analytic Model. In Foellmer, S. , Lünenborg, M., & Raetzsch, C. (Hg.), *Media Practices, Social Movements, and Performativity. Transdisciplinary Approaches*, (S. 13–35). New York: Routledge.
- Pajnik, M. & Sauer, B. (2017) (Hg.), *Populism and the Web. Communicative Practices of Parties and Movements in Europe*. London: Routledge.
- Papacharissi, Z. (2014). *Affective Publics*. Oxford: University Press.
- Rodino-Colocino, M. (2014). #YesAllWomen: Intersectional Mobilization against Sexual Assault is Radical (Again). *Feminist Media Studies*, 14(6), 1113–1115. doi:10.1080/14680777.2014.975475
- Rodriguez, C. (2001). *Fissures in the mediascape: an international study of citizens' media*. Hampton Press, Cresskill, N.J.
- Rogers, R. (2020). Deplatforming: Following extreme Internet celebrities to Telegram and alternative social media. *European Journal of Communication*, 35(3), 213–229.
- Rosenbaum, J. E., & Bouvier, G. (2020). Twitter, social movements and the logic of connective action: Activism in the 21st century – an introduction. *Participations*, 17(1), 120–125.
- Salzborn, S. & Maegerle, A. (2016). Die dunkle Seite des WWW. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 10, 213–231.
- Steiner, L. & Eckert, S. (2017). The democratic potential of feminist Twitter. In Lind, R. A. (Hg.) *Race and Gender in Electronic Media: Content, Context, Culture*, (S. 213–230). New York: Routledge.
- Thimm, C. (2017). Media Convergence and the Network Society: Media Logic(s), Polymedia and the Transition of the Public Sphere. In Sparviero, S., Peil, C., & Balbi, G. (Hg.), *Media Convergence and Deconvergence. Global Transformations in Media and Communication Research*, (S. 93–112). Palgrave: Basingstoke.
- Urman, A., & Katz, S. (2020). What they do in the shadows: Examining the far-right networks on Telegram. *Information, Communication & Society* [Ahead of Print], 1–20.
- Wodak, Ruth (2016). *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien: Edition Konturen.

Ricarda DRÜEKE,

Dr.ⁱⁿ, ist Assistenz-Professorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und Leiterin Abteilung Kommunikationstheorien und Öffentlichkeit. Sie forscht und lehrt zu digitalem Aktivismus, Gender Media Studies sowie Öffentlichkeits-theorien.

Elke ZOBL,

Dr.ⁱⁿ, ist Assoziierte Professorin und leitet den Programmbereich Zeitgenössische Kunst und Kulturproduktion an der Interuniversitären Einrichtung Wissenschaft & Kunst (Paris-Lodron Universität Salzburg/Universität Mozarteum Salzburg) sowie aktuell das transdisziplinäre Forschungsprojekt „Räume kultureller Demokratie“. Sie interessiert sich vor allem für die Schnittstellen von Kunst, Kultur, Medien und Gesellschaft (www.p-art-icipate.net).

What was Guerrilla Media?

From Armed Struggle to Guerrilla Television and Punk DIY Practices

Michael Goddard
Media, Communication and Cultural Studies,
Goldsmiths, University of London

Abstract

This article examines the highly contested term guerrilla media and charts its development from an element of guerrilla warfare, via examples of ludic and DIY experimentation such as Guerrilla Television and Punk fanzines, to question its relevance to the present. Drawing on research for my book *Guerrilla Networks* (AUP, 2018), I argue that it is important to trace its origins in the ascendancy of guerrilla warfare in mid 20th century, and how this then mutates into more ludic but still politically charged practices such as those influenced by the Situationist International which would inform movements from Italian Autonomia to media activism more generally. It also examines the more politically ambivalent experience of guerrilla television in the 1970s, which involved a slippage of meaning towards mere DIY entrepreneurialism, as well as the use of media during the punk explosion including records, radio and especially fanzines. It concludes that while guerrilla media could be considered a debased and almost meaningless term in the present, its more ludic instantiations still offer resources for political movements in the present.

Keywords: Guerrilla media, urban guerrillas, DIY, Situationist International, radical media, fanzines, punk, guerrilla television

Guerrilla Filmmaking, Guerrilla Marketing, Guerrilla Advertising. These terms today at best conjure up ideas of low or no budget productions, if not the corporate exploitation of DIY practices on social media. Yet at its origins, Guerrilla media were directly connected to political contestation, sometimes of an armed nature, before passing onto more ludic yet still radical communication practices such as pirate radio, radical posters and flyers or subvertising. Ultimately these terms would pass through more ambivalent contexts like guerrilla television before attaining its contemporary meanings of merely low budget appropriations of DIY practices, often on behalf of corporate interests. This article will explore this trajectory, also paying attention to the use of guerrilla media in punk and industrial contexts and will argue that despite its contemporary debasement and co-option the guerrilla media concept played a vital role in late twentieth century radical media that is still of relevance today.

Guerrilla Media and Guerrilla Warfare's "Revolution in the Revolution"

To fully grasp guerrilla media it is necessary to examine the origins of the guerrilla concept in guerrilla warfare. Beginning in the early nineteenth century but as Robert Taber argues having antecedents going back as far as Lao Tzu's ca. 500 B.C. *The Art of War* (see Taber, 2002, 149–172), guerrilla warfare refers to asymmetrical warfare undertaken by small scale armed groups, usually against a colonialist regime or invading force. But guerrilla warfare refers to more than just a set of techniques for engaging a more powerful army but a mode of action aimed at engaging the hearts and minds of a population as much as attaining military victories.

Robert Taber, writing in the wake of the popular successes of armed guerrilla conflicts especially in Cuba, defines guerrilla warfare as "*revolutionary war*, engaging a civilian population, or a significant part of such a population, against the military forces of established or usurpative

governmental authority” (Taber, 2002, 4, emphasis in original). Importantly guerrilla struggles are not just based on fixed ideologies, stated goals, or material conditions of inequality but require what he calls a “revolutionary *impulse*” (5, emphasis in original), a wave of popular will that the guerrilla forces are inseparable from. Guerrilla campaigns are therefore not merely reactive protest or dissent about current conditions but envision potentialities and express a newly awakened consciousness. This consciousness and awareness of a joyful potentiality empowers people to believe there is something they can “*do, have or be*” (Taber, 2002, 6, emphasis in original), through action. In this sense guerrilla warfare exceeds the set of techniques of irregular warfare, which Taber refers to as mere “guerrilla-ism” (Taber, 2002, 13), and its main weapons are not guns or bombs but the close relations the guerrilla enjoys with a people, a community or a nation.

Of course, all the military techniques of guerrilla forces can and are used by dominant counter insurgency forces, as documented, for example in *Killing Hope*, William Blum’s extensive account of CIA involvement in overturning democratic and socialist states throughout the world (Blum, 1997). And it is difficult to share Taber’s optimism that such techniques cannot be effectively used against guerrilla forces, since this has happened on multiple occasions. Nevertheless, it remains true that the contestation of guerrilla and anti-guerrilla forces is as much about raising the hopes of a population or destroying them, even if recent conflicts in countries like Iraq, Syria and Afghanistan complicate such a simplistic account. Nevertheless, while counter insurgency is a strictly military operation, masterminded by distant powers, guerrilla warfare is inseparable from politics in every action and the ability of the guerrilla to move among the people as the fish swims in the sea (to paraphrase Mao Tse Tung) is paramount.

This contestation over hope, or hearts and minds, means that guerrilla campaigns are necessarily also media campaigns, and theorisations of guerrilla warfare are also media theories. While the mass media of any state are almost always in the hands of the dominant, ruling forces, guerrillas have developed a range of tactics to intervene in the dissemination of information, which was the initial sense of guerrilla media. This can be through the production of “radical

media” in the form of leaflets and posters, the setting up or taking control of radio or TV stations, or through the generation of events that will have to be covered by the mass media, and that a sympathetic populace will be able to “read” however much the events are presented from the perspective of the reigning powers. In this sense, and as I argued in my book *Guerrilla Networks*, guerrilla warfare becomes not only an ecology with relation to a particular population and territory but a media ecology, in which all its actions are a form of semiotic warfare, whether this is the distribution of a radical pamphlet, a pirate radio broadcast, or the detonation of a bomb.

This sense of guerrilla warfare as a media ecology is already implicit in the writings of Mao on protracted warfare when he advocates

“seeming to come from the east and attacking from the west; avoid[ing] the solid and attack[ing] the hollow [...] guerrillas [should] withdraw when [the stronger enemy] advances; harass him when he stops; strike him when he is weary; pursue him when he withdraws.”

(Mao, 1961, 46)

These tactics are as much about manipulating information as they are about military manoeuvres or rather the two are completely intertwined. This becomes explicit in the writings of Cuban revolutionary Che Guevara who maintained that popular forces can win a campaign against the army, without needing to wait for revolutionary conditions, by basing guerrilla campaigns on nomadic guerrilla units operating in the countryside, acting autonomously without dependence on a central command.

As a key part of his discussion of the different components of guerrilla warfare such as the need of the guerrilla to “exemplify” qualities for the masses to aspire to, Guevara explicitly theorises the guerrilla use of media under the name of propaganda. For Guevara, the key distinction here is not between different media, but between different uses of media in zones that are occupied or liberated. For Guevara, it is the media of the liberated zones that are most important as they not only have access to the latest information, free of censorship and reprisals, but they are also able to fulfil the dual roles of describing what is happening and

explaining and justifying it. In both contexts Guevara places and emphasis on “truth” in the use of media, even if this should be tailored to different audiences and literacies such as workers or peasants. He especially emphasises the importance of radio which not only frees communications from the exclusions of unequal literacy, but also is able to give the revolution an affective tonality. As he puts it “the inspiring, burning word increases this [war] fever and communicates it to every one of the future combatants” (Guevara, 1997, 121). Radio should therefore not merely present information but educate and enthuse the population by broadcasting impassioned speech. This was an explicit aim of *Radio Rebelde* in the context of the Cuban insurgency, which not only broadcast information that the government would rather people did not know about, but also had a direct impact on rapidly unfolding political events:

*“It is by means of radio that the guerrillas force open the doors of truth and open them wide to the entire populace, especially if they follow the ethical proscriptions of **Radio Rebelde** – never broadcast inaccurate news, never conceal a defeat, never exaggerate a victory.”*

(Debray, 1968, 108)

The total uses of popular propaganda in both liberated and occupied zones, constitutes a media ecology working in tandem with the guerrilla struggle itself, serving to expand the free territory via affective and cognitive means. However, this is by no means limited to conventional media like radio, literature or posters. In a guerrilla context, every action is a form of “propaganda of the deed” and every communication is a contribution to the armed struggle. As Régis Debray put it, radio enacts a “qualitative change in the guerrilla movement” (Debray, 1968, 108) since the two are inseparable. The media ecology of guerrilla warfare incorporates military actions, intelligence, technical media, and informal modes of communication within a single assemblage, that is at once experiential and political, popular and military, armed propaganda and guerrilla communication.

Support the Armed Struggle: The Guerrilla Concept in European and North American Contexts

Che Guevara was writing in the specific context of Latin American guerrilla warfare which he viewed as a continental project as exemplified by his failed and fatal attempt to export these ideas and tactics to Bolivia where US trained forces were able to hunt down his guerrilla group and execute him without difficulty. Clearly these tactics and associated ideas of media could not be exported without modification. Elsewhere in Latin American countries like Brazil and Uruguay, for example, guerrilla groups were often based not in the remote countryside but in the metropole, and this necessitated the development of very different tactics, placing greater emphasis on urban actions like bank robberies, bombs, kidnapping and sabotage, that come much closer to ideas of terrorism, even if strictly speaking this only accounted for a subset of these tactics.

This shift also gave rise to a different kind of literature and one that would have a major impact on armed guerrilla groups in the northern hemisphere that also tended to operate in urban rather than rural environments. Such tactics were laid out most clearly in Brazilian militant Carlos Marighella’s *For the Liberation of Brazil* excerpts of which became known and internationally circulated as *Mini Manual for the Urban Guerrilla* (1971). Essentially a recipe book of urban guerrilla tactics, this manual was more pragmatic than political, and laid the blueprint for the kind of tactics that would be adopted by guerrilla groups like the Red Army Faction in Germany: occupations, ambushes, kidnappings, sabotage, liberation of prisoners and the “war of nerves” (Marighella, 1971, 21). While largely limiting the term terrorism to the use of bombs and incendiary devices, it presents it in much more affirmative terms than Guevara did claiming that “terrorism is a weapon the revolutionary can never relinquish” (30). It needs to be remembered that these tactics were developed in the context of resisting a military dictatorship and it should also be pointed out that they were not especially successful, although the Tupamaros who used similar urban guerrilla tactics in Uruguay had considerably more success at destabilising the government there (see Gilio, 1972).

The transposition of this manual to a European context would be fully apparent in the first

major publication by the West German Red Army Faction, *The Urban Guerrilla Concept*. However, rather than just being a pragmatic manual, this pamphlet also sought to persuade individuals and groups on the left to support the armed struggle in Germany, meaning the RAF's own campaigns of bombings, kidnappings and other actions. Furthermore, it functioned as a kind of media critique, at times not sounding so far removed from the kind of criticisms of hegemonic capitalist media made by the Frankfurt School a generation earlier, albeit expressed in a markedly different language:

"No areas of public life are left which don't have, in some way or another, the main goal of serving the interests of capital. [...] these activities play themselves out in the context of mostly private, coincidental, and bourgeois forms of communication. [...] The media's message in a nutshell is [...] Sell. Anything that can't sell is considered pukeworthy: news and communication become commodities for consumption."
(RAF, 2005, 28–29)

This pamphlet, largely believed to be the work of Ulrike Meinhof who was previously a journalist for the left-wing publication *Konkret*, bears the imprint of this experience and intimacy with left media in the German context. As I argue in my book *Guerrilla Networks* there is a clear continuity between Meinhof's work as a radical columnist and this urban guerrilla pamphlet, even if the context and mode of expression have changed. Not only had her writings on the student movement in Germany in the 1960s already charted the passage "from protest to resistance", but her last column for *Konkret* simply entitled "Columnism" was grappling with the same limitations of progressive liberal media, that the cited passage from the *Urban Guerrilla Concept* was denouncing. In particular, Meinhof had questioned whether radical content in a conservative authoritarian context in the form of a column could really communicate radical ideas or be anything other than opportunism:

"It is opportunistic to claim to be struggling against the conditions that one is really reproducing [...] it is opportunistic to limit the anti-authoritarian position to the authoritarian form of the column."
(Meinhof, 2008, 253)

The RAF not only drew on Meinhof's media experience but one of its members Holger Meins had a film background, attending the Berlin Film School with Harun Farocki, Helke Sander and others, and sharing a similar politics based on the student movement, opposition to the Vietnam war and a general anti-capitalist orientation. In both cases it was a question of going beyond the limits of the radical media tolerated by the capitalist state into direct action against it, but this was not without an awareness of the power and centrality of the media in contemporary capitalist society. This was expressed not only by the RAF's own texts but their choice of guerrilla actions which would have to be covered by the mass media, and even the provocation of German cinema to produce a plethora of both fiction and non-fictional films in response to both the RAF and the state's counter-terrorist response to it. This is not so far-fetched given that prominent filmmakers like Rainer Werner Fassbinder had enough connection to members of the RAF to make them the object of counter terrorist surveillance, which would subsequently be dramatized in his contribution to the *Germany in Autumn* (1978) collective cinematic response to these events. In both cases we can say that both Meins and Meinhof were looking for a guerrilla mode of expression beyond the constraints of capitalist media, even if this more frequently took the form of militant and violent actions than the production of media in a conventional sense.

However, even for underground, clandestine groups this did not necessarily have to be the case. A contrasting example to the RAF is the Weather Underground in the United States that similarly developed out of the more radical wing of the 1960s student movement. While in the beginning, the Weather Underground were planning an RAF style violent bombing of a dance of US military officers, the failure of this action led to a rethinking of tactics, so that while bombs were still deployed, care was taken through warnings and the selection of targets for this to have no fatalities and only destroy property. More importantly for the purposes of this article is that the bombings increasingly became just a way of getting media attention and were accompanied but increasingly detailed communiques which became the main point of the bombings. As Dan Berger put it, Weather members of the

1970s were as much media professionals as professional revolutionaries:

“Most of the group’s communiques were press packets, often seven or eight pages long and as thick as the press releases of the government agencies being attacked.”
(Berger, 2006, 175)

But the Guerrilla media of the Weather Underground was hardly limited to communiques- from their initial declaration of war sent to and played on countercultural underground radio stations onwards, they expressed their ideas and positions via a wide variety of media. Perhaps the most dramatic instance of this was the Emile de Antonio film made with the group called *Underground* (1975), which was produced at a time when they were on the FBI’s most wanted list. As de Antonio put it when the US government was trying to ban the film, releasing the film

“would embarrass a government whose vast resources had failed to locate a network of fugitives that a middle-aged filmmaker had found without any difficulty.”
(De Antonio cited in Berger, 2006, 222)

This film really should be considered as a co-production between the Weather Underground and de Antonio since the group had a major say not only in the content of the film but its form, since it needed to be filmed in such a way (using veils, mirrors etc) that would preserve its members clandestine anonymity. Additionally to this unlikely activity for a clandestine group, the Weather Underground also produced a journal *Osawatomie*, and a collective book *Prairie Fire: The Politics of Revolutionary Anti-Imperialism* (see Dohrn et al, 2006, 231–388), the successful clandestine delivery of which to a whole network of radical bookstores was perhaps one of their most successful and important actions, with the book gaining approval from left wing figures who had previously been hostile to the perceived dogmatism of the group. However their subsequent attempt to co-organise a radical conference with the above ground Prairie Fire Organising Committee was a disaster and more or less spelt the end of the group’s relevance as they were rejected by feminist, African-American and other activist groups for positioning themselves as

the vanguard of the anti-imperialist movement. Nevertheless, their activities as producers of guerrilla media, completely outside of the usual networks of production and dissemination are highly significant for an understanding of both the potentials and limits of guerrilla media in the classical sense of the term.

Ludic “Communication Guerrillas” and Radical Media

If guerrilla media was limited to media in support of the armed struggles of guerrilla groups, it would already be a substantial contribution to twentieth century radical media. However, almost from the beginning guerrilla media started to take on other senses in relation to counter-culture, non-militarised social movements and ultimately all modes of non-hegemonic media production and circulation. Certainly this has led to a dilution of the concept especially in some of the worst abuses of the term like guerrilla marketing; nevertheless along the way some of the boldest instances of guerrilla media have been autonomous from any armed struggle, with differing relations to a range of social movements. In order to limit what could be a very wide scope of this kind of guerrilla media, this article will limit itself to guerrilla media related in some way to the same counter culture and social movements related to the student movements of the 1960s in Europe and North America, before presenting two case studies of guerrilla television in the United States in the 1970s and punk guerrilla media, mostly focusing on the context of the UK.

A key concept in this communicational context is that of the “ludic”, or the game-like nature of communications systems, which “communication guerrillas” have adopted a range of tactics and strategies to engage with. These strategies are extensively catalogued in the collectively authored book *Comunicazione-guerriglia: Tattiche di agitazione gioiosa e resistenza luica all’oppressione* (Communication Guerrilla: Tactics of joyful agitation and ludic resistance to oppression, 2001), which deals with a range of examples including strategies like anonymity, multiple names, pranks, fakes, subvertising and other practices that have been used by a range of communication guerrillas to disrupt what they call “cultural grammar” (23–28ff). These practices, while having a range

of historical antecedents, became especially popularised in the 1970s and 1980s a period of defeat of revolutionary movements, and this was hardly accidental. If conventional guerrilla media depended on a liberated zone of free expression of truth without censorship or reprisals, more subtle and complex strategies were needed in a world where there is no such zone and dominant communicational media had to be confronted on their own terrain even if by forms of underground, alternative or “pirate” media. This is where the ludic come in as a way of intervening not only in the content of communicational media but in its structural logics, by subverting the mechanisms by means of which information circulates and replicates itself in what would become known as a viral manner.

A key grouping in this regard was the Situationist International which, originally appearing as an artistic avant-garde group and later, after multiple purges, as a political one, in fact was neither in any conventional sense of the term. What really distinguished them was an early understanding of communicational logics as fundamental to the operations of contemporary capitalism, rather than a superstructural, merely ideological epiphenomenon. This insight would famously be expressed in Guy Debord’s *Society of the Spectacle* (1967), but prior to this they developed a range of aesthetico-political strategies that were not only highly influential on a whole range of subsequent communication guerrilla practices but shifted the terrain of contestation from the conventionally political sphere, or the sphere of high culture to the popular cultural arena and its rich potential for subversion. A key strategy in this regard was *détournement*, the modification of an already existing artefact whether by radically changing the context or by modifying the object itself or both. Early experiments in this regard involved buying kitsch paintings from junk stores and overpainting them in an art brut manner, bringing out or creating a dialectical clash with the original object and its buried meanings. Later versions of this would include things like René Viénet’s films like *Can Dialectics Break Bricks* (1973) which retitled a commercial martial arts film with a discourse about different revolutionary tendencies exposed by the recent events of 1968 and its aftermath, aiming thereby to subvert the logic of the spectacle. Typically, such practices open multiple levels of

meaning and the radical message is inseparable from a ludic and entertaining play with reigning conventions.

Other key situationist practices like the *dérive* and the associated concept of psychogeography were no less influential in multiple contexts with or without any connection to its initial radical intentions. The *dérive* involves an aleatory practice of urban drifting as a way of tracing the effects of the built urban environment on emotional and mental states. The idea being that this “research” would be fundamental for a revolutionary urbanism, to redesign urban environments to maximise their joyful potentials rather than the poverty of subservience to the dictates of labour and consumer capitalism. The reverberations of these practices are multi-faceted and extend from currents within urban studies to literary and cinematic “London Psychogeography” associated with writers like Iain Sinclair and filmmakers like Chris Petit. A stranger and more clearly guerrilla media tendency was that of so-called “landscape theory (*fukeiron*)” that informed the work of several radical Japanese filmmakers at the end of the 1960s (see Furuhashi, 2013). Responding critically to the mass media representation of spectacular violence, filmmakers including Masao Adachi, Nagisa Oshima and Kôji Wakamatsu became interested in the idea that the urban landscape already latently expressed the dynamics of class struggle and therefore shifted attention away from spectacular violence itself to the urban environment. This was done most consistently in the film *AKA Serial Killer* (1969) which responded to a key example of mass mediated spectacular violence in the case of the young loner turned serial killer Norio Nagayama. The film avoids all representation of the violent events of this case and focuses instead wholly on these environments, shown in static long takes, as if by studying the environment it would be possible to understand the collective forces that gave rise to the spectacular events since it retains traces of political contestations and in turn conditions events and behaviour. Without there being any direct influence, similar strategies can be seen in the work of Straub and Huillet in Europe who in films like *Too Early, Too Late* (1982) show only long takes of landscapes accompanied by the readings of texts about class struggle related to these same environments, and therefore also propose the

idea that political struggle leaves invisible traces in environments that can be read using an audiovisual strategy that ultimately derives from the *dérive*.

As a final example we can consider the post situationist intervention into Italian politics in the 1970s in the form of the report entitled *The Real Report on the Last Chance of saving Capitalism in Italy* (1975) originally attributed only to the pseudonym, Censor. This report, widely believed to derive from the upper echelons of the government, industry or the Italian intelligence services, fully acknowledged the complicity of the state in acts of terrorism that had been previously attributed to the far left or the unaided far right, revealing the working of the so-called “strategy of tension” that was up to this point considered nothing more than a left wing conspiracy theory. It also proposed incorporating the far left into the government to defuse left wing resistance, in a strategy that would soon actually be adopted in the “historic compromise” between the Christian Democrat and Italian Communist parties, leading the latter to become an instrument of repression of the autonomist social movement. The revelation of the real authors of this report namely Gianfranco Sanguinetti with input from Guy Debord, was a double blow against the regime since it not only revealed the conspiratorial violence of the governing regime, but was also taken to be true and widely reported in the mass media. This was effective only because it was believed to originate from an insider and this false attribution facilitated a real shift in what was admitted to be true and allowed to be included in media discourse about the political constitution of contemporary Italy, namely the idea that “counter-terrorism” was in fact terrorism as carried out by the “strategy of tension” (see Sanguinetti, 1979). Such use of false attribution would be used widely in future forms of ludic guerrilla media, notably by the group The Yes Men, whose entire modus operandi was to gain access to the corporate world via impersonation of companies like Dow Chemical, such as their celebrated “Golden Skeleton/acceptable risk” lecture at a London banking conference in 2005 (Yes Men, n.d.). Having made a fake Dow website the group managed to get invited to the conference, and presented the idea in the wake of the Dow Bhopal disaster of the profitability of acceptable risk in turning unavoidable industrial deaths

into golden, ie profitable skeletons, complete with elaborate skeleton props. This proved highly embarrassing for Dow who, due to the presentation, were obliged to offer a much higher degree of compensation to the Bhopal victims. This use of fake identities to provoke real events has been a key guerrilla media strategy from the 1960s to the present.

Guerrilla Television as Ambivalent and Pivotal Moment of Guerrilla Media

Perhaps the most well-known, as well as the most ambivalent, conjugation of the word “guerrilla” with media expression was in the US guerrilla television movement which emerged directly out of the late 1960s hippie counterculture taking advantage of the newfound availability of video technology, making possible a radically different conception and practice of television. While this arguably had already informed video art, its location in the gallery and use of largely closed circuit video and disdain for any form of broadcasting meant that it was more an outgrowth of contemporary art rather than a reinvention of television in an institutional sense. Nevertheless, early exhibitions like *Television as a Creative Medium* held at the Howard Wise gallery on 57th street in Manhattan in 1969 drew the interest of future guerrilla television producers as much as video artists, who shared ambitions to use the newly available technology to create alternative ways of producing, distributing and consuming video. However, whereas video artists sought to do this for largely aesthetic reasons, and in the context of the gallery, guerrilla media was conceived as an activist intervention within television, even if the cultural politics of this intervention was not always clearly defined.

At any rate it was through the meeting of attendees at this exhibition of Michael Shamberg, Paul Ryan (Marshall McLuhan’s research assistant) and Frank Gillette that the Raindance Corporation would be formed, giving rise to the publication of the magazine *Radical Software* and the book *Guerrilla Television* (1971) which would condense the heterogeneous contents of the former into a kind of guerrilla television manual, albeit one with little in common with the urban guerrilla manuals previously discussed. *Radical Software* combined practical concerns about using video technology in a range of DIY contexts, with an

awareness of video technology as a new media ecology, often ascribed with global and even cosmic attributes. The influence of McLuhan's ideas were very apparent as well as an eccentric range of other media ecological thinkers like Buckminster Fuller, Gregory Bateson and Pierre Teilhard de Chardin which showed the origins of guerrilla media in the more hippie rather than militant regions of the 60s counterculture. In the place of Marxist derived theories of class struggle, however updated, a more cybercultural techno-anarchist mode of thinking was adopted and reflected in the name of the journal. If words like "radical" and "guerrilla" were still used, this was not without radical shifts in their meanings. As Shamberg put it in *Guerrilla Television*:

*"The use of the word 'guerrilla' is a sort of a bridge between an old and a new consciousness. The name of our publication, **Radical Software**, performs a similar function. Most people think of something 'radical' as being political but we do not. We do, however, believe in post-political solutions to cultural problems which are **radical** in their discontinuity with the past."*

(Shamberg, 1971, n.p. emphasis in original)

This did not mean that guerrilla television would not engage with politics at all, but rather that it would do so in line with a cultural politics that was seeking to use new technologies to create alternative information structures to dominant media on all levels. For Shamberg and his associates, conventional left politics was too trapped in binary structures to effect real change and what was needed was a more complex ecological approach to media and technology that would seek to radically decentre and democratise their use from large corporate structures to everyday DIY practices. But this would not be through the previous understandings of guerrilla television as the hacking into existing television stations and transmissions to deliver radical content but rather by the creation of alternatives, maximising feedback and process over products, and aiming to transform mainstream media from the inside rather than attacking it from a supposed outside "pure" radical position. This did not mean appearing on existing television networks and attempting to disrupt them, which Shamberg claimed would always result

in failure due to the lack of control over the transmission, but creating alternative networks whether through tape exchange or the public access television that was still in the process of being developed that would be relatively free of interference.

Public access television was fundamental for the development of guerrilla television since merely circulating videotapes, however radical, was only going to be a highly limited and inefficient mode of distribution. Due partly to the pressure of video activists as well as educational organisations, in 1972 laws were passed requiring cable companies to make some channels available for public, educational and governmental use to serve the communities they were reaching. As guerrilla television producers were already creating material that was needed to fulfil this obligation, for a brief period there was a perfect opportunity for guerrilla television to have dissemination channels below the level of national broadcasters but reaching far more people than informal networks of exchange. However, as Deirdre Boyle has pointed out, this was a short-lived alliance as once cable companies had obtained their licences, they tended to drop these public access channels as fast as they could get away with.

In this context it is legitimate to ask how guerrilla was guerrilla television, and what kind of break did it constitute from conventional conceptions of television? For all the rhetoric of television made by the people and for the people, there is a slippage in *Guerrilla Television* between a more radical use of the term and advocating a small business entrepreneurialism that is much more amenable to capitalist control, especially as it would be reformulated in neoliberalism. While Shamberg is happy to paraphrase Mao in some passages describing guerrilla television as swimming like fish among the people, the actual practice of the guerrilla television made by TVTV (Top Value Television) that emerged out of Raindance was much more a practice of low budget DIY entrepreneurialism than anything revolutionary.

TVTV initially became known for its alternative coverage of mainstream political events such as Democrat and Republican conventions which was hardly a radical choice of subject matter, even if they did turn their cameras on the mainstream media coverage and accompanying outside protests in ways that were quite foreign to how mainstream

media operated at such events. Nevertheless, for TVTV, politics whether of a mainstream or alternative variety was essentially nothing more than good material for making videotapes. Even if other guerrilla television organisations like People's Video Theater or Communitube were more engaged with supporting social activism, and therefore close to radical film collectives, the post political theorising that informed the practice of TVTV separated it from media activism. As Deirdre Boyle put it:

“Shamberg equated guerrilla television with community or grassroots video, but they were actually different species of video activity. Guerrilla television producers professed an interest in community video, but they were generally far more interested in developing the video medium and getting tapes aired, than serving a local constituency.”
(Boyle, 1997, 34)

In other words despite the rhetoric in *Guerrilla Television* about being all about process and video made by the people and for the people, in reality it was a small business alternative model for producing and distributing television products, and one that would become easily incorporated into the television industry which was already on the verge of being broken up through the advent of cable networks and more individualised, decentralised models of production. Nevertheless, however co-opted TVTV might have become, its desire to challenge the control and monopoly of corporate television did inspire future generations of video and media activists, some of whom remained closer to the initial meanings of guerrilla media as presenting radically different perspectives and practices to the mainstream, even if the idea of guerrilla media as merely involving low budget DIY entrepreneurialism that was at best reformist rather than revolutionary also began to gain currency following the theory and practice of guerrilla television in the 1970s.

Guerrilla and Punk Convergence: Records, Radio and Fanzines

This ambivalent sense of guerrilla media in the slippage between merely DIY small scale entrepreneurialism and actual political content and form can also be seen across what I have

called the punk media ecology encompassing, records and tapes, flyers and posters, fanzines, gigs and other events, fashion and graphic design (see Goddard, 2018, 166 ff). If early UK punk groups like The Sex Pistols and The Clash injected some explicitly political content into an only reformed rock idiom, this politics was belied by deals with major labels of the recording industry thereby echoing the contradictions of radical publishing pointed out by Meinhof a decade earlier. Notwithstanding this, The Clash, in particular, aligned themselves through fashion, album cover art and lyrics with urban guerrillas, Joe Strummer going as far as sporting a T Shirt which combined Red Army Faction and Brigade Rosse (Italian Red Brigades) logos. However, while namechecking these groups as icons of rebellion they were also treated critically as in the lyrics for the song Tommy Gun: “You’ll be dead when your war is won/Tommy gun/But did you have to gun down everyone?” (The Clash, 1978). More significantly The Clash pointed to the rise of pirate radio both through songs that critiqued the emptiness of commercial radio and presented histories of pirate broadcasting and operated themselves as a kind of pirate radio station informing their listeners of political struggles on a global scale as evident especially on *Sandinista* (1980) and *This is Radio Clash* (1981). But for all the guerrilla allusions and style, The Clash ultimately operated as a hard-working conventional rock band or certainly became one (see Goddard, 2020).

Other groups, however, operated very differently, with a much more DIY approach to producing material. Bands as different as the pop punk Buzzcocks and the experimental art punk band Swell Maps produced recordings entirely independently, only allying with even independent labels like Rough Trade Records for distribution purposes. Nevertheless, such releases could only be seen as guerrilla in the DIY sense not in terms of any political content. The first punk group to really create a full guerrilla media ecology was Crass who were deliberately set up as a reaction against all the inconsistencies and they would say hypocrisies of first-generation punk. Taking anarchy seriously, they were not only responsible for founding anarcho-punk but created a whole operating model that would be highly influential on the future development of punk scenes worldwide and especially on US hardcore.

Crass not only created recordings independently but used them to question not only all dominant political ideologies but also every aspect of punk expression up to this point. This went from rejecting the fairly conventional rock and roll form of punk recordings whether by playing faster with shouted vocals, or using free form improvisations with more in common with free jazz than conventional punk aesthetics. More than this, album art mostly produced by Gee Vaucher, was also highly political and releases were accompanied by extensive texts that further explained the group's political views as expressed in the lyrics. Crass's albums were therefore a platform on which a whole range of issues including anarchy, peace movements, nuclear disarmament, gender issues, ecology and others could be discussed openly. This went to the extent of giving the address of the Dial House commune, where its key members like Penny Rimbaud and Steve Ignorant lived, on album covers, performing where possible in unconventional venues like community centres, insisting on low prices for both gigs and albums, and setting up independent distribution channels with other anarcho-punk bands which sprouted up all over the country following the example of Crass (see Worley, 2017, 160–164ff). While there are few examples of groups or scenes following every aspect of the Crass playbook, certainly a lot of it can be seen in the ethos of Ian McKay's US hardcore label Dischord, as well as the *modus operandi* of his bands Minor Threat and even more so Fugazi which had a similar approach to Crass towards venues, accessibility and insisting on full independence, as well as explicit politics, albeit of a less strident or proselytising variety (see Grubbs 2008, 6–43). As with Crass, it was at least in part due to adopting this guerrilla model of fully independent production that enabled Dischord and its bands to have such a substantial influence, despite avoiding all of the usual marketing mechanisms like appearing in the national music press or making music videos. For example, the "straight edge" ethos first expressed in a Minor Threat song, as a personal decision to avoid alcohol and promiscuous sex, soon spread throughout hardcore scenes to the point of becoming fanatical and militant in the 1990s.

These tensions or contradictions can equally be seen in the proliferation of fanzines during the punk era. While these informal

publications had antecedents in the hippie counterculture and its underground press, during the punk period there was an explosion of these publications, often primarily the work of a single fan wanting to communicate their enthusiasm for specific groups and scenes and find a resonant mode of expression to the music itself. All of these fanzines combined the recent availability of Xerox photocopying, with cut and paste graphic design, some of which had been developed first as album art, and a DIY attitude. As Matthew Worley et al. put it, following the seminal example of Mark Perry's *Sniffin' Glue*, fanzines combined:

"fervid text with cut 'n' paste imagery that was Roneo-stencilled or Xeroxed to be sold for minimal cost at gigs, school, college, or in local record shops."

(Worley et al 2018, 2)

Worley et al also point out that while beginning as mere juvenile fandom, punk fanzines like the bands they were writing about developed rapidly, often taking on more explicitly political perspectives:

"Not only do they provide portals to a particular time and place, with parochialism transformed into resonant snapshots of cultures beyond the hubbub of London's media, but they also offer glimpses of the interests, concerns and opinions of youthful milieux."

(Worley et al 2018, 1f)

It was often only in their evolution that the properly radical potential of punk fanzines became apparent. For example, Tony Drayton began *Ripped and Torn* primarily as a vehicle for his fandom of Adam and the Ants who, in the wake of the disintegration of The Sex Pistols seemed for a short while as the leading lights for future punk evolution. However, this all changed radically when Drayton encountered the music and politics of Crass, which made his previous fanzine seem like child's play. Instead of simply having new content he started a new zine with the provocative title of *Kill Your Pet Puppy*, which was a forum for discussing "anarchist politics and esoterica" (Worley et al, 2018, 2). An even more dramatic evolution can be seen in the case of the Bay Area fanzine *Search and Destroy* started by Vale. While always

more than just a punk zine, distinguished by high production standards, and interests in esoterica and beat writers like William S. Burroughs, alongside articles on and interviews with punk and industrial bands, it became something else entirely when reinvented as *RE:Search*. These book like publications were now mainly engaged with both the groups and wider concerns of industrial music, and went so far into the cultural sphere as to publish hard to access literary work by Burroughs, J. G. Ballard and Octave Mirbeau, as well as devoting special issues to these figures. Most famously their *Industrial Culture Handbook* (issues 6/7) which combined wide ranging discussion with an eclectic range of both musical groups and performance artists, with extended discussion of anomalous figures like Jim Jones, Charles Manson and Aleister Crowley and extensive film viewing and reading lists, became definitive of the range of interests that would constitute the industrial music genre and subculture. Emerging out of the West Coast scene which was much more experimental than politically focused at that time, there was no obvious politics expressed by *RE/Search*, especially since it tended to give much more room to interviews with the bands and other authors than any editorial position. Nevertheless, it was clearly enacting a subcultural politics, and embracing ideas from industrial bands like Throbbing Gristle and Cabaret Voltaire of contributing to an information war against “control” by making extreme, underground, occult and experimental materials available to a wider audience.

A final example is the London zine *Vague* which, despite beginning as just another fanzine, morphed into a wide ranging psychogeographical exploration of all the currents informing punk, including the legacies of radical post-1960s counterculture. In a sense this comes full circle as one of these currents that *Vague* was especially interested in was urban guerrilla movements and several issues contained discussions of British radical groups like King Mob and The Angry Brigade, as well as an entire book on the chronology of the Red Army Faction called *Televisionaries* (see Vague ed., 1994; Vague, 2018). Nevertheless, despite all these explicit references to these and other radical political groups, the politics of *Vague* was no more explicit than the meaning of Joe Strummer’s T-Shirt; certainly these groups were being held up as icons of rebellion, but

not uncritically and certainly not as a path to be followed. In many ways they were not treated that differently to the ways fanzine writers would discuss their bands of choice—information and chronologies were given, with some interpretation and value judgements, but more as a kind of minor history of a neglected phenomenon than to advocate any explicit guerrilla politics. In a way, this was an accurate reflection of punk itself, that firstly could not be defined by any specific political stance, not even anarchism, nor by a consistent relationship to politics, despite initiatives like Rock Against Racism. Ultimately radical politics became, just as it did for the practitioners of Guerrilla Television, just a kind of material to engage with and disseminate, other than some key ideas picked up on from some of these groups such as Situationist psychogeography.

The Guerrilla Media Concept Today

Given the multiple ambivalences surrounding the term guerrilla media even in the 1970s, what relevance can it have today in the cybercultural or even post-internet context of social media? Certainly some of the functions that alternative forms of media were seeking such as many to many communication and community building migrated to the Internet in the 1990s only to be subject to corporate take over and monopolisation via mega platforms like Facebook, YouTube and others. Projects like Indymedia, with its aims of creating fully independent file and video sharing via the Internet seem today to be archaic and quaint and to have more in common with radical media of the 1970s than with the present conjunction, despite only happening twenty years ago. But this outdatedness was already being picked up on in the 1990s by the Critical Art Ensemble, for example, and was subsequently echoed in Alexander Galloway and Eugene Thacker’s book *The Exploit*. Essentially this critique is based on the idea that when power has become deterritorialised and networked, territorial strategies of resistance no longer produce any effects. So, blowing up a building or other site, however important, or hacking into a television station, is not going to make the least bit of difference, if power is essentially distributed and decentralised. It is possible to argue that this was already the case in the 1970s, and that the RAF, for example, could be easily hunted down

and its members shot or arrested because the West German police, aided by new computer networks, was better at being nomadic and distributed than the urban guerrilla network. Nevertheless, the concepts of guerrilla media extended beyond merely local actions and at their best were aimed at mobilising resistance at as wide a level as possible whether this was in the context of the Cuban *Radio Rebelde*, a political pirate radio or guerrilla television broadcast or a punk or industrial fanzine. Ultimately, I would argue that it is neither the pole of guerrilla media as an extension of armed struggle, nor the other pole of mere small-scale entrepreneurialism that is its most enduring legacy. Instead it is the

inbetween path of ludic subversion and play with dominant communicational codes that still retains relevance today. While necessarily operating in specific cultural political contexts, ludic subversion of dominant media codes whether of billboards, Websites or social media platforms can and have been the sites of tactical media interventions that clearly draw upon this legacy and do so up to the present moment and communicational context. To be effective, however, such guerrilla media methods need to be constantly re-invented in relation to shifting modalities of power as well as dominant media channels.

References

- Autonome a.f.r.i.k.a. Gruppe; Blissett, L. & Brünzels, S. (2001). *Comunicazione-guerriglia: Tattiche di agitazione gioiosa e resistenza ludica all'oppressione* (Communications guerrilla: Tactics of joyful agitation and ludic resistance to oppression). Rome: DeriveApprodi.
- Berger, D. (2006). *Outlaws of America: The Weather Underground and the Politics of Solidarity*. Oakland/CA, Edinburgh: AK Press.
- Blum, W. (1997). *Killing Hope: US Military and CIA Interventions since World War Two*. London: Black Rose.
- Boyle, D. (1997). *Subject to Change: Guerrilla Television Revisited*, New York, Oxford: Oxford University Press.
- de Antonio, E. (Director). (1975). *Underground* [Film].
- Debord, G. (1992). *The Society of the Spectacle* (D. Nicholson-Smith, Trans.). London: Rebel Press.
- Debray, R. (1968). *Revolution in the Revolution* (B. Ortiz, Trans.). Harmondsworth, Middlesex: Pelican Books.
- Dohrn, B., Ayers, B., & Jones, J. (Eds.). (2006). *Sing a Battle Song: The Revolutionary Poetry, Statements and Communiques of the Weather Underground, 1970–1974*. New York: Seven Stories Press.
- Furuhata, Y. (2013). *Cinema of Actuality: Japanese Avant-Garde Filmmaking in the Season of Image Politics*. Durham, NC: Duke University Press.
- Galloway, A., & Thacker, E. (2007). *The Exploit: A Theory of Networks, Electronic Mediations*. Minneapolis; London: University of Minnesota Press.
- Brustellin, A., Cloos, H. P., Fassbinder, R. W., Kluge, A., Mainka, M., Reitz, E., Rupé, K., Schlöndorff, V., Schubert, P., & Sinkel, B. (Director). (1978). *Germany in Autumn* (Deutschland im Herbst) [Film].
- Gilio, M. E. (1972). *The Tupamaro Guerrillas* (A. Edmondson, Trans.). New York: Ballantyne Books.
- Goddard, M. (2018). *Guerrilla Networks: An Anarchaeology of 1970s Radical Media Ecologies*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Goddard, M. (2020). "This Is Radio Clash": First-Generation Punk as Radical Media Ecology and Communicational Noise. In McKay, G., & Arnold, G. (Eds.), *Oxford Handbooks Online: Oxford Companion to Punk Rock*. Oxford University Press. <https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780190859565.001.0001/oxfordhb-9780190859565-e-12>
- Grubb, E. (2008). *Post: A Look at the Influence of Post-Hardcore 1985–2007*. Bloomington/IN: iUniverse.
- Guevara, E. 'Che' (1997). *Guerrilla Warfare* (B. Loveman & T. M. Davies Jr., Trans. Eds.). Wlilmington/DE: Scholarly Resources Inc.
- Marighella, C. (1971). *For the Liberation of Brazil* (J. Butt & R. Sheed, Trans.). Harmondsworth, Middlesex: Penguin.
- Marighella, C. (2002). *Mini-Manual of the Urban Guerrilla*. Montreal: Abraham Guillen/Arm the Spirit.
- Meinhof, U. (2008). *Everybody Talks about the Weather... We Don't* (K. Bauer, Trans. Ed.). New York: Seven Stories Press.
- RAF (Red Army Faction) (2005). *Red Army Faction: The Urban Guerilla Concept* (A. Murphy, Trans.). Montreal: Kersplebedeb.
- Sanguinetti, G. (Censor). (2002 [1975]). *The Real Report on the Last Chance to save Capitalism in Italy*, Fort Brag, CA: Flatland.
- Sanguinetti, G. (1979). *On Terrorism and the State*. <http://www.notbored.org/on-terrorism.html>
- Shamberg, M., & Raindance Corporation (1971). *Guerrilla Television*. New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Taber, R. (2002). *War of the Flea: The Classic Study of Guerrilla Warfare*. Washington: Brassey's Inc.
- Tse-Tung, M. (1961). *On Guerrilla Warfare*. (S. B. Griffith, Trans.). Washington; London: Praeger Publishers.
- Vague, T. (Ed.) (1994). *The Great British Mistake: Vague 1977–1992*. (24). London: Vague.

- Vague, T. (2018). Vague post-punk memoirs, 1979–1989. In The Subcultures Network (Ed.), *Ripped, Torn and Cut: Pop, Politics and Punk Fanzines from 1976*, (pp. 191–200). Manchester University Press.
- Vale, V., & Juno, A. (Eds.). (1983). *RE/Search 6/7: Industrial Culture Handbook*. San Francisco: RE/Search publications.
- Viénet, R. (Director). (1973). *Can Dialectics Break Bricks? (La dialectique peut-elle casser des briques?)* [Film].
- Worley, M. (2017). *No Future: Punk, Politics and British Youth Culture 1976–1984*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Worley, M., Gildart, K., Gough-Yates, A., Lincoln, S., Osgerby, B., Robinson, L., Street, J., & Webb, P. (2018). Introduction: Adventures in reality: why (punk) fanzines matter. In The Subcultures Network (Ed.), *Ripped, Torn and Cut: Pop, Politics and Punk Fanzines from 1976*, (pp. 1–12). Manchester University Press.

Michael N. GODDARD,

Dr., is Reader in Film and Screen Media at Goldsmiths, University of London. He has published widely on international cinema and audiovisual culture as well as cultural and media theory. He is also a media theorist, especially in the fields of media ecologies and media archaeology, as well as in digital media. In media archaeology, his most significant contribution is the monograph, *Guerrilla Networks* (2018), the culmination of his media archaeological research to date, which was published by Amsterdam University Press. His previous book, *Impossible Cartographies* (2013) was on the cinema of Raúl Ruiz. He has also been doing research on the fringes of popular music focusing on groups such as The Fall, Throbbing Gristle and Laibach and culminating in editing two books on noise, *Reverberations* (2012) and *Resonances* (2013). He is currently working on a book on the British post-industrial group Coil, and a new research project on genealogies of immersive media and virtuality.

AUF und an.schläge, Frauensolidarität, fiber und Co

Zu Entwicklungen feministischer (Print-)Medien in Österreich im Kontext der zweiten (und dritten) Frauenbewegung

Brigitte Geiger
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft,
Universität Wien

Abstract

Für die Frauenbewegungen ist der für alle sozialen Bewegungen wichtige Zugang zu Medien und Öffentlichkeit besonders voraussetzungsvoll. Die Schaffung eigener Räume und Kommunikationsstrukturen begleitete daher die Konstituierung der zweiten Frauenbewegung ab den 1970er Jahren. Eine zentrale Rolle spielten dabei feministische Print-Medien, vor allem Informationsblätter und Zeitschriften, als selbstbestimmte Artikulationsmittel für Kommunikation und Austausch nach innen und Mobilisierung und Intervention nach außen. Im Kontext der entstehenden feministischen Frauenprojekte-Infrastruktur entstand so im Laufe der Jahrzehnte eine thematisch und organisatorisch vielfältige Zeitschriftenlandschaft mit einem quantitativen Höhepunkt Ende der 1990er Jahre. Seither verlagert sich auch feministische Informationsvermittlung zunehmend in den digitalen Raum, und jüngere Frauengenerationen agieren mit neuen Strategien und Projekten. Der Beitrag gibt einen Überblick über Geschichte und Entwicklungen feministischer Medien und Frauenbewegungen in Österreich mit dem Schwerpunkt Zeitschriftenproduktion.

Keywords: Feministische Öffentlichkeit, Feministische Medien, Frauenzeitschriften, Frauenbewegungen in Österreich, Alternativmedien

Soziale Bewegungen sind für Formierung und Intervention auf Öffentlichkeit angewiesen. Für die Frauenbewegungen war (und ist) der Zugang zu Medien und Öffentlichkeit aufgrund der (bis heute wirksamen) geschlechterdichotomen Entgegensetzung von Öffentlichkeit und Privatheit besonders voraussetzungsvoll. Wie schon die erste Frauenbewegung¹ schuf sich auch die zweite Frauenbewegung ab den 1960er Jahren eigene Räume und Kommunikationsstrukturen, in denen Erfahrungen und Kritik artikuliert und neue Sicht-

weisen und ein feministisches Selbstverständnis entwickelt werden konnten. Wichtige Träger und Kristallisationspunkte dieser entstehenden feministischen Öffentlichkeiten war eine wachsende Vielfalt an feministischen (Print-)Medien, neben Flugblättern, Broschüren und Büchern insbesondere Informationsblätter und Zeitschriften – für Informationsaustausch und Diskussion nach innen, für Mobilisierung und die Artikulation von Anliegen und Forderungen nach außen.

¹ Die erste Welle der Frauenbewegung im europäischen und nordamerikanischen Kontext fokussierte ab Mitte des 18. Jh. auf grundlegende Forderungen wie Bildung, Arbeit oder Wahlrecht. Wichtige Organe der bürgerlichen Frauenbewegung in Österreich waren u.a. *Dokumente der Frauen* (1899–1902), *Neues Frauenleben* (1902–1918) und *Der Bund* (1905–1919), der proletarischen Frauenbewegung die *Arbeiterinnen-Zeitung* (1892–1924) (Bittermann-Wille & Hofmann-Weinberger, 2001). Vor dem Hintergrund

gesellschaftlicher Liberalisierung und der 1968–Bewegung formierte sich Anfang der 1970er Jahre eine zweite Frauenbewegungswelle, u.a. im Kampf um die Abtreibung und weibliche Selbstbestimmung. Ab den 2000er Jahren lassen sich auch in Österreich feministische Aktivitäten (überwiegend) jüngerer Frauengenerationen, z.B. Ladyfeste oder Slutwalks, einer dritten feministischen Welle zuordnen (Geiger & Hacker, 1989; Hacker, 2011).

Bestimmungsmomente feministischer Medien

Feministische Medien sind zunächst ganz allgemein Medien eines kritischen Blicks auf herrschende Geschlechterverhältnisse. In Abgrenzung zu Mainstreammedien sind sie Frauenmedien, haben also Frauen bzw. Frauen*² und ihre Lebensverhältnisse im Fokus. Anders als bei kommerziellen Frauenzeitschriften geht es nicht um Einpassung in, sondern um Veränderung von einschränkenden geschlechtlichen Zuschreibungen. Frauen* sind hier auch nicht nur die (gut vermarktbar) Zielgruppe, sondern auch die Produzent*innen und Verantwortlichen. Feministische Medien gehören weiters zur Gruppe der Alternativmedien, also zu den nicht-kommerziellen, basisnahen und partizipativen Medien oppositioneller Sichtweisen und Positionen.

Die autonome Frauenzeitung (wie sie meist genannt wurde), die unabhängig von Männern, von patriarchalen Institutionen oder Parteien, vom kapitalistischen Medienmarkt und von ökonomischen Einflüssen ausschließlich von Frauen in Eigenregie kollektiv und nicht-hierarchisch ‚gemacht‘ wird, ist zwar sozusagen der Prototyp eines feministischen Mediums, blieb aber nicht seine einzige Form. Feministische Entwicklungen zwischen Autonomie und Institution(alisierung), zwischen Gegenkultur und Mainstreaming spiegeln sich auch in den Medien feministischer Öffentlichkeit (Geiger, 2002a).

Differenzierungen beziehen sich zunächst auf feministische Öffentlichkeiten im engeren Sinn, also unmittelbar an die Frauenbewegungen in ihrer thematischen, organisatorischen und politisch-ideologischen Vielfalt gekoppelte Öffentlichkeiten. Daneben etablieren sich institutionell verankerte Öffentlichkeiten der Frauen- und Gleichstellungspolitik, später auch universitärer Frauen- und Geschlechterforschung mit einem tendentiell privilegierteren Zugang zu Mainstreammedien. Schließlich diffundieren feministische Ideen in breite gesellschaftliche Kontexte und manifestieren

sich in Frauengesprächskreisen und Mütterrunden, frauenbezogenen Bildungsangeboten, in den Frauenabteilungen von Parteien, Kirchen und Gewerkschaft, einer Vielzahl beruflicher Frauen-(Karriere-)Netzwerke bis hin zu aktuellen Formen eines populären Feminismus als Lifestyle-Produkt und Marketingthema und bilden so, was ich einmal vorläufig als emanzipatorische Frauenöffentlichkeiten bezeichnete, also Öffentlichkeiten, die einzelne feministische Themen aufgreifen, Benachteiligungen thematisieren und Gleichstellung voraussetzen, ohne sich explizit in Politiken von Frauenbewegungen zu verorten (Geiger, 2002b).

Kategorisierungen feministischer Medien, so Jenny Gunnarsson Payne zur Frage: Sind feministische Medien Alternativmedien?, müssen diese Dynamiken, Kontingenz und Komplexität berücksichtigen; offene und differenzierte Modelle und Konzepte von Alternativmedien entsprechen daher besser als Theorien, die mit starren Gegensätzen von Gegenöffentlichkeit und Mainstream, Basis und Institution arbeiten (Gunnarsson Payne, 2012).

Ich gebe im Folgenden einen kurzen Abriss zu Aufbau und Konsolidierung der feministischen Medienlandschaft Österreichs mit Fokus auf Printmedien/Zeitschriften und skizziere dann einige zentrale Aspekte der Transformationen feministischer Bewegungen und Öffentlichkeiten der letzten zwei Jahrzehnte.

Aufbau und Konsolidierung einer feministischen Medienlandschaft: Zeitschriften der zweiten Welle³

Die ersten feministischen Zeitschriften entstehen in Österreich Anfang der 1970er Jahre im Kontext des Kampfs gegen das Abtreibungsverbot, in Wien zunächst noch im Rahmen linker Gruppierungen wie etwa *Rotstrumpf. Texte zur Befreiung der Frau* (1972–1981), und in Innsbruck produziert der aus der *Aktion 144* hervorgegangene *Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft* die – bis heute bestehenden – *AEP-Informationen* (1974–). Die 1972 gegründete *Aktion Unabhängiger Frauen* (AUF) bildet

² Ich verwende im Beitrag das Gender-Sternchen je nach zeitlichem Kontext, von dem jeweils die Rede ist.

³ STICHWORT. Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung, Wien, besitzt eine umfangreiche Zeitschriftensammlung internationaler und deutschsprachiger Titel, für den österreichischen Bestand wird soweit möglich Vollständig-

keit angestrebt. Die zugehörige Zeitschriftendatenbank ermöglicht daher einen Überblick über die österreichische Situation. Eine detaillierte Auswertung mit Stand 2010 erfolgte zuletzt für Geiger & Hauser (2012) und ist Basis der folgenden Darstellungen.

für einige Jahre das Zentrum der Wiener Bewegung und schafft sich bald zwei spezialisierte Medien für unterschiedliche Informations- und Kommunikationsbedürfnisse: die monatlichen *AUF-Mitteilungen*, später *Frauen-Info des Frauenzentrums Wien* (1973–1980) als internes Informationsblatt und ein Jahr später *AUF – eine Frauenzeitschrift* (1974–2011) als Forum und Sprachrohr für ein breiteres Publikum. Eingebunden in die noch relativ kompakten Kommunikationszusammenhänge dieser Aufbruchzeit war eine kollektive Produktionsweise mit breiter Beteiligung und regelmäßiger Zeitungskritik im Plenum realisierbar. Die *AUF*-Zeitung artikulierte neue Themen wie Lohn für Hausarbeit, Sexismus und Gewalt gegen Frauen und war so ein wichtiger Bezugspunkt für die Konstituierung einer feministischen Bewegung und individuelle Bewusstwerdungsprozesse (Geiger & Hacker, 1989).

Waren diese Zeitungen in den siebziger Jahren noch relativ einsame Vorreiterinnen, so begleitet ab den 1980er Jahren eine stetig wachsende Zahl an Zeitschriften und Informationsblättern die Vervielfältigung frauenbewegter Ansätze und Initiativen sowie die entstehende feministische Infrastruktur sozialer und kultureller Frauenprojekte. Damit gehen auch funktionale, inhaltliche und regionale Differenzierungsprozesse einher. Wien bleibt Zentrum der feministischen Informationsvermittlung (so wie Frauenprojekte insgesamt stärker in den urbanen Zentren verortet sind; vgl. Doderer, 2003), eine gewisse Regionalisierung erfolgt in den 1980er und 1990er Jahren v.a. durch die Zeitungen der Frauen-Kultur- und -Kommunikationszentren in den Landeshauptstädten (*Zyklotron* in Innsbruck [1983–2003], *Infam* in Linz [1984–2000], *Zarah lustra* in Salzburg [1985–2001] und *Belladonna* in Klagenfurt [1986–1996]). Neben weiteren eigenständigen allgemein-feministischen Medienprojekten wie *An.schläge. Feministisches Magazin für Arbeit, Politik und Kultur* (1983–) und *[sic!] Forum für feministische Gartengarten* (1993–2009) erfolgt auch bei den Zeitschriften eine thematische Differenzierung und Spezialisierung, u.a. mit der Kulturzeitschrift *Eva & Co* (1981–1992) und der auf Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses und der Situation von Frauen in der sog. Dritten Welt spezialisierten *Frauensolidarität* (1982–). Dazu kommen Informationsblätter und kleinere Special-Interest-Zeitungen im Rahmen der Informations- und Öffentlich-

keitsarbeit einer sich etablierenden Frauenprojekteszene. Beispiele dafür sind etwa die Rezensionenzeitschrift *WeiberDiwan* (1995–) der Wiener Buchhandlung *Frauenzimmer* (heute eigenständig), *Laufschritte* (1986–, heute Programminformation) des Grazer *Frauenservice* oder der *STICHWORT-Newsletter* (1996–) des Wiener Frauen/Lesbenarchivs.

Feministische Initiativen an den Universitäten und der Ausbau der Frauen- und Geschlechterforschung spiegeln sich in einer Fülle, oft kurzlebiger studentischer Initiativen, in Rundbriefen von Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen (Historikerinnen, Philosophinnen, Pädagoginnen) und Informationsmedien der Koordinationsstellen und Projektzentren für Frauenforschung, jetzt Gender Studies. Mit *L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* (1990–) entsteht eine erste österreichische akademische Fachzeitschrift, aber insgesamt ist die theoretische und akademische Debatte vor allem von anderen deutschsprachigen und englischen Titeln getragen (Hauser & Geiger, 2008). Auch für die österreichische Lesbenbewegung sind trotz einiger eigenständiger Lesbenorgane wie z.B. der rotierend von verschiedenen Lesbengruppen gestaltete *Lesbenrundbrief* (1983–89/93) Zeitschriften aus den deutschsprachigen Nachbarländern zentral (Geiger & Hauser, 2012, 83ff).

Der bis zur Jahrtausendwende anhaltende Ausbau einer feministischen Printmedienlandschaft erreichte Ende der 1990er Jahre einen Höchstwert mit rund 70 Titeln; ab 2000 geht sowohl die Gesamtanzahl als auch die Anzahl der jährlichen Neugründungen zurück, zeigt eine Auswertung der *STICHWORT*-Zeitschriftendatenbank (Geiger & Hauser 2012, 77f). Verglichen mit anderen europäischen Ländern, etwa Deutschland, weist Österreich vor allem im Printbereich relativ zu seiner Größe auch noch um 2010 eine überdurchschnittliche Anzahl auf und mit *an.schläge* auch eines der ganz wenigen (fast) Monatsmagazine (Zobl & Reitsamer, 2012).

Produktionsbedingungen und Professionalisierung

Gekennzeichnet ist diese feministische Zeitschriftenproduktion durch eine große Fluktuation – mehr als die Hälfte der Titel erscheint nur unregelmäßig oder besteht nur für ein, zwei Jahre. Dies ist zum einen Ausdruck der

Dynamik und Lebendigkeit einer basisnahen, selbstorganisierten Medienproduktion, zum anderen aber auch den Grenzen nebenberuflicher Medienarbeit und schwieriger Produktionsbedingungen mit beschränkten Ressourcen geschuldet. Dennoch erreichen umgekehrt viele der Medienprojekte eine beeindruckende Kontinuität, einige erscheinen über Jahrzehnte (Geiger & Hauser, 2012, 79).

Im Kontext der Etablierung der Frauenprojektebewegung und damit einhergehender Bestrebungen, berufliches und feministisches Engagement zu verbinden, setzte auch im Medienbereich ein Professionalisierungsprozess ein, wiewohl unbezahltes Engagement und einfach produzierte Basismedien weiter wichtig bleiben. Ein auch kommerziell lebensfähiges feministisches Massenmedium wie etwa *Emma* in Deutschland, *Ms.* in den USA oder *Opzij* in den Niederlanden konnte nicht zuletzt aufgrund der Kleinheit des Marktes in Österreich aber nie entstehen.

Die Medienmacherinnen reagieren jedenfalls auf steigende Ansprüche an Inhalt und Form sowie Vermittlungsleistungen in einem diversen und dezentralen feministischen Umfeld. Eine Vorreiterin der Professionalisierung emanzipatorisch-kritischer Medienarbeit in Österreich ist das Magazin *an.schläge*. Das zeigte sich schon in der frühen und durchgängigen Aufmerksamkeit für Ästhetik und Bildpolitik und dann vor allem in der risikoreichen Umstellung auf beinahe monatliches Erscheinen, was neben der für feministische Zeitschriften typischen Aufbereitung von Schwerpunktthemen aus mehreren Perspektiven auch aktuelle(re) Nachrichten und Reaktionen ermöglicht (Rudiger, 2008; Suesemichel, 2008). Damit einher gehen Modifikationen der Arbeitsweise und Partizipationskonzepte – weg vom reinen Kollektiv, wo alle alles machen, zu Arbeitsteilung, flachen Hierarchien und redaktioneller Auswahl und Bearbeitung. Beteiligung ist immer noch erwünscht, verlagert sich aber zunehmend zu auch professionell schreibenden Frauen (Geiger, 1996).

In der praktischen Arbeit und theoretischer Reflexion (so etwa mit Symposium und Sammelband zum 25-Jahr-Jubiläum, Suesemichel et al., 2008) wurde so feministischer Journalismus weiterentwickelt. Orientiert an feministischen wie journalistischen Prinzipien folgt er eigenen Qualitätskriterien – so etwa Parteilichkeit und Transparenz der Situierungen anstelle ohnehin nur vermeintlicher Objektivität, Erweiterung des Themenspektrums auch um vermeintlich Privates, hohe Sensibilität für Sprache, Differenzen und Hierarchien und die Ambivalenzen der Repräsentation. Über engagierte Journalist*innen, auch ehemalige *an.schläge*-Praktikantinnen, finden feministische Perspektiven auch vermehrt Eingang in etablierte Medien, institutionalisiert etwa in der Online-Redaktion der Tageszeitung *Der Standard*, initiiert vom redaktionsinternen Frauennetzwerk *dieStandard.at* am 8. März 2000 erfolgreich online (seit einem Relaunch vor einigen Jahren nun versteckter im Gesamtangebot).⁴

Auszubalancieren ist dabei vor allem für größere semi-professionelle Projekte das Spannungsfeld zwischen dem Bestreben, breitere (Frauen-)Öffentlichkeiten zu erreichen, und den eher bewegungsinternen Informations- und Vermittlungsleistungen für feministisch Interessierte und Engagierte. Rund ein Drittel des Inhaltsangebots der österreichischen Printmedien der 1970er und 1980er Jahre entfiel auf Bewegungsberichterstattung im engeren Sinn mit Berichten über Gruppen, Veranstaltungen und Aktivitäten, Themen und Debatten⁵ (Geiger & Hauser, 2012, 81f). Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine gute Verankerung der Redaktionen in den diversen feministischen Kontexten, Diskursen und Szenen.

Thematisch stehen in den 1970ern zunächst das Abtreibungsthema, ab Mitte der 1970er dann nach und nach die verschiedenen Formen der Gewalt an Frauen im Vordergrund. In den 1980ern wird das Thema Partei-Politik von der Auseinandersetzung mit dem 1979 installierten Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen, dem Beginn institutioneller Frauenpolitik in

⁴ Online ist jedenfalls das Spannungsfeld zwischen Separierung oder Integration frauenpolitischer Information, das etwa bei der *taz* und ihrer Frauenseite lange diskutiert wurde, besser zu überbrücken.

⁵ Im Rahmen eines Forschungsprojekts von STICHWORT (vgl. Gegier et al., 1991) wurde die österreichische Zeitschriftenproduktion von 1972–1990 auf Articlebene

formal und systematisch erfasst. Dies ermöglicht einen detaillierten Blick auf die Themenstruktur entlang der STICHWORT-Systematik. Der Datenpool ist über die STICHWORT-Homepage online recherchierbar (www.stichwort.or.at). Eine Fortführung dieser Dokumentationsarbeit ist geplant.

Österreich dominiert; Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit, Sparmaßnahmen und Sozialabbau befördern dann die Beschäftigung mit Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und der Verarmung von Frauen. Daneben bekommen die Themen Kunst und Literatur und die sich langsam etablierende Frauenforschung breiten Raum (Geiger & Hauser, 2012, 81–83).

Transformationen: Medienpraxen der sogenannten dritten Welle

Im neuen Jahrtausend präsentieren sich feministische Öffentlichkeiten stark verändert, was zunächst vor allem den neuen Online-Medientechnologien geschuldet ist. Auf gesellschaftliche Entwicklungen eines neoliberalen Geschlechterregimes von individueller (Wahl-) Freiheit und Selbstoptimierung, der Integration und Abwicklung des Feminismus (McRobbie, 2010) und postfeministischer Medienkulturen (Gill, 2016) reagieren insbesondere jüngere Frauengenerationen mit neuen Strategien und Aktivitäten, weshalb vor allem im angloamerikanischen Raum auch von einer dritten Welle des Feminismus gesprochen wird. Die für das *Feminist Media Project*⁶ befragten europäischen Medienaktivist*innen verorten sich (um 2010) durchaus noch in der zweiten Frauenbewegung, nur einige verstehen sich explizit als dritte Welle, aber sie integrieren entsprechende Vorstellungen und Diskurse. So greifen sie Entwicklungen in feministischer Theorie auf, von der Dekonstruktion eines binären Geschlechts über queer politics und postkoloniale Kritik bis zu intersektionalen Perspektiven auf verschränkte Ungleichheitskategorien, sie legen einen Fokus auf Popkultur als Feld feministischer Auseinandersetzung und agieren selbstverständlich digital und online vernetzt (Zobl & Reitsamer, 2012).

Feministische Öffentlichkeiten online

Zwar verzeichnen feministische Printmedien ab den 2000ern kontinuierliche Rückgänge, aber schon ab Mitte der 1990er Jahre wird die feministische Informationsvermittlung ergänzt

durch Onlineangebote bzw. verlagert sich dann beschleunigt ab den 2000ern ins Netz. Nicht zuletzt aus Kostengründen erscheinen insbesondere kleinere und aktuellere Informationsblätter häufig nur mehr online. Dabei standen zunächst die Information und (Selbst)Präsentation im Vordergrund, wobei die Auffindbarkeit oft gering war und die Interaktions- und Aktionsmöglichkeiten erst nach und nach genutzt wurden (Winker & Carstensen, 2006). Bis zum Abschalten des Österreich-Servers der deutschen Frauen-Mailboxen *FemNet* und *Woman* 1999 bestand allerdings für einige Jahre ein niederschwelliger, selbst organisierter frauenbezogener elektronischer Kommunikationsraum, der etwa von Mädchenberatungsstellen intensiv genutzt wurde (Hauser, 2000).

Web 2.0 und Social Media entsprechen in ihrer Fluidität, Flexibilität und Temporalität dezentralen und diversen Feminismen, und so entwickelt sich eine lebendige queer-feministische Netzcommunity, mit der Feminismus eine neue Sichtbarkeit und Präsenz erreicht, allerdings gleichzeitig auch mit antifeministischem, maskulinistischem Gegenwind und sexistischem Hass konfrontiert ist (Carstensen, 2013; Drüeke, 2019). Besondere mediale Aufmerksamkeit erreichen insbesondere feministische Hashtags wie der deutsche #aufschrei gegen Alltagssexismus und #MeToo, der – 2017 von Alyssa Milano im Zuge der Weinstein-Affäre (wieder) verwendet – bald rund um die Welt ging. Dieser Hashtag-Aktivismus bringt so Sexismus und sexualisierte Gewalt auf die mediale Agenda (Drüeke, 2015; Mendes et al., 2018).

Sadowski (2016) entwirft eine Typologie digitaler Aktivismen (konkret zu sexualisierter Gewalt) und nennt neben originären Online-Aktionsformen wie Hashtag oder Online-Petitionen und Aktivismen gegen spezifische netzassoziierte Probleme (Hate speech oder die heteronormative Gestaltung der Plattformen) als weiteren und am weitesten verbreiteten Modus die Online-Unterstützung von Aktionen und Aktivitäten.

Österreichische Beispiele wären etwa die Plattform *20.000frauen*, entstanden zur Organisation einer großen Demonstration im März 2011

⁶ Im Rahmen des *Feminist Media Project*, Laufzeit 2008–2012 wurden über 400 feministische Medienprojekte (Printmedien, Blogs, Zines und e-Zines, Radio und TV) recherchiert und so ein Überblick über feministische Medi-

en in Europa erstellt. Mittels Interviews und Befragungen wurden zudem Selbstverständnis und Intentionen einer neueren Medienpraxis erhoben (Zobl & Drüeke, 2012).

in Erinnerung an die erste große Demonstration für Frauenrechte 1911 auf der Wiener Ringstraße. (<http://www.20000frauen.at>) Für Austausch und Vernetzung und die Organisation ihrer vielfältigen Aktivitäten (kleinere Straßenaktionen, Flashmobs und Zeltstädte und Satire-Zeitschriften zur Werbe- und Medienkritik) nutzt die Plattform alle elektronischen Medien von Website über Newsletter bis zu Facebook und Co. (Theissl, 2012).

20 Jahre nach dem ersten österreichischen FrauenVolksBegehren setzte das Frauen*volksbegehren 2.0 (<https://frauenvolksbegehren.at/>) für seine Kampagne stark auf Web-2.0-Strategien. Anders als 1997, wo über feministische Medien und Frauenöffentlichkeiten hinaus auch in Mainstreammedien eine breite Debatte über Geschlechterungleichheiten erfolgte und sich fast alle Parteien positionierten (Geiger, 2002c), waren 2017/18 die Rahmenbedingungen (Regierungskrise, Neuwahl, Herbsttermin) schwieriger und daher die Resonanz in Politik und Medien vergleichsweise gering. Dafür funktionierten die ‚modernen‘ Methoden – Crowdfunding zur Finanzierung der Kampagne, prominente Testimonials und Mobilisierung über Social Media – in Verbindung mit einer Fülle an Veranstaltungen, Flashmobs und der Organisation in Regionalgruppen. Auch wenn die hohe Stimmenanzahl von 1997 nicht erreicht wurde, ist die Kampagne daher ein gelungenes Beispiel für die Verschränkung von Online- und Offline-Aktivismus (Hausbichler, 2018).

Do-It-Yourself und popfeministische Medienprojekte

Nach und neben den Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozessen, die den Aufbau einer feministischen Infrastruktur begleiten, kommt selbstorganisierte Basiskommunikation wieder zurück: durch Online-Kommunikation in Blogs, Posts und Kommentaren auf Social-Media-Plattformen oder Youtube-Videos und mit dem DIY-Ethos der Punk- und Riot-Girl-Bewegung (etwa in Print- und e-Zines), die für den gerade im deutschsprachigen Raum sehr präsenten Popfeminismus eine wichtige Inspiration bildet (Eismann et al., 2012).

Anfang der 2000er Jahre entstanden in Wien gleich mehrere, teils kurzlebige popkulturelle Zeitungsprojekte: *female sequences. frauen leben kulturHEFTig* (1999–2002), *nylon. Kunst-*

stoff für Feminismus und Popkultur (2000–2001) und als Nachfolgeprojekt *fiber. werkstoff für feminismus und popkultur* (2002–2016). In ihrem Sammelband *fiber_feminismus* resümiert das *fiber*-Kollektiv (2015) nach 24 Heften in 12 Jahren die bisherige Arbeit und macht die Qualitäten vernetzter, in einer Community verankerter partizipativer Medienproduktion, popaffin mit Releaseparties und Musikfestival, deutlich. Zumindest für eine gewisse Zeit überwiegen die positiven Aspekte dieses selbstorganisierten Lern- und Diskussionsorts die Belastungen unbezahlter Zusatzarbeit. In der gewohnten Fanzine-Ästhetik erinnert die Artikelauswahl an viele wichtige Themen und Kontroversen der letzten Jahre.

Breitenwirksamer und kommerzieller angelegt verfolgt das deutsche *Missy Magazine* (2008–) bis heute das Konzept eines Medienprodukts für popkulturell interessierte und sozialisierte jüngere feministische Generationen. Mit Bezug auf die Postfeminismusdebatte und McRobbies Analysen aktueller Konstellationen von Feminismus, Popkultur und neoliberalen Genderordnungen haben Thomas und Kruse (2013) die Inhaltsproduktion von *Missy* und *fiber* untersucht – trotz gewisser Anleihen an neoliberale Weiblichkeiten durch die Inszenierung erfolgreicher Frauen (insbesondere in *Missy*) gelingt es, herrschende Genderkonstruktionen zu durchkreuzen und genderbezogene Diskurse zu erweitern.

Intersektionale Perspektiven

Die Verwirklichung des Anspruchs, einen offenen Raum feministischer Debatten zu schaffen, hängt wesentlich von Fragen des Zugangs und der Inklusivität feministischer Medien und Öffentlichkeiten ab, die auch in alternativen Öffentlichkeiten nicht selbstverständlich gegeben sind. Die Öffentlichkeiten marginalisierter Gruppen erweitern zwar das diskursive Feld, so Nancy Fraser (2001), sind aber selbst in einer vermachteten Gesellschaft nicht frei von Restriktionen und Ausschlüssen.

Konflikte und Debatten um Differenzen unter Frauen, um Ausschlüsse und Verschränkungen von Differenz- und Ungleichheitskategorien begleiten die Frauenbewegungen von Beginn an und werden aktuell unter dem Begriff der Intersektionalität verhandelt. Konflikte entzündeten sich entlang von Klasse/Bildung und Schicht, sexueller Orientierung, zwischen

Müttern und Nicht-Müttern, im Zuge der Migrationsdebatten auch im europäischen Raum zunehmend an Rassismen und ethnischer Diskriminierung.

Exklusion/Inklusion bezieht sich zunächst auf die Zusammensetzung der Redaktionen und Kollektive, wobei sich das Gros der feministischen Redaktionen überwiegend weiß und aus der Mittelschicht, oft aus studentischen Milieus zusammensetzt. Inhaltlich/thematisch realisiert sie sich über die Offenheit für intersektionale Verschränkungen, für Themen und queere Perspektiven, aber auch in eigenständigen Medien z.B. von Lesben oder Müttern (*Mutter.mund* [1996–1999]). Auffallend ist, dass migrantische (Beratungs-)Projekte lange nur vereinzelt mit eigenen Zeitungen (z.B. *Lefö Rundbrief* [1996–2004]) vertreten waren (Geiger & Hauser, 2012). Wichtig ist hier bis heute die Zeitschrift *Frauensolidarität*, um Nord-Süd-Verhältnisse, Migration und Ausgrenzung und marginalisierte Stimmen sichtbar zu machen, seit 2005 ergänzend zur Zeitschrift auch im niederschwelligeren Medium Radio in der Sendereihe *Globale Dialoge*, eine Kooperation mit *Women on Air* von Radio Orange 94.0. (Neumayer & Jenamani, 2008)

Maiz, eine Linzer Migrantinnen-Selbstorganisation, verbindet ihre Beratungstätigkeiten mit einer kritischen und kreativen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Als ein Forum für selbstbestimmte Artikulation und migrantische Wissensproduktion dient seit 2006 das mehrsprachige *Migrazine. Online Magazin von Migrantinnen für alle* (<http://www.migrazine.at>). Ausgehend von einem Verständnis von ‚Migrantin‘ als politische Position wird mit einer konsequent (eingeforderten) intersektionalen Perspektive die Verbindung von Geschlecht und Migration thematisiert und zur Infragestellung der Privilegien der Mehrheitsangehörigen aufgefordert. Damit ist *migrazine* eine wichtige Stimme einer innerfeministischen Diskussion zur Erweiterung feministischer Perspektiven und Praxis (Ratković, 2018).

Ausblick

Dieser unabhängige kritische Journalismus ist heute so notwendig wie eh und je. Zwar haben feministische Anliegen und Themen heute durchaus Platz in Mainstreammedien, allerdings oft im Framing neoliberaler Individualisierung, in ambivalenter Mischung mit antifeministischen und sexistischen Positionen oder mit Instrumentalisierung für rassistische Abgrenzung. Zudem droht mit dem Erstarken populistischer, rechtskonservativer Parteien auch ein geschlechterpolitischer Backlash. Hier sind eigenständige Stimmen und Artikulationsmöglichkeiten weiterhin essentiell – für Protest und Widerspruch, für kritische Kommentierung, vertiefende Differenzierung und als Korrektiv. Feministischer Aktivismus und Journalismus kann die aktuelle Aufmerksamkeit nutzen und sich mehr denn je vielfältiger Medien und Formate bedienen, ist dabei aber auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. So diskutierten Aktivist*innen und feministische Journalist*innen aus klassischen und alternativen, Online- und Printmedien kürzlich bei der Tagung *Feminist Press:ure. Feminismus, Medien, Aktivismus* (nachzuhören unter <https://anschlaege.at/feminist-pressure/>) unter anderem, mit welcher unterschiedlichen Strategien sie feministische Vermittlung und Analyse jenseits von Aktualitätsdruck, Themenkonjunkturen und wiederkehrender emotionalisierter Debatten befördern können.

Neben den digitalen Öffentlichkeiten mit ihrer größeren Sichtbarkeit, aber auch problematischen Effekten der Emotionalisierung, Polarisierung und Hate speech bleiben auch klassische analoge feministische Medien mit ihren spezifischen Möglichkeiten gründlicher und differenzierter Information und Vermittlung, aber auch mit ihren haptischen Qualitäten weiter unverzichtbar. Sie kommen aber aufgrund geringer Ressourcen bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen zunehmend unter Druck. Hier wäre auch die staatliche Medien- und Frauenpolitik⁷ gefordert, um mit öffentlicher Förderung diese für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit wichtige Vielfalt an Medien zu unterstützen.

⁷ Gegen rezente Kürzungen der Förderungen für Alternativmedien und der Subventionen des Frauenministeriums

für feministische Medien organisierte sich 2018 das Bündnis Alternativer Medien BAM (<https://bam.jetzt/>).

Bibliographie

- Bittermann-Wille, C. & Hofmann-Weinberger, H. (2001). Historische Frauenzeitschriften. In Frida – Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer Informations- und Dokumentationseinrichtungen in Österreich (Hg.), *kolloquiA. Frauenbezogenefeministische Dokumentation und Informationsarbeit in Österreich. Forschungs- und Lehrmaterialien* (S. 385–404). bm:bwk – Verlag Österreich.
- Carstensen, T. (2013). Verhandlungen von Geschlecht und Feminismus im Web 2.0. In Riegraf, B., Hacker, H., Kahlert, H., Liebig, B., Peitz, M., & Reitsamer, R. (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven* (S. 112–127). Westfälisches Dampfboot.
- Doderer, Y. P. (2003). *Urbane Praktiken. Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit*. Mosenstein und Vannerdat.
- Drücke, R. (2015). Feministischer Hashtag-Aktivismus. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 3, 26–35.
- Drücke, R. (2019). Digitale Öffentlichkeiten und feministische Protestkulturen. In Dorer, J., Geiger, B., Hipfl, B., & Ratković, V. (Hg.), *Handbuch Medien und Geschlecht. Perspektiven und Befunde der feministischen Kommunikations- und Medienforschung* (online first), Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20712-0_42-1.
- Eismann, S., Köver, C., & Lohaus, S. (2012). 100 Seiten Popfeminismus. Das Missy Magazine als Dritte-Welle-Praxis. In Villa, P.-I., Jäckel, J., Pfeiffer, Z. S., Sanitter, N., & Steckert, R. (Hg.), *Banale Kämpfe? Perspektiven auf Popkultur und Geschlecht* (S. 39–55). Springer VS.
- fiber-Kollektiv (Hg.). (2015). *fiber_feminismus*. zaglossous.
- Fraser, N. (2001). Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Kritik der real existierenden Demokratie. In Fraser, N. (Hg.), *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates* (S. 107–150). Suhrkamp.
- Geiger, B. (1996). Feministische Presse zwischen Autonomie, Markt und Förderung. In Mast, C. (Hg.), *Markt – Macht – Medien. Publizistik zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen* (S. 353–362). UVK Medien.
- Geiger, B. (2002a). Mediale Vermittlung feministischer Öffentlichkeiten. In Neissl, J. (Hg.), *der/die journalismus. Geschlechterperspektiven in den Medien* (S. 91–111). StudienVerlag.
- Geiger, B. (2000b). Feministische Öffentlichkeiten. Ansätze, Strukturen und aktuelle Herausforderungen. In: Dorer, J. & Geiger, B. (Hg.), *Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ansätze, Befunde und Perspektiven der aktuellen Entwicklung* (S. 80–97). Westdeutscher Verlag.
- Geiger, Brigitte (2002c). Geschlechterverhältnisse als Medienereignis. Berichterstattung und mediale Diskurse zum österreichischen FrauenVolksBegehren. In Dorer, J., & Geiger, B. (Hg.), *Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft* (S. 98–123). Westdeutscher Verlag.
- Geiger, B., & Hacker, H. (1989). *Donauwalzer Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich*. promedia.
- Geiger, B., & Hauser, M. (2012). Archiving feminist grassroots media. In Zobl, E. & Drücke, R. (Hg.), *Feminist Media. Participatory Spaces, Networks, and Cultural Citizenship* (S. 73–86). transcript.
- Geiger, B., Hauser, M., Hirl, L., Rosmanith, U., & Zechner, R. (1991). Frauen-/lesbenbewegte Praxis in feministischen Printmedien. *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 30/31, 85–94.
- Gill, R. (2016). Postfeministische Medienkultur. Elemente einer Sensibilität. In Peters, K., & Seier, A. (Hg.), *Gender & Medien-Reader* (S. 541–556). diaphanes.
- Gunnarsson Payne, J. (2012). Feminist Media as Alternative Media? Theorising Feminist Media from the Perspective of Alternative Media Studies. In Zobl, E. & Drücke, R. (Hg.), *Feminist Media: Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship* (S. 55–72). transcript.
- Hacker, H. (2011). Pop-, Post-, Polit-Feminismen: Frauentage nach der Second Wave. In Niederkofler, H., Mesner, M., & Zechner, J. (Hg.), *Frauentag! Erfindung und Karriere einer Tradition* (196–219). Löcker.
- Hausbichler, B. (2018, September 27). Chancen und Risiken des Frauenvolksbegehrens 2.0, *dieStandard*, <https://www.derstandard.at/story/2000088137643/chancen-und-risiken-fuer-das-frauenvolksbegehren-2-0>.
- Hauser, M. (2000). Aus für FemNet. *STICHWORT-Newsletter*, 9, 7.

- Hauser, M., & Geiger, B. (2008). Feminismus denken. Ein Blick auf feministische Theorie- und Wissenschaftszeitschriften. In Sussemichel, L., Rudigier, S., & Horak, G. (Hg.), *Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des Malestreams* (S. 151–160). Helmer.
- McRobbie, A. (2010). *Top Girls: Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. In Hark, S., & Villa, P.-I. (Hg.), *Geschlecht und Gesellschaft*, 44, VS Verlag.
- Mendes, K., Ringrose, J., & Keller, J. (2018). #MeToo and the Promise and Pitfalls of Challenging Rape Culture through Digital Feminist Activism. *European Journal of Women's Studies*, 2, 236–46.
- Neumayer, H. & Sarita J. (2008). If you can talk, you can sing. Über einige Herausforderungen des developmentpolitischen, feministischen Medienschaffens. In Sussemichel, L., Rudigier, S. & Horak, G. (Hg.), *Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des Malestreams* (S. 124–133). Helmer.
- Ratković, V. (2018). *Postmigrantische Medien. Die Magazine „biber“ und „migrazine“ zwischen Anpassung, Kritik und Transformation*. transcript.
- Rudigier, S. (2008). Anschlagverdächtig. Das feministische Komplott und die 25-jährige Langstreckenläuferin. In Sussemichel, L., Rudigier, S. & Horak, G. (Hg.), *Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des Malestreams* (S. 63–78). Helmer.
- Sadowski, H. (2016). From #aufschrei to hatr.org: digital-material entanglements in the context of German digital activism. *Feminist Media Studies*, 16 (1), 55–69.
- Sussemichel, L. (2008). Feministische Bildpolitiken. Die Bildergeschichte der an.schläge. In Sussemichel, L., Rudigier, S. & Horak, G. (Hg.), *Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des Malestreams* (S. 170–179). Helmer.
- Sussemichel, L., Rudigier, S. & Horak, G. (Hg.), *Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des Malestreams*. Helmer.
- Theissl, B. (2012). Protest, Politik und Social Media. In Kronhofer, B. & Grammel, H. (Hg.), *Frauen-Fragen. 100 Jahre Bewegung, Reflexion, Vision* (S. 232–241). promedia,
- Thomas, T., & Kruse, M. (2013). „Post“– „Pop“– „Pseudo“? Zur Diskussion popfeministischer Zeitschriften als Arenen der (Re-)Artikulation feministischer Öffentlichkeiten. In Riegraf, B., Hacker, H., Kahlert, H., Liebig, B., Peitz, M., & Reitsamer, R. (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten* (S. 163–190). Westf. Dampfboot.
- Winker, G. & Carstensen, T. (2006). Der Internet-Hype ist vorbei – was ist geblieben? Auf der Suche nach feministischen Gegenöffentlichkeiten. *Femina politica*, 2, 79–89.
- Zobl, E. & Drüeke, R. (Hg.). (2012). *Feminist Media: Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*. transcript.
- Zobl, E., & Reitsamer, R. (mit Grünangerl, S.) (2012). Feminist Media Production in Europe: A Research Report. In Zobl, E. & Drüeke, R. (Hg.), *Feminist Media: Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship* (S. 21–54). transcript.

Brigitte GEIGER

Dr., ist Kommunikationswissenschaftlerin und langjährige Universitätslektorin an den Universitäten Wien, Klagenfurt und Salzburg; derzeit Senior Research Fellow am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Genderforschung/Feministische Medienforschung, feministische Medien und Öffentlichkeiten, Geschlecht und Gewalt; Non-Profit-PR. Sie ist Mitbegründerin und Obfrau von „STICHWORT. Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung“.

Aktuelle Publikation

Dorer, J., Geiger, B., Hipfl, B., & Ratković, V. (Hg.) (2019–2021). *Handbuch Medien und Geschlecht. Perspektiven und Befunde der feministischen Kommunikations- und Medienforschung*. Springer Fachmedien, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-20712-0>.

Ethische Überlegungen zur Forschung mit vulnerablen Gruppen

Ein Leitfaden für Forscher*innen und Praktiker*innen

James Edwards, Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH, Heidelberg
Diotima Bertel, SYNYO GmbH, Wien
Fiona Seiger, Erasmus Universität Rotterdam, Rotterdam
Jochen Resch, Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH, Heidelberg

Abstract

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über ethische Überlegungen sowie eine praxisorientierte Anleitung zu den Herausforderungen, die in der Forschung mit vulnerablen Gruppen eine Rolle spielen. Diese Herausforderungen, denen sowohl Forscher*innen als auch Praktiker*innen gegenüber stehen, beziehen sich insbesondere auf den Umgang mit personenbezogenen Daten, d.h. dem Abwägen ethischer Risiken, die mit der Erhebung von Daten schutzbedürftiger Personen in einer informationsreichen Umgebung mit vielen Kanälen untrennbar verbunden sind. Nach einer Zusammenfassung grundlegender rechtlicher und ethischer Fragen wird in diesem Beitrag ein Leitfaden zur Identifizierung, Bewertung und Abschwächung ethischer Risiken zur Gestaltung solider Datenerhebungsverfahren und -instrumente vorgestellt. Besonderes Augenmerk wird auf diejenigen Risiken gelegt, die in bestimmten Ethik-Leitlinien der EU-Institutionen zwar genannt, aber nicht ausreichend erläutert werden: zufällige Funde („Incidental Findings“), Datentransfer zwischen EU und Nicht-EU Ländern und das Kriterium der Relevanz für Zielgemeinschaften.

Keywords: Forschungsethik, Einhaltung von Gesetzen, Datenschutz, vulnerable Personen, Migration

Das Sammeln von Daten vulnerabler Personen wie Migrant*innen birgt gewisse rechtliche und ethische Risiken, sowohl für Forschungssteilnehmer*innen als auch für Forschende. Dies gilt insbesondere für Forschungsvorhaben, die sich mehrerer Datenquellen bedienen, z.B. Sekundärdaten, Daten aus sozialen Medien und Primärdaten, die durch traditionelle und/oder Online-Feldarbeit erhoben werden. In diesem Beitrag werden Strategien zur Erkennung und Abmilderung solcher Risiken vorgestellt. Nach einem Überblick über die rechtliche Grundlage der Datenerhebung und ethischen Überlegungen zu den Kernthemen Gefährdung, informierte Zustimmung und Vertraulichkeit bietet dieser Beitrag eine Anleitung zu einem ethisch reflektierenden Vorgehen in den verschiedenen Phasen des Forschungsprozesses: vom Beginn eines Forschungsvorhabens über die Vorbereitung und Durchführung

der Datenerhebung bis zur Phase nach der Datenerhebung.

Grundlegende Konzepte

Jede Datenerhebung muss sich nicht nur der Einhaltung von Gesetzen verpflichten, sondern auch mit dem Bewusstsein für wichtige ethische Fragen durchgeführt werden. Solche Überlegungen beinhalten etwa die Bedürfnisse vulnerabler Personen(-gruppen), das Recht auf Autonomie, das sich in der informierten Einwilligung ausdrückt, sowie das Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit.

Rechtsgrundlage der Datenerhebung

Jede sozialwissenschaftliche Forschung muss internationale Konventionen und Erklärungen in ihrer jeweils neusten Fassung sowie die Gesetze und Vorschriften an den Forschungsstand-

orten einhalten. Forschung, die innerhalb der EU durchgeführt wird, ist an die Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) gebunden, die als Rechtsgrundlage dient (DSVGO Verordnung 2016/679 2016). Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich relevante Gesetze zu Datenerhebung und -transfer zwischen den einzelnen Staaten und Regionen unterscheiden. Forscher*innen unterliegen der rechtlichen Sorgfaltspflicht, d.h. sie müssen sicherstellen, dass das gesamte Projektteam mit denjenigen Gesetzen vertraut ist, die sich auf die Datenerhebung auswirken. Darüber hinaus müssen sie die allgemeine sozio-rechtliche Situation an den Forschungsstandorten kennen. In manchen Fällen kann es daher erforderlich sein, Rechtsexpert*innen zu konsultieren; beispielsweise können Gesetze bezüglich der Offenlegung von Zufallsfunden mehrdeutig und die Strafen empfindlich hoch sein.

Vulnerable Personen

Das *Europäische Lehrbuch für Ethik in der Forschung* nennt zwei Kriterien der Vulnerabilität, nämlich die Unfähigkeit, die eigenen Interessen schützen zu können, und die Gefahr, Schaden zu erleiden (European Commission, 2010). Im Folgenden fokussieren wir auf Migrant*innen als ein Beispiel für eine besonders vulnerable Gruppe im Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung. Migrant*innen sind oft aus unterschiedlichen Gründen vulnerabel: Sie können während ihrer Migrationsreise traumatischen Erlebnissen ausgesetzt sein, ihnen können die gesetzlichen Rechte fehlen, die zum Schutz ihrer eigenen Interessen erforderlich sind, und sie können Gewalt, Diskriminierung, schlechten Lebensbedingungen oder anderem Leid ausgesetzt sein (Mackenzie et al., 2007; Krause, 2017). Auch andere Akteur*innen in der Migrationsinfrastruktur können anfällig für psychischer Belastung, sozialen Druck, Repressalien, Verhaftungen oder Gewalt sein; dies gilt insbesondere für ‚irreguläre‘ Akteur*innen wie Menschenhändler*innen, aber in einigen Fällen auch für ‚reguläre‘ Akteur*innen wie Helfer*innen oder Beamt*innen.¹

Informierte Einwilligung

Systematische Verfahren zur informierten Einwilligung (‚informed consent‘) sind ein wesentliches Mittel, um Forschungsteilnehmer*innen vor Schaden, Zwang und Ausbeutung zu bewahren. Die informierte Einwilligung ist derjenige Prozess, bei dem Teilnehmer*innen über das Forschungsvorhaben, an dem sie teilnehmen sollen, informiert und über ihre Rechte aufgeklärt werden, über ihre Teilnahme entscheiden, sowie auf weitere Rechte hingewiesen werden (siehe beispielsweise Erwägungsgründe 32–33 und 42–3 sowie Kapitel 3 DSVGO (DSVGO Verordnung 2016/679, 2016). In der Praxis basiert die Einholung von informierter Einwilligung auf den drei Grundprinzipien ethischer Forschung: Wahrung der Autonomie und der Würde des Menschen, sowie Respekt gegenüber den Studienteilnehmer*innen (European Commission, 2010). Diese Prinzipien verlangen, dass Forschungsteilnehmer*innen, soweit sie dazu in der Lage sind, die Möglichkeit gegeben wird, selbst zu entscheiden, was mit ihnen im Verlauf der Forschung geschehen soll oder nicht. Die Einholung von informierter Einwilligung einer Person zur Teilnahme an der Forschung spiegelt das Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit von physischen und psychischen Eingriffen und auf die Kontrolle ihrer personenbezogenen Daten wider. Daher ist für die Erhebung bestimmter Kategorien personenbezogener Daten eine ausdrückliche Einwilligung erforderlich (Art. 9, DSVGO Verordnung 2016/679, 2016).

Datenschutz und Vertraulichkeit

Die Wahrung der Privatsphäre und Vertraulichkeit von Forschungsteilnehmer*innen ist eine rechtliche und ethische Verpflichtung sozialwissenschaftlicher Forschung. In der EU wird diese Verpflichtung durch die Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) in Kraft gesetzt. Die Forschung in einigen Nicht-EU-Ländern kann durch Angemessenheitsbeschlüsse gebunden sein, während andere unterschiedliche Standards beinhalten. Instrumente wie die DSVGO bieten jedoch nur einen Mindeststandard, keine Best-Practice-Richtlinie (European

¹ Zu informellen Akteur*innen in Migrationsinfrastrukturen siehe z.B. Boyd und Bales (2016, 183–184) über Versklavte als verletzte Subjekte. Den Autor*innen dieses Beitrags sind keine Studien bekannt, die sich auf die Vulnerabilität von Praktiker*innen oder Beamt*innen be-

ziehen, aber die Literatur zu Forschung in Krisengebieten und in ‚weniger demokratischen Kontexten‘ kann als Maßstab herangezogen werden (Campbell 2017; Sluka 2015; Wackenhut 2018; Wood 2006).

Commission, 2018a). Insbesondere in Fällen, in denen besonders vulnerable Personen und/oder spezifische Kategorien personenbezogener Daten betroffen sind, können Verstöße gegen die Vertraulichkeit zu spürbaren Schäden führen (Breen-Smyth, 2020). Ein Beispiel hierfür ist die unzureichende Anonymisierung von Forschungsteilnehmern, auch im Zusammenhang mit wortwörtlichen Zitaten, und etwaige Folgen. In solchen Fällen ist die Beachtung von Best Practices wie z.B. Data-Protection-By-Design-And-Default zwingend erforderlich.

Ethikverfahren im Forschungsprozess

Jede Phase im Forschungsprozess erfordert spezifische ethische Verfahren. Im Folgenden geben die Autor*innen einen Überblick sowie eine Schritt-für-Schritt-Anleitung.

Bei Projektstart

Zu Beginn eines Forschungsvorhabens müssen Forscher*innen grundlegende ethische Prinzipien festlegen und eine Richtlinie für den Datenschutz definieren.

Etablierung grundlegender ethischer Prinzipien

Grundlegende ethische Prinzipien müssen zu Beginn eines Forschungsvorhabens von allen beteiligten Personen anerkannt werden. Dies sollten zumindest das Folgende beinhalten, aber je nach Forschungsvorhaben darüber hinaus gehen (European Commission, 2010):

- Achtung der Autonomie: die Verpflichtung, die Entscheidungsfähigkeit autonomer Personen zu respektieren;
- Schadensvermeidung: Non-Malefizienz – die Verpflichtung, keinen Schaden zu verursachen;
- Fürsorge: Benefizienz – die Verpflichtung, Nutzen zu stiften und Nutzen gegen Risiken abzuwägen;
- Gerechtigkeit: die Verpflichtung zur Fairness bei der Verteilung von Nutzen und Risiken.

Diese Grundsätze sollten schriftlich festgehalten werden und müssen eine allgemeine Richtlinie der Einhaltung der einschlägigen Gesetze, Vorschriften und Richtlinien ergänzen. In einigen Fällen kann es ratsam sein, Einhaltungserklärungen für Forscher*innen zu verfassen. Dies wird in Fällen empfohlen, in denen keine spezifische institutionelle oder nationale Behörde für die Überwachung der Forschung zuständig ist.

Datenschutz, Anonymisierung und Pseudonymisierung

Alle im Rahmen eines Forschungsvorhabens erhobenen Daten sollten anonymisiert oder pseudonymisiert werden. Dies schwächt ethische Bedenken ab, indem sichergestellt wird, dass Forschungsdaten nicht mehr zu identifizierbaren Personen zurückverfolgt werden können. Pseudonymisierung von Daten bedeutet die Ersetzung von personenbezogenen Daten durch einen beliebigen eindeutigen Identifikator (unter Verwendung von Techniken wie Kodierung oder Hashing) und/oder die Erstellung aggregierter Daten (European Commission, 2018a). Alle Identifikatoren, die verwendet werden könnten, um die Identität einer betroffenen Person zu triangulieren, sollten ersetzt oder entfernt werden. Darüber hinaus sollten Grundsätze festgelegt werden, wie personenbezogene Daten von Forschungsdaten getrennt werden können (Van Liempt & Bilger, 2012). Außerdem ist es ratsam, eine Datenschutzrichtlinie zu erstellen, die die folgenden Bereiche umfasst (European Commission, 2018a):

- rechtmäßige, faire und transparente Verarbeitung personenbezogener Daten;
- Zweckgebundenheit der Verarbeitung;
- Datenminimierung;
- Genauigkeit;
- Speicherbegrenzung;
- Prinzipien „Findable, Accessible, Interoperable and Reusable“ (FAIR).

Vor der Datenerhebung

Vor jeder Datenerhebung müssen Forscher*innen Risiken identifizieren und das Forschungsdesign entsprechend anpassen, Verfahren zur informierten Einwilligung festlegen und eine Richtlinie für Zufallsfunde definieren.

Erkennen von Risiken und Anpassen des Forschungsdesigns

Die Wahl der Forschungsfragen, der Standorte, der Teilnehmer*innen und der Methoden sollte unter rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten überprüft werden. Die meisten Institutionen und Programme haben formale Verfahren für diesen Prozess eingerichtet. Unabhängigen Forscher*innen wird empfohlen, Leitfäden zur Selbstbewertung zu nutzen wie etwa den Leitfaden „How to complete your ethics self-assessment“ der EU Grants (2021). Forscher*innen ohne einen institutionellen Prüfungsausschuss sollten auch bestätigen, ob eine zuständige

nationale Ethikkommission existiert (European Network of Research Ethics Committees, 2021).

Bewertung von Forschungsfragen: Forscher*innen können realistischere bestimmte Fragen an bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht stellen, ohne sie einem Risiko auszusetzen. In einigen Gerichtsbarkeiten können beispielsweise Daten zum Aufenthaltsstatus von Migrant*innen Gegenstand einer Vorladung sein (ORG, 2019). Ebenso können bestimmte Fragen Forscher*innen selbst in Gefahr bringen (Jamieson, 2000). Ein Beispiel für ein gefährliches Forschungsvorhaben rund um ein heikles Forschungsthema ist Yamagishi Reiko's Studie zu sogenannten Host-Clubs in Tokyo, in den frühen 2000er Jahren. Die im Rotlichtmilieu angesiedelten Clubs werden meist von illegalen Netzwerken, unter anderem der Japanischen Mafia, geführt. Durch mangelnde Kenntnis der Netzwerke und der Hierarchien hatte sich die Forschende in Lebensgefahr gebracht und musste ihre Feldforschung unterbrechen um einen Monat lang unterzutauchen (Yamagishi 2009, 26; 35–36). Forschungsfragen sollten daher sorgfältig auf diese Risiken hin überprüft werden, auch durch externe Expert*innen mit Erfahrung in der Untersuchung der betroffenen Bevölkerungsgruppen und Standorte.

Bewertung von Standorten: Unabhängig davon, ob es sich um physische oder online Forschung handelt, bergen manche Forschungsstandorte reale Gefahren für Forscher*innen und/oder Teilnehmer*innen. Ein potenzieller Forschungsstandort sollte entsprechend dann ausgeschlossen werden, wenn die folgenden Punkte nicht gewährleistet werden können:

- Der Datenschutz und die Vertraulichkeit der Datenerfassung;
- Die Sicherheit der Forscher*innen und Forschungsteilnehmer*innen;
- Zugang zu Hilfe in Notfällen.

Auch Online-Forschungsstandorte sollten nicht standardmäßig als sicher angesehen werden: Einige Benutzer*innen von Dark-Web-Foren, beispielsweise, verfügen über Tools, mit denen sie andere Benutzer*innen identifizieren können.

*Bewertung der Teilnehmer*innen:* Außer unter außergewöhnlichen Umständen sollten keine Daten von Personen erhoben werden, die eine Gefahr für sich selbst oder andere darstellen, oder von Personen, die nicht in der Lage sind, eine informierte Zustimmung zu geben (aufgrund von Al-

ter, extremer Unsicherheit, etc.). Es sollten auch keine Daten von Personen erhoben werden, deren Teilnahme an der Forschung zu einem Schaden führen könnte. Im Fall von Migrant*innen kann dies Personen umfassen, die

- von Strafverfolgungsbehörden inhaftiert sind oder von Inhaftierung oder Abschiebung bedroht sind;
- Gewalt ausgesetzt waren, Zeuge von Gewalt waren oder diese ausgeübt haben; oder
- an grenzüberschreitenden Aktivitäten (Menschenhandel usw.) teilgenommen haben, die sie im Falle einer Offenlegung dem Risiko von Schaden oder Verführung aussetzt.

Im Falle von Strafverfolgungsbehörden und anderen Akteur*innen im Bereich von Migration kann dies auch Personen betreffen

- deren politische Einstellung sie bei Offenlegung in Gefahr bringen könnte;
- die andere Interessengruppen und/oder andere Studienteilnehmer*innen nachteilig beeinflussen könnten, falls im Verlauf der Datenerhebung Konflikte auftreten; oder
- die wahrscheinlich Verbrechen nach internationalem Recht begangen haben.

Wenn ein*e Forscher*in erfährt oder vermutet, dass ein*e Teilnehmer*in in eine dieser Kategorien fallen könnte, sollte er*sie in Erwägung ziehen, die Datenerhebung höflich zu beenden, sobald dies sicher möglich ist.

*Unterstützung von Forschungsteilnehmer*innen und Forscher*innen:* Migrationsforscher*innen sind manchmal mit Forschungsteilnehmer*innen konfrontiert, die rechtliche, medizinische oder psychosoziale Unterstützung benötigen; vor Beginn der Feldarbeit sollte daher eine Liste von Organisationen erstellt werden, die Unterstützung anbieten können (European Commission, 2020). In einigen Fällen sollte vor Beginn der Forschung Kontakt zu diesen Organisationen aufgenommen werden. Forschung an bzw. mit gefährdeten Gruppen kann auch für die Forscher*innen selbst psychologisch herausfordernd sein; Projektleiter*innen sollten ihre Teams daher ermutigen, solche Herausforderungen ernst zu nehmen und Hilfe zu suchen, wenn sie sich überfordert fühlen (Peterson, 2000).

*Konkretes Beispiel: Unterstützung von Forschungsteilnehmer*innen und Forscher*innen*

Eine von einer deutschen Stiftung in Auftrag gegebene Studie des SINUS-Instituts zur Bildungs- und Berufsorientierung von jugend-

lichen Flüchtlingen und Asylwerber*innen aus dem Jahr 2018 zeigt, wie wichtig es ist, Organisationen zu identifizieren, die den Forschungsteilnehmer*innen Unterstützung bieten können, bevor die Forschung beginnt (Calmbach & Edwards, 2018). Die ist selbst in Fällen, in denen sich die Forschung nicht direkt mit sensiblen Themen befasst, wichtig. Während eines Interviewabschnitts zu Berufswünschen erwähnte ein junger Teilnehmer beiläufig, dass Freunde ihm gesagt hätten, er solle nicht als Elektriker arbeiten. Auf die Frage des Interviewers, warum, antwortete er, dass er häufig unter Depressionen leide und seine Freunde scherzten, dass er von einem Strommast springen könnte. Der Interviewer vermied es, aus dieser Aussage eine „große Sache“ zu machen, vermerkte sie aber im Feldnotizbuch. Nachdem das Interview beendet und das Aufnahmegerät ausgeschaltet war, fragte der Interviewer den Forschungsteilnehmer diskret, ob er wegen seiner Depression in Behandlung sei. In diesem Fall lautete die Antwort „Ja“. Dennoch verwies der Interviewer auf eine psychologische Hilfsorganisation und bot an, den Kontakt zu vermitteln. Diese Episode veranschaulicht, wie frühere Traumata jeden Aspekt des Lebens prägen können und wie Forschungsteilnehmer dringende Bedürfnisse (medizinisch, psychologisch oder sozial) eher implizit als explizit äußern können.

Informierte Einwilligung

Die Europäische Kommission (2010) legt fest, dass die informierte Einwilligung zur Datenerhebung freiwillig, kompetent und auf der Grundlage angemessener Informationen erfolgen muss. Vor Beginn der Datenerhebung muss das Forschungsteam ein Verfahren einrichten, das sicherstellt, dass diese Kriterien erfüllt werden. Dies kann die Erstellung von Materialien erfordern, die für verschiedene Zielgruppen geeignet sind, sowie die Festlegung unterschiedlicher Verfahren für schriftliche und mündliche Einwilligung.

Allgemeine Grundsätze: Ein Verfahren zur informierten Einwilligung erfordert eine Reihe von standardisierten Materialien: ein umfassendes Informationsblatt, ein Formular, auf dem der*die Forschungsteilnehmer*in sein*ihre Einverständnis zur Datenbereitstellung und -weitergabe erklärt, eine Tabelle, in der der Status der Teilnehmer*innen erfasst werden kann sowie einen schriftlichen Leitfaden für die Forscher*innen. Es setzt auch eine Möglichkeit

voraus, pseudonymisierte Forschungsdaten von personenbezogenen Daten zu trennen: Oft wird das Formular mit der pseudonymen ID des*der Teilnehmer*in gekennzeichnet und dient als einzige Verbindung zwischen dieser ID und den personenbezogenen Daten des*der Befragten. Eine Möglichkeit zur Trennung der Daten besteht darin, die Formulare nur in Papierform in einem verschlossenen Schrank getrennt von den Forschungsdaten aufzubewahren.

Zielgruppengerechte Materialien und Verfahren: Die informierte Einwilligung muss auf Informationen beruhen, die nicht nur angemessen, sondern für die Forschungsteilnehmer*innen zum Zeitpunkt ihrer Bereitstellung verständlich sind. Daraus folgt, dass Materialien folgendermaßen gestaltet sein sollten:

- in einer Sprache geschrieben, die die Teilnehmer*innen verstehen können;
- in einem Format zur Verfügung gestellt, auf das die Teilnehmer*innen zugreifen, es speichern und wieder aufrufen können.

Zudem sollte nicht nur nach der allgemeinen Zustimmung zur Bereitstellung von Daten, sondern auch nach der expliziten Zustimmung zu wichtigen Punkten gefragt werden durch Ja/Nein-Kontrollkästchen für:

- Erfassung besonderer Kategorien personenbezogener Daten;
- Verbreitung oder Verwertung der Daten für bestimmte Zwecke.

Damit die informierte Einwilligung als freiwillig und kompetent gilt, darf das Verfahren die Teilnehmer*innen nicht einschüchtern oder überfordern. Dementsprechend sollten die Forscher*innen

- den Teilnehmer*innen angemessene Privatsphäre gewähren;
- sicherstellen, dass Teilnehmer*innen frei von Nötigung oder unzulässiger Beeinflussung sind;
- sicherstellen, dass Verfahren zur informierten Einwilligung und Datenerfassung für die Teilnehmer*innen sicher und komfortabel sind;
- den Teilnehmer*innen die Möglichkeit einräumen, die Projektinformationen zu prüfen, Fragen zu stellen und eine freie und informierte Entscheidung zu treffen;
- während der Datenerfassung zwischendurch bestätigen, dass die Teilnehmer*innen immer noch damit einverstanden sind, an der Forschung teilzunehmen.

Die Durchführung von Forschungsvorhaben mit Migrant*innen kann in vielen der oben genannten Punkte Herausforderungen mit sich bringen. Beispielsweise können hinsichtlich der Materialien mehrere Formate erforderlich sein. Was das Verfahren selbst betrifft, kann es schwierig sein, Privatsphäre und Freiheit von Zwang zu gewährleisten, wenn Forschung etwa in Gemeinschaftsunterkünften, in öffentlichen Bereichen, online oder am Telefon durchgeführt wird. Dementsprechend sollten Forscher*innen

- sicherstellen, dass Dokumente in den Sprachen verfügbar sind, mit denen die Teilnehmer*innen am besten vertraut sind, und zwar sowohl in gedruckter als auch in mobiltelefonfreundlicher elektronischer Version;
- die Verwendung eines „Häufig gestellte Fragen-Formats“, das die in Artikel 12 der DSGVO genannten sowie andere wichtige Punkte abdeckt (DSVGO Verordnung 2016/679, 2016), erwägen;
- das Forschungsdesign anpassen, wenn die Privatsphäre und die Freiheit von Zwang nicht gewährleistet oder festgestellt werden kann.

Schriftliche und mündliche Einwilligung: Die Erfordernis Formulare zu unterschreiben, kann sich für einige Zielgruppen als Barriere für die Forschungsteilnahme erweisen. Teilnehmer*innen, die verfolgt wurden oder Opfer von Korruption waren, können besonders zögerlich sein, solche Formulare zu unterschreiben. Außerdem können Teilnehmer*innen mit geringen Lese- und Schreibkenntnissen Schwierigkeiten haben, Informationsblätter und Formulare zu verstehen.

Die DSGVO (Verordnung 2016/679, 2016) und die Leitlinie 05/2020 zur Einwilligung nach Verordnung 2016/679 (Europäischer Datenschutzausschuss, 2020) erlauben unter bestimmten Bedingungen eine mündliche Einwilligung. Einige Leitlinien, die speziell auf die Forschung mit vulnerablen Gruppen ausgerichtet sind, stimmen damit überein, nämlich der Leitfaden der Europäischen Kommission für die Forschung mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migrant*innen (2020). Bei mündlicher Einwilligung sollten Forscher*innen

- sicherstellen, dass das Informationsblatt und das Formular verständlich und gut vorlesbar sind; möglicherweise sind separate Dokumente zu erstellen und testen;

- sicherstellen, dass das Informationsblatt und das Formular dem*der Teilnehmer*in von jemandem vorgelesen wird, der*die die Sprache, in der sie verfasst sind, fließend beherrscht;
- bestätigen, dass der*die Teilnehmer*in damit einverstanden ist, dass der Vorgang selbst aufgezeichnet wird;
- bestätigen, dass der*die Teilnehmer*in die Materialien im Allgemeinen und jeden der Punkte in Artikel 13 DSGVO und andere wichtige Punkte verstanden hat;
- um eine eindeutige „Ja“ oder „Nein“-Antwort auf jeden Punkt des Formulars bitten.

Die Europäische Kommission (2020) legt fest, dass mündliche Einwilligungsverfahren unabhängig bezeugt werden sollten. Obwohl dies in nicht EU-finanzierter Forschung nicht erforderlich sein mag, wird es als gute Praxis empfohlen. Wie bei schriftlichen Einwilligungsverfahren ist auch bei mündlichen eine Möglichkeit erforderlich, pseudonymisierte Forschungsdaten von personenbezogenen Daten zu trennen: in diesem Fall die Audio- oder Videoaufzeichnung des Einwilligungsverfahrens selbst.

Konkretes Beispiel: Informiertes Einverständnis

Im Rahmen einer Studie zu der Wahrnehmung Europas durch Migrant*innen und jenen Menschen die eine Migration nach Europa in Betracht ziehen, wurden Interviews mit Asylantragsteller*innen und anerkannten Flüchtlingen in Griechenland geführt. Durch die Covid-19 Pandemie war es den Forschenden aufgrund der anfangs verhängten Grenzschließungen unmöglich nach Griechenland zu reisen um die Interviews in Person zu führen. Daher musste sich das Forschungsteam auf die Zusammenarbeit mit einem lokalen Partner, einer international vertretenen NGO, verlassen um die Interviews per Videokonferenzsoftware durchzuführen. Der lokale Partner sollte hierbei bei der Identifizierung und Rekrutierung von nach forschungs- und ethischen Kriterien qualifizierten Teilnehmer*innen Unterstützung leisten. Teil dieser Aufgabe war auch die Teilnehmer*innen vorab über das Forschungsvorhaben aufzuklären und eine informierte Einwilligung einzuholen, welche dann von der leitenden Forscherin vor dem Interview nochmals mit den Teilnehmer*innen abgeklärt wurde. Die Formulare wurden auf Englisch, Arabisch und Griechisch zur Verfügung gestellt.

Es wurde ausdrücklich darum gebeten auf die sprachlichen Kenntnisse der Teilnehmer*innen zu achten und wenn notwendig einen Dolmetscher einzusetzen. Probleme traten auf als die leitende Forscherin bei einem der Interviews merkte, dass die Teilnehmerin die notwendigen Sprachkenntnisse für das Interview nicht besaß, dies jedoch von dem lokalen Partner vorab nicht kommuniziert wurde. Dieser Umstand konnte nur deshalb bewältigt werden, indem durch einen glücklichen Zufall ein für die Partnerorganisation arbeitender und mit dem Thema vertrauter Dolmetscher in der Nähe anwesend war.

Nach dem Interview fragte die leitende Forscherin den Dolmetscher nach seiner Verfügbarkeit und bat ihn für die an demselben Tag folgenden Interviews anwesend zu sein (diese wurden alle mit Menschen derselben Sprachgruppe durchgeführt). Gemeinsam mit dem Dolmetscher und den Teilnehmer*innen ging die Forscherin das Informationsblatt durch, beantwortete etwaige Fragen, und holte so das informierte Einverständnis ein. Der Einsatz des Dolmetschers an dem Tag zeigte, dass weitere Teilnehmer*innen, die gegenüber den Sozialarbeitern der NGO ihr Einverständnis gegeben hatten, die Information zu der Studie nicht begriffen hatten und daher für eine Teilnahme unzulänglich informiert gewesen wären.

Zufallsfunde

Die Europäische Kommission (2018b) definiert Zufallsfunde („incidental findings“) als Befunde außerhalb der Forschungsfragen, die die Forscher*innen zu Maßnahmen zwingen können. Ein Beispiel: Zu Zufallsfunden, die in der Migrationsforschung auftreten können, gehören unter anderem Menschenrechtsverletzungen (an oder durch die Teilnehmer*innen), Menschen- und Sexualhandel, häusliche Gewalt, Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Handel mit menschlichen Organen und Kinderpornografie (European Commission, 2020, 3).

Gesetz des Landes vs. Ethik-Zuerst: Unter normalen Umständen sollte ein*e Forscher*in

Daten, die unter der Erwartung der Vertraulichkeit erhoben wurden, nicht offenlegen – es sei denn, die betroffene Person gibt ihr Einverständnis dazu. Einige Zufallsfunde können diese Maxime jedoch in Frage stellen: So gab es Fälle, in denen Behörden vertrauliche Ergebnisse gegen den Willen der Forscher*innen vorgelegt haben (Caroll & Knerr, 1975; Lowman & Palys, 2000; Breen-Smyth, 2020). Die Meinungen unter Forscher*innen gehen auseinander, ob man einen „Law of the Land“-Ansatz, bei dem die Forscher*innen die Ergebnisse in jedem Fall, in dem sie gesetzlich dazu verpflichtet sind, offenlegen, oder einen „Ethics first“-Ansatz, der besagt, dass Forscher*innen sich jeder Offenlegung von Ergebnissen widersetzen sollen, die die Interessen der Teilnehmer*innen gefährden können, folgen sollte (Palys & Lowman, 2012).

Die Standards für angemessenes Verhalten können je nach Situation und Bedürfnissen bestimmter gefährdeter Gruppen in bestimmten Kontexten unterschiedlich sein. Zum Beispiel ist die Europäische Kommission (2018b, 14) in Bezug auf Zufallsfunde, die Migrant*innen betreffen, zweideutig und stellt fest, dass es angemessener sein kann, NGOs oder Agenturen mit entsprechender Expertise zu kontaktieren anstelle der Behörden. Die Kommission (2020, 3) stellt außerdem fest, dass EU-finanzierte Forschung keinen Einfluss auf Verfahren zur Unterbringung, Neuansiedelung, Umsiedelung oder Statusbestimmung haben sollte, was die Offenlegung einziger zufälliger Erkenntnisse über Migrant*innen gegenüber Strafverfolgungsbehörden ausschließen würde.

Eine strukturierte Richtlinie für Zufallsfunde: Letztlich muss die Entscheidung, welcher dieser Ansätze gewählt wird, vom Forschungsteam selbst getroffen werden. Dies erfordert eine Abwägung der Interessen von Forschungsteilnehmer*innen und Dritten sowie von den Forscher*innen selbst, da das Verschweigen von Straftaten selbst illegal sein kann.² Unabhängig davon, welcher Ansatz gewählt wird, ist ein strukturiertes Vorgehen erforderlich. Wie von der Europäischen Kom-

² In Deutschland beispielsweise sieht das Strafgesetzbuch in § 138 vor, dass Personen, die es „leichtfertig“ unterlassen, „glaubwürdige Informationen“ über die Planung oder Begehung einer Straftat zu melden, mit einer Geldstrafe und einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr bzw. bei

bestimmten schweren Straftaten von bis zu fünf Jahren bestraft werden können, sofern es sich nicht um Rechtsanwälte oder medizinische/psychotherapeutische Fachkräfte handelt.

mission (2018b; 2020) angegeben, sollten Forscher*innen:

- evaluieren, welche Zufallsfunde auftreten können, und diese ggfs. in einem Katalog vermerken;
- eine Sorgfaltsprüfung hinsichtlich der gesetzlichen Verpflichtungen zur Meldung bestimmter Arten von Zufallsfunden durchführen;
- eine Schritt-für-Schritt-Richtlinie für das Erkennen und Reagieren auf bestimmte Arten von Zufallsfunden erstellen, etwa Informationen über
 - ›Unmittelbare Bedrohungen für Forschungsteilnehmer*innen, Forscher*innen oder andere;
 - ›Handlungen, die keine unmittelbare Bedrohung darstellen, die aber nach dem Gesetz offengelegt werden müssen; und
 - ›Handlungen, die nach dem Gesetz nicht offengelegt werden müssen, die aber mögliche Schäden für Forschungsteilnehmer*innen oder andere mit sich ziehen können.
- die Teilnehmer*innen über die Grenzen der Vertraulichkeit, die angeboten werden kann, sowie über die Arten von Zufallsfunden und Antworten, die unter die Richtlinie fallen informieren;
- eine Struktur für die Diskussion solcher Ergebnisse innerhalb des Forschungsteams bzw. der Organisation erstellen, die Faktoren wie Dringlichkeit, Glaubwürdigkeit, rechtliche Bedeutung, ethische Bedeutung und Handlungsfähigkeit berücksichtig.

Besonderes Augenmerk sollte auf Zufallsfunde gelegt werden, die in der Online-Forschung auftreten können, wie etwa Kommentare oder Medien, die in nicht als Forschungsstandorte spezifizierten Foren oder während Chat-Sitzungen gepostet werden und daher nicht durch Zufallsfund-Verfahren abgedeckt sind.³

Konkretes Beispiel: Zufallsfunde

Ein Fund, der als Zufallsfund bezeichnet werden kann, ergab sich während der bereits oben angesprochenen Ferninterviews mit Teilnehmer*innen in Griechenland. Eine junge Frau nahm an der Studie teil, nachdem die lokale Partnerorganisation sie als mögliche

Studienteilnehmerin identifiziert und eingeladen hatte. Nach dem Einholen ihres Einverständnisses auf Englisch wurde das Interview in derselben Sprache weitergeführt. Nach ein paar Minuten ergriff die junge Frau die Initiative und meinte sie würde der Forschenden nun ihre Geschichte erzählen. Die Studienteilnehmerin war vorbereitet, sie hatte einen Text verfasst in Englischer Sprache den sie vorlas. Sie schien sich so sicherer zu fühlen in einer Fremdsprache zu kommunizieren. Der Text, ihre Geschichte, beinhaltete Schilderungen von sexuellen Gewalterfahrungen die sie während ihrer Reise als irreguläre Migrantin machte. Während des Lesens war die Emotion und ihre Belastung durch diese Ereignisse in ihrer Stimme deutlich zu hören. Die leitende Forscherin war sich zunächst unsicher wie sie reagieren sollte, entschied sich jedoch dazu die Frau ihren Text zu Ende lesen zu lassen und ihr dann für die Geschichte zu danken, ihr Trost und Empathie zu vermitteln. Die Forschende fragte auch ob sie Hilfe gesucht hatte und derzeit Unterstützung bekomme, Fragen die die Frau bejahte. Gleichzeitig machte sich jedoch ein Gefühl der Hilflosigkeit bei der Forschenden breit, da sie aufgrund der Distanz und der schlechten Internetverbindung nur begrenzt fähig war -in einer für sie selbst zufriedenstellenden Art- auf die Studienteilnehmerin einzugehen. Da die Frau bereits bei einer NGO in Betreuung war und laut eigener Auskunft Hilfe erhielt, sah die Forschende in diesem Hinblick keine weitere Notwendigkeit auf Hilfsdienste zu verweisen. Das Interview jedoch wurde nicht in die Datensammlung mitaufgenommen.

Während der Datenerfassung

Die Datenerhebungsverfahren selbst müssen kontinuierlich überwacht werden, um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten: Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn mehrere Datenquellen kombiniert werden, z.B. Feldforschung, Sekundärdaten und Daten aus sozialen Medien.

Feldforschung

Die Prinzipien des Respekts, der Schadensvermeidung, der Fürsorge und der Gerechtigkeit

³ Die Autor*innen dieses Beitrags werden in einer weiteren Veröffentlichung Zufallsfunde, ein systematisches Verfahren sowie einen Entscheidungsbaum detaillierter behandeln.

wirken sich direkt auf die Praxis der qualitativen und quantitativen Feldarbeit und die Qualität der erhobenen Daten aus.⁴

Gestaltung der Feldarbeit. Die Fallauswahl, das Sampling und die Einrichtung von Forschungsstandorten können Auswirkungen darauf haben, wer an der Forschung teilnimmt, was sich entsprechend auf die sozialen Auswirkungen und die Verwendung der Daten auswirkt (Barglowski, 2018). Bei der Gestaltung der Feldforschung sollten Forscher*innen:

- die Struktur der Zielgruppengemeinschaft kennenlernen (Fedyuk & Zentai, 2018);
- mögliche Zugangsbarrieren für die Teilnehmer*innen identifizieren und versuchen, diese abzumildern, z.B. durch die Auswahl von Orten, die physisch und infrastrukturell zugänglich sind, durch die Bereitstellung von Kinderbetreuung usw. (George et al., 2014);
- die für Teilnehmer*innen entstandenen Kosten sollten sorgfältig reflektiert werden sowie sollten Überlegungen angestellt werden, ob Entschädigungen angeboten werden – je nach Forschungskontext (Fry & Dwyer, 2001; Head, 2009; Russell et al., 2000; Singer & Kulka, 2002).

Umfragen und Interviews: Anstelle von bloßen Datenerhebungsinstrumenten sollten Forscher*innen Fragebögen und Diskussionsleitfäden als Einladungen zur ‚Wissenskoproduktion‘ behandeln: Dies bedeutet, Respekt zu zeigen, die Klarheit zu maximieren und bei qualitativen Diskussionsleitfäden den Teilnehmer*innen genügend Freiheit zu lassen, um die Richtung der Untersuchung zu gestalten, anstatt einer starren, von Interviewer vorgeschlagenen Struktur zu folgen (Fedyuk & Zentai, 2018, 175). In erster Linie sollte die Feldforschung von Forscher*innen geleitet werden, die in den verwendeten (quantitativen und/oder qualitativen) Methoden geschult und erfahren sind. Qualitative Interviews und Diskussionsgruppen sollten von entsprechend geschulten Feldforschern durchgeführt bzw. moderiert werden, und für Feldforschungsassistent*innen und Dolmetscher*innen sollten spezielle Schulungen und ethische Compliance-Erklärungen in Betracht gezogen werden. Bei interdisziplinären

Forschungsteams sollten Forscher*innen, die verschiedene Disziplinen vertreten, offen über Unterschiede im theoretischen und methodischen Hintergrund diskutieren: In einigen Fällen können diese erheblich sein, z. B. im Hinblick auf die Praxis, in der psychologischen und biomedizinischen Forschung monetäre Anreize zu bieten, im Gegensatz zur klassischen Soziologie und Anthropologie. Multidisziplinäre Teams sollten auf einen gemeinsamen Ansatz hinarbeiten, der auf einem transparenten Konsens und nicht auf Annahmen beruht.

In qualitativer Forschung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die Methoden wie Walkthroughs und Social-Media-Scrollbacks beinhaltet, sollten Forscher*innen die Teilnehmer*innen daran erinnern, dass sie die Entscheidungsgewalt darüber haben, welche IKT-Praktiken sie demonstrieren und welche Narrative sie durchlaufen (Moller & Robards, 2019, 102).

Ethisch wichtige Momente: Auf der Grundlage ihrer Forschung mit vulnerablen Migranten unterscheidet Tomkinson (2015) zwischen „Verfahrensethik“, d.h. den formalen Regeln, die das Forschungsdesign leiten, und „Alltagsethik“, d.h. den Standards der situativen Beurteilung, die die Feldarbeit leiten. Die „Alltagsethik“ erfordert von den Forscher*innen eine Reflexion der Forschungssituation wie auch ihrer eigenen Position. Konkret empfiehlt Tomkinson, ethisch wichtige Momente zu dokumentieren, die während der Feldarbeit auftreten. Dies umfasst nicht nur Kategorien, die im Forschungsdesign abgedeckt sind – wie z.B. Zufallsfunde –, sondern auch Momente, in denen sich der*die Forscher*in und/oder Teilnehmer*in einfach unwohl, bewegt, provoziert, etc. fühlt. Das Nachdenken über solche Momente kann Forscher*innen dabei helfen, sich komplexen Themen wie der wohlthätigen aber auch unheilvollen Verwendung von Daten zu nähern. In der Forschungsstation selbst sollte der*die Forschende darauf eingehen. Ein Beispiel: Im Fall eines*einer unsicheren oder verängstigtsten Teilnehmer*in kann der*die Forscher*in etwa darauf hinweisen, dass der Raum jederzeit verlassen und das Interview abgebrochen werden kann.

⁴ Ausführlichere Überlegungen dazu finden sich z.B. im American Anthropological Association Statement on Ethics (2012).

Sekundäre Daten

Bemerkenswert schwere Verstöße gegen Ethikstandards betrafen die Wiederverwendung von Daten, die zuvor für einen anderen Zweck erhoben wurden (European Commission, 2018a). Forscher*innen sollten immer den Kontext der ursprünglichen Datenerhebung evaluieren.

Öffentlich verfügbare Daten: Es sollten nur Daten verwendet werden, die öffentlich zugänglich sind oder vom Datensubjekt öffentlich gemacht wurden. Diese öffentliche Verfügbarkeit allein bedeutet jedoch nicht, dass es keine Grenzen für die Nutzung eines Datensatzes gibt: Es muss sichergestellt werden, dass jede Datenverarbeitung gegenüber der betroffenen Person fair ist und dass ihre Rechte bei allen Datenverarbeitungsaktivitäten respektiert werden. Forscher*innen müssen sicherstellen, dass Informationen über die Daten offen und öffentlich zugänglich sind und dass sie für Forschungszwecke verwendet werden dürfen. Dieser Schritt sollte auch eine Bewertung der Art und Beschaffenheit der Daten beinhalten, insbesondere wenn sensible Daten enthalten sind. *Relevanz und Kontext der ursprünglichen Datenerfassung:* Wenn personenbezogene Daten zuvor in einem anderen Kontext erhoben wurden, sollten Details zu den ursprünglichen Datenerhebungszwecken, der Methodik und der informierten Einwilligung untersucht werden. Die Erlaubnis der Eigentümer*innen/Verwalter*innen des Datensatzes/der Datensätze zur Verwendung der Daten oder die Einhaltung ihrer Bedingungen sollte eingeholt werden. Die Relevanz für die Forschungsthemen und eine klare Verbindung zwischen dem ursprünglichen und dem neuen Zweck müssen hergestellt werden (European Commission, 2018a).

Rechtliche Überlegungen und Sicherheitsvorkehrungen: Wenn die Verarbeitung sekundärer Daten durch ein Gesetz und/oder ein übergeordnetes öffentliches Interesse genehmigt ist, sollte das Gesetz oder die Richtlinie, die die Forschung genehmigt, angegeben werden. Wenn die Verwendung von Daten auf den berechtigten Interessen des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen beruht, sollten Einzelheiten über die Art und den Zweck des Datensatzes zusammen mit den Garantien (z.B. Anonymisierungs- bzw. Pseudonymisierungstechniken, Verschlüsselung), die seine Verwendung rechtfertigen, hinzugefügt werden (European Commission, 2018a).

Daten aus sozialen Medien

Die Nutzung von Social-Media-Daten für die Forschung erfordert spezifische ethische Erwägungen, einschließlich (aber nicht beschränkt auf) den Zugriff auf öffentliche Daten, die Erstellung von Profilen und Rückschlüsse auf Merkmale von Personen wie Alter, Ethnie, religiöse Überzeugungen, die Wahrung von Anonymität und die Achtung der Privatsphäre sowie Missbrauch von Forschungsergebnissen (European Commission, 2018a; Townsend & Wallace, 2016).

Erhebung und Verarbeitung von Daten in Nicht-EU-Ländern

Wenn Daten in die EU importiert bzw. aus der EU exportiert werden, müssen spezifische Richtlinien aufgestellt werden, insbesondere dann, wenn kein Angemessenheitsbeschluss der DSGVO vorliegt. In solchen Fällen erfordert die Datenverarbeitung ein spezielles Verfahren. Vor jeder Datenerfassungsaktivität sollten die Arten von Daten, die importiert oder exportiert werden sollen, identifiziert werden und die Einhaltung der Gesetze des Landes, in dem die Daten erfasst wurden, sichergestellt werden. Abbildung 1 (s. S. 48) zeigt den Umgang mit Daten in Nicht-EU-Forschungsstandorten am Beispiel des PERCEPTIONS-Projektes, in dem die Autor*innen als Teil eines interdisziplinären Teams forschen. Das PERCEPTIONS-Projekt umfasste qualitative Feldforschung mit (vulnerablen) Migranten, quantitative und qualitative Feldforschung mit Migrationsakteur*innen und politischen Entscheidungsträger*innen sowie die Sammlung und Analyse von Sekundärdaten und Daten aus klassischen und sozialen Medien. Es wurden drei Sicherheitsstufen festgelegt:

- Sicherheitsstufe 1: Nicht-personenbezogene Daten wie Projektberichte oder Publikationen werden zwischen EU- und Nicht-EU-Partnern in einer Cloud-Lösung ausgetauscht.
- Sicherheitsstufe 2: Nicht-personenbezogene Daten wie Stakeholder-Sammlungen, Sekundärdaten, Umfragedaten, Transkripte, Feldforschungsnotizen oder verpixelte Fotos werden in die EU importiert, aber nicht in Nicht-EU-Länder exportiert.
- Sicherheitsstufe 3: Personenbezogene Daten wie Formulare der informierten Einverständnis oder Audioaufnahmen von Interviews werden nicht zwischen EU und Nicht-EU-Ländern ausgetauscht.

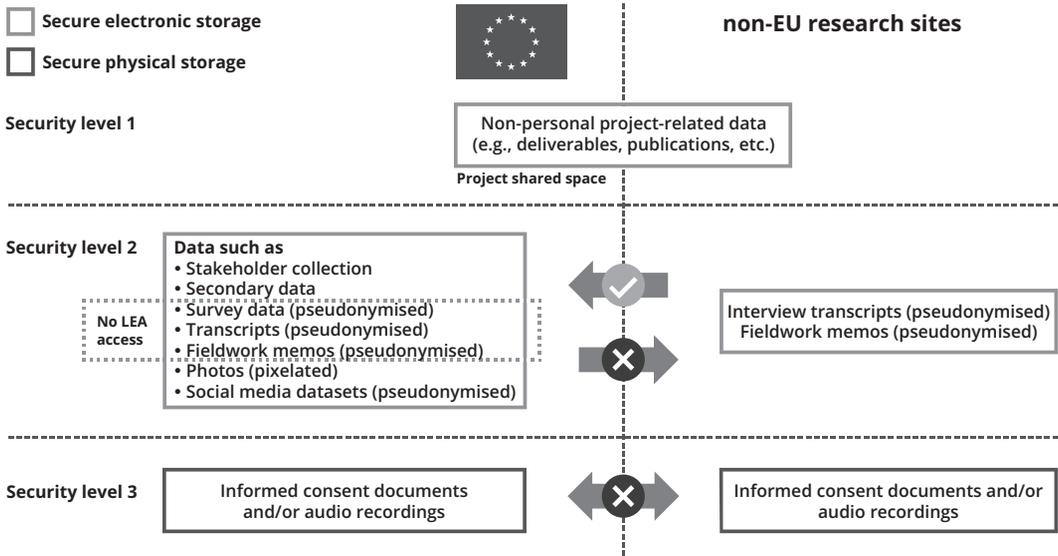


Abb. 1. Arbeitsablauf für den Datenaustausch mit Nicht-EU-Forschungsstandorten

Konkretes Beispiel: Verarbeitung von Daten in Nicht-EU-Ländern

Im Rahmen von EU-finanzierten Forschungsprojekten werden fallweise Strafverfolgungsbehörden miteinbezogen. In solchen Fällen ist es ratsam, zu spezifizieren, auf welche Daten diese Partner Zugriff haben (und beispielsweise Zugriff auf personenbezogene Daten bestimmter schutzbedürftiger Gruppen einschränken, deren Interessen mit denen des Staates kollidieren, wie z. B. irreguläre Migrant*innen, Sexarbeiter*innen usw.).

Nach der Datenerhebung

Die möglichen Folgen der Verarbeitung von Daten und der Berichterstattung darüber sollten berücksichtigt werden. Forscher*innen sollten sich fragen, ob die Daten in einer Weise verwendet oder interpretiert werden können, die den betroffenen Personen nützt, oder umgekehrt in einer Weise, die ihnen schadet. Idealerweise findet dies in Austausch mit den Forschungsteilnehmer*innen statt.

Wohltätige und böartige Verwendung von Daten

Van Liempt und Bilger (2012, 454) stellen fest, dass in der Auftragsforschung – eine Kategorie, die viele Studien über vulnerable Gruppen umfasst – die Weltsicht und Interessen der politischen Entscheidungsträger*innen und sogenannten „Stakeholder“ gegenüber den Weltsichten und Interessen der vulnerablen Gruppen überbetont werden. Bestimmte Ver-

wendungen von Daten über Migrant*innen können die asymmetrische Machtdynamik zwischen diesen Gruppen noch verschärfen. Dementsprechend ist es für Forscher*innen und Praktiker*innen, die mit der Datenerhebung befasst sind, von entscheidender Bedeutung, die potenzielle Verwendung der von ihnen erhobenen Daten zu hinterfragen. Van Liempt und Bilger (2012, 453) empfehlen, zwischen drei Kategorien von Daten zu unterscheiden:

- Informationen, die zu Vorteilen für die Teilnehmer*innen führen können;
- Informationen, die möglicherweise negative Auswirkungen auf das Leben der Teilnehmer*innen (oder der Gruppe, der die Teilnehmer*innen angehören) haben können;
- Informationen, die von den Teilnehmer*innen als ‚neutral‘ angesehen werden können.

Während einige Daten eindeutig in die eine oder andere Kategorie fallen, können andere in mehrere Kategorien fallen. Das PERCEPTIONS-Projekt beispielsweise untersucht die Beziehung zwischen Fehlinformationen (über die Bedingungen in Europa, Migrationsrouten usw.) und wahrgenommene ‚Bedrohungen‘ für verschiedene Bezugsobjekte (Migrant*innen, Aufnahmegesellschaften usw.). Einerseits hofft das Projektteam, dass die Ergebnisse dazu genutzt werden, Informationskampagnen zu verbessern und dadurch Migrant*innen zu helfen, sichere Entscheidungen zu treffen. Andererseits ist es möglich, dass die Ergebnisse als Rechtfertigung für Kampagnen verwendet werden,

die lediglich darauf abzielen, Migrant*innen abzuschrecken. Während Forscher*innen nicht immer kontrollieren können, wie die Daten verwendet werden, können sie kontrollieren, welche Daten gesammelt und verbreitet werden. In manchen Fällen kann das Forschungsteam entscheiden, dass die ethischen Risiken die Vorteile in der Verbreitung bestimmter Daten überwiegen.

Benefit-Sharing

Wohltätigkeit beinhaltet die ethische Verpflichtung, den möglichen Nutzen sowohl für die Studienteilnehmer*innen als auch für größere Gruppen von Individuen zu maximieren (Ellsberg & Heise, 2002, 1601). Die meisten Wissenschaftler*innen würden wohl zustimmen, dass Forschung bis zu einem gewissen Grad sowohl gegenüber ihren Zielgruppen als auch gegenüber der Gesellschaft als Ganzes ‚rechnungspflichtig‘ ist (European Commission, 2010). Die Europäische Kommission erkennt diese Verpflichtung in ihrem Leitfaden zu Forschung mit Flüchtlingen, Asylbewerber*innen und Migrant*innen (2020) konkret an. Darin wird gefordert, dass von der EU geförderte Projekte zum Thema Migration ein Strategiedokument darüber erstellen, wie sie ihre Relevanz für ihre Zielgruppe sicherstellen werden. Mackenzie et al. (2007) gehen noch einen Schritt weiter und stellen fest, dass Forschung mit Flüchtlingen nur dann gerechtfertigt werden kann, wenn sie einen gegenseitigen Nutzen für ihre Zielgemeinschaften mit sich bringt. Dieser Standpunkt könnte deduktiv auf andere vulnerable Gruppen ausgedehnt werden. Wie bei der Entscheidung, wie mit Zufallsfunden umgegangen werden soll,

muss die Entscheidung, wie die Wohltätigkeit von Forschungsergebnissen zu bewerten ist, von jedem Forschungsteam getroffen werden. Nach Ansicht der PERCEPTIONS-Forscher*innen müssen zumindest die Perspektiven vulnerabler Gruppen berücksichtigt werden, damit die Forschung über diese Gruppen nicht nur ethisch, sondern auch methodisch fundiert ist (vgl. Harrell-Bond & Voutira, 2007).

Fazit

Dieser Beitrag bietet eine Zusammenfassung derjenigen ethischen und rechtlichen Fragen, mit denen Forscher*innen und Praktiker*innen konfrontiert sind, die mit gefährdeten Gruppen arbeiten. Konkrete Beispiele wurden aus der Migrationsforschung übernommen. Tabelle 1 zeigt beispielhaft den Workflow, der ein ethisches Vorgehen garantiert. Weder dieser Beitrag noch die Tabelle sind als Ersatz für eine sorgfältige Abwägung von Fragen gedacht, die für bestimmte Kontexte spezifisch sind: Eine solche Abwägung muss in den gesamten Forschungsprozess eingeflochten werden und darf nicht als eine „Tick-the-Box“-Übung behandelt werden. In Anlehnung an Tomkinsons (2005) Unterscheidung zwischen „Verfahrens-“ und „Alltagsethik“ ist eine kontinuierliche Reflexion der Forscher*innen sowohl über die Forschungssituation als auch über ihre eigene Positionierung entscheidend.

Funding Acknowledgement. This research is conducted as part of the PERCEPTIONS H2020 project which has received funding from the European Union's H2020 research & innovation programme under Grant Agreement No. 833870.

PHASE	SCHRITT	MASSNAHME
Bei Projektstart	1	Etablierung grundlegender ethischer Prinzipien
	2	Identifikation relevanter Gesetze, Vorschriften und Richtlinien
	3	Optional: Erstellung einer Erklärung zur Einhaltung ethischer und rechtlicher Vorschriften auf der Grundlage der Schritte 1 & 2
	4	Etablierung grundlegender Datenschutzprinzipien
	5	Erstellung von Anonymisierungs- und Pseudonymisierungsprotokollen
	6	Etablierung eines System zur Trennung von anonymen/pseudonymen Forschungsdaten von persönlich identifizierbaren Informationen
	7	Optional: Erstellung von Datenverarbeitungsverträgen basierend auf den Schritten 4, 5 & 6
	8	Optional: Erstellung eines Verfahrens zur Datenschutz-Folgenabschätzung basierend auf Schritt 4, 5 & 6
Vor der Datenerhebung	9	Identifizierung der zuständigen institutionellen und nationalen Ethikbehörden
	10	Durchführen einer Ethik-(Selbst-)Beurteilung
	11	Identifizierung potenzieller Gefahren für Forscher*innen und Teilnehmer*innen
	12	Festlegung von Ausschlusskriterien für Forschungsstandorte und Teilnehmer*innen
	13	Identifizierung von Ressourcen zur Unterstützung von Forscher*innen und Teilnehmer*innen
	14	Erstellen klarer und verständlicher Informationsblätter in mehreren Sprachen und Formaten
	15	Erstellung von detaillierten schriftlichen und/oder mündlichen Einwilligungserklärungen unter Berücksichtigung insbesondere der Art. 9 und 13 GDPR
	16	Erstellung einer Richtlinie für Zufallsfunde
Während der Datenerhebung	17	Überwachung der Verwendung von Sekundärdaten
	18	Überwachen der Nutzung von Social-Media-Daten
	19	Überwachen der Feldarbeit (z. B. "ethisch wichtige Momente" aufzeichnen)
	20	Überwachung der Datenverarbeitung und -übermittlung, insbesondere in Drittländern
Nach der Datenerhebung	21	Identifizierung potenziell nützlicher und schädlicher Verwendungen der gesammelten Daten, Berücksichtigung der Auswirkungen der Verbreitung und Ergreifen von Maßnahmen zur Aufteilung des Nutzens, wo dies möglich ist
	22	Einhalten von Verpflichtungen gegenüber Teilnehmer*innen/Stakeholdern

Tab. 1. Ethik-Checkliste

Bibliographie

- American Anthropological Association (2012). *Statement on Ethics*. <https://www.americananthro.org/LearnAndTeach/Content.aspx?ItemNumber=22869>
- Barglowski, K. (2018). Where, what and whom to study? Principles, guidelines and empirical examples of case selection and sampling in migration research. In Zapata-Barrero, R., & Yalaz, E. (Eds.), *Qualitative Research in European Migration Studies* (pp. 151–170). Cham, Switzerland: SpringerOpen.
- Boyd, Z., & Bales, K. (2016). Getting what we want: Experience and impact in research with survivors of slavery. In Siegel, D., & de Wildt, R. (Eds.), *Ethical Concerns in Research on Human Trafficking* (pp. 173–190). Cham, Switzerland: Springer International.
- Breen-Smyth, M. (2020). Interviewing combatants: lessons from the Boston College Case. *Contemporary Social Science*, 15(2), 258–274. <https://doi.org/10.1080/21582041.2019.1637533>
- Calmbach, M. & Edwards, J. (2019). *Deutschland ist das Land der Chancen. Berufsorientierungen junger Geflüchteter. Eine qualitative SINUS-Studie*. Wiesbaden: Springer VS. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-24966-3.pdf>.
- Campbell, S.P. (2017). Ethics of research in conflict environments. *Journal of Global Security Studies*, 2(1), 89–101.
- Caroll, J. & Knerr, C. (1975). Confidentiality and social science research sources and data: The Popkin case. *Political Science Quarterly*, 6, 268–280.
- Duckworth, M.P., & Follette, V.M. eds. 2012. *Retraumatization: assessment, treatment, and prevention*. London: Routledge, Taylor & Francis Group.
- Ellsberg, M. & Heise, L. (2002). Bearing witness: ethics in domestic violence research. *The Lancet*, 359(9317), 1599–1604.
- EU Grants (2021). *How to complete your ethics self-assessment*. Resource document. European Commission. https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/how-to-complete-your-ethics-self-assessment_en.pdf
- European Commission Directorate-General for Research (2010). *European Textbook on Ethics in Research*. Brussels.
- European Commission Directorate-General for Research (2018a). *Guidance – Ethics and data protection*. Brussels: European Commission. https://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/grants_manual/hi/ethics/h2020_hi_ethics-data-protection_en.pdf
- European Commission Directorate-General for Research (2018b). *Guidance – Ethics in social science and humanities*. Brussels. https://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/other/hi/h2020_ethics-soc-science-humanities_en.pdf
- European Commission Directorate-General for Research (2020). *Guidance – Research on refugees, asylum-seekers & migrants*. https://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/other/hi/guide_research-refugees-migrants_en.pdf
- European Data Protection Board (2020). *Guidelines 05/2020 on consent under Regulation 2016/679*. https://edpb.europa.eu/sites/default/files/files/file1/edpb_guidelines_202005_consent_en.pdf
- European Network of Research Ethics Committees (2021). *European Network of Research Ethics Committees – EUREC*. <http://www.eurecnet.org/index.html>
- Fedyuk, O. & Zentai, V. (2018). The interview in migration studies: A step towards a dialogue and knowledge co-production? In Zapata-Barrero, R., & Yalaz, E. (Eds.), *Qualitative Research in European Migration Studies* (pp. 171–188). Cham, Switzerland: SpringerOpen.
- Fry, C. & Dwyer, R. (2001). For love or money? An exploratory study of why injecting drug users participate in research. *Addiction*, 96(9), 1319–1325.
- George, S., Duran, N., & Norris, K. (2014). A systematic review of barriers and facilitators to minority research participation among African Americans, Latinos, Asian Americans, and Pacific Islanders. *American Journal of Public Health*, 104(2), e16–e31.
- Harrell-Bond, B. & Voutira, E. (2007). In search of ‘invisible actors’: Barriers to access in refugee research. *Journal of Refugee Studies*, 30(2), 281–298.

- Head, E. (2009). The ethics and implications of paying participants in qualitative research. *International Journal of Social Research Methodology*, 12, 335–344 (2009). <https://doi.org/10.1080/13645570802246724>
- Jamieson, J. (2000). Negotiating danger in fieldwork on crime: A researcher's tale. In Lee-Treweek, G., & Linkogle, S. (Eds.), *Danger in the Field: Risk and Ethics in Social Research* (pp. 61–71). London: Routledge.
- Krause, U. (2017). *Researching forced migration: critical reflections on research ethics during fieldwork*. Refugee Studies Centre Working Paper Series No. 123. <https://www.rsc.ox.ac.uk/publications/researching-forced-migration-critical-reflections-on-research-ethics-during-fieldwork>
- Lowman, J. & Palys, T. (2000). Ethics and institutional conflict of interest: the research confidentiality controversy at Simon Fraser University. *Sociological Practice: a Journal of Clinical and Applied Sociology*, 2(4), 245–264.
- Mackenzie, C., McDowell, C. & Pittaway, E. (2007). Beyond 'do no harm': The challenge of constructing ethical relationships in refugee research. *Journal of refugee studies*, 20(2), 299–319.
- Møller, K. & Robards, B. (2019). Walking through, going along and scrolling back: Ephemeral mobilities in digital ethnography. *Nordicom Review*, 40 (Special Issue 1), pp. 95–109. doi:10.2478/nor-2019-0016.
- ORG (2019). *Controversial 'immigration exemption' used in 60% of cases, court case reveals*. Resource document. Open Rights Group. <https://www.openrightsgroup.org/press-releases/controversial-immigration-exemption-used-in-60-of-cases-court-case-reveals>
- Palys T. & Lowman J. (2012). Defending research confidentiality 'to the extent the law allows': Lessons from the Boston College subpoenas. *Journal of Academic Ethics*, 10(4), 271–297.
- Peterson, J. (2000). Sheer foolishness: Shifting definitions of danger in conducting and teaching ethnographic field research. In Lee-Treweek, G., & Linkogle, S. (Eds.), *Danger in the Field: Risk and Ethics in Social Research* (pp. 181–196). London: Routledge.
- Regulation (EU) 2016/679 of the European Parliament and of the Council on the protection of natural persons with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data, and repealing Directive 95/46/EC (General Data Protection Regulation) (2016). Official Journal of the European Union, L 119, 1–88. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2016:119:TOC>
- Russell, M.L., Moralejo, D.G., & Burgess, E.D. (2000). Paying research subjects: Participants' perspectives. *Journal of Medical Ethics*, 26(1), 126–130.
- Singer, E. & Kulka, R.A. (2001). Paying respondents for survey participation. In Van Ploeg, M., Moffitt, R.A., & Citro, C.F. (Eds.), *Studies of Welfare Populations: Data Collection and Research Issues* (pp. 105–128). Washington, DC: National Academy of Science
- Sluka, J. (2015). Managing danger in fieldwork with perpetrators of political violence and state terror. *Conflict and Society: Advances in Research*, 1, 109–124.
- Tomkinson, S. (2015). Doing fieldwork on state organizations in democratic settings: Ethical issues of research in refugee decision making. *Forum qualitative social research*, 16(1). <https://doi.org/10.17169/fqs-16.1.2201>
- Townsend, L., & Wallace, C. (2016). *Social Media Research: A Guide to Ethics*. The University of Aberdeen. <http://www.dotrural.ac.uk/socialmediaresearchethics.pdf>
- Van Liempt, I. & Bilger, V. (2012). Ethical challenges in research with vulnerable migrants. In Vargas-Silva, C. (Ed.), *Handbook of research methods in migration*, (p. 451). Cheltenham, Edward Elgar Publishing.
- Wackenhut, A.F. (2018). Ethical considerations and dilemmas before, during and after fieldwork in less-democratic contexts: some reflections from post-uprising Egypt. *The American Sociologist*, 49, 242–257.
- Wood, E.J. (2006). The ethical challenges of field research in conflict zones. *Qualitative Sociology*, 29, 373–386.
- Yamagishi R. (2009). *A Promised Land For Men: The Rising Popularity Of Hosts In Contemporary Japanese Society*. PhD Thesis. Singapore: National University of Singapore.

James EDWARDS

PhD, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater am SINUS-Institut in Berlin. Nach seiner Promotion in Systematischer Musikwissenschaft an der UCLA forschte er an der Okinawa International University und unterrichtete am Lewis & Clark College bevor er zu SINUS wechselte. Dort konzentriert er sich auf die Entwicklung von Methodenkompetenzen. Sein besonderes Interesse gilt quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden, soziotechnischen und sozioökologischen Systemen sowie der Entstehung und dem Wandel von marktwirtschaftlichen Gesellschaften.

Diotima BERTEL

Mag.^{a.}, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin bei SYNYO GmbH. Sie studierte Kommunikationswissenschaft, Philosophie und vergleichende Literaturwissenschaft. In ihrer Forschung konzentriert sie sich auf die Überschneidung von Wissenschaft, Gesellschaft und Technologie, die sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Technologie sowie die individuellen und gesellschaftlichen, ethischen und epistemologischen Implikationen von Technologie. Sie forscht in nationalen und europäischen Forschungsprojekten, unter anderem den EU-geförderten H2020 Projekten PERCEPTIONS und COVINFORM.

Fiona SEIGER

PhD, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Erasmus Universität Rotterdam. Ausgebildet als Soziologin an der National University of Singapore, beschäftigt sie sich seit mehr als einem Jahrzehnt mit dem Thema der Migration. Nach vielen Jahren der Forschung und Lehre in Singapur, Japan, und auf den Philippinen, kehrte Fiona 2016 nach Europa zurück und ist seitdem in europäische Forschungsprojekte (CrossMigration, PERCEPTIONS) involviert.

Jochen RESCH

MA, studierte Ethnologie und Erziehungswissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Während seines Studiums absolvierte er eine Ausbildung als Fotograf, gewann mit Fotografien einer Forschungsreise unter anderem den ersten Preis eines Fotowettbewerbs des GEO Magazins und stellte seine Bilder international aus. Vor seiner Zeit bei SINUS war er freier Marktforscher im Bereich FMCG bei der Gesellschaft für innovative Marktforschung in Heidelberg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich ethnografischer Lebensweltstudien im Kontext Flucht und Migration sowie bei den Themen soziale Kohäsion, Wohnen und Energie. Seit 2021 ist er als stellvertretender Direktor des Instituts insbesondere für die qualitative Methodik zuständig.

Rezensionen

Philipp Sarasin (2021). 1977. *Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp. 505 Seiten

1517 hat bekanntlich Martin Luther seine Thesen, welche die katholische Welt erschüttern sollten, veröffentlicht. Die Deklaration der Menschenrechte 1789 hat die Vorstellung Gleichheit und Gerechtigkeit nachhaltig verändert. Was war aber 1977 – müssen wir künftig dieses Datum als historischen Meilenstein ansehen?

Dass sich 1977 eine radikale Wende vollzogen habe, ist natürlich ein schriftstellerischer Trick, den der Schweizer Historiker Philipp Sarasin im Verlaufe seiner Darstellung auch einräumt: Manche der hier referierten Ereignisse und Phänomene haben eine Vorgeschichte, manche sind auch erst später zu gesellschaftlicher Relevanz gereift. Und auch geographisch bezieht sich die „Gegenwart“ v. a. auf die USA, Frankreich und Deutschland. (Der Tod Maos, ebenfalls 1977, der China nachhaltig veränderte, kommt nicht vor.)

Was Sarasin hier allerdings – spannend geschrieben – vorstellt, ist eine Erklärung für das Ende jener gesellschaftlichen Struktur, die gemeinhin als „Moderne“ bezeichnet wird und ihren Ursprung in der Französischen Revolution wie in der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts hatte. „Moderne“ bedeutet eine philosophische wie lebenspraktische Vorstellung hinsichtlich eines allgemein anzustrebenden gesellschaftlichen und technologischen Fortschritts. Das setzt wiederum voraus, dass wenigstens prinzipiell Wahrheit allgemein erkannt werden kann und umfassend gültige moralische Richtigkeit als Leitlinie vereinbar ist. Daraus folgt dann die Überzeugung von der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen, der Universalität der Vernunft und der Machbarkeit der Geschichte. – Wenn aber, hier zitiert Sarasin den französischen Philosophen Jean-François Lyotard, Wahrheitsdiskurse eben auch „nur Diskurse“ seien und wissenschaftliche Aussagen daher nur „Perspektivierungen“, dann ist der klassischen (marxistischen) Linken ebenso wie ihren konservativen Antipoden der Teppich unter den Füßen weggezogen.

Der universalistische Ansatz der Moderne, so Sarasin (426), wird in den 1970er Jahren durch „epistemologischen Individualismus“ und

durch „Pluralisierung der Referenzrahmen“ abgelöst. Auf Beispiele wird zahlreich verwiesen: Von Identitätspolitik, Betonung von Differenzierungsmerkern zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Hervorhebung individueller Freiheit gegenüber gesamtgesellschaftlicher Solidarität (Thatcher: „there is no such thing as society“) bis zur Postulierung eines „moralischen Pluralismus“ (380) beginnt sich der Blick auf die soziale Welt zu verändern.

Auch andere sind in letzter Zeit dem Thema des Bedeutungsverlustes universalistischer Ansätze in Politik und Sozialwissenschaft nachgegangen (vgl. Caroline Fourest: *Génération offensée*, Paris 2020; Helen Pluckrose & James Lindsay: *Cynical Studies*, Durham 2020). Das vorliegende Buch versucht aber zum Unterschied zu dieser Literatur nicht in erster Linie Positionen zu verteidigen bzw. gegen die Postmoderne zu polemisieren, sondern Erklärungen für die Wende anzubieten. Sarasin ortet deren Beginn im gleichzeitigen Aufkommen des Bewusstseins ökologischer Gefährdung der Erde (vgl. Club of Rome: „Die Grenzen des Wachstums“, 1972), der Erklärungen afro-amerikanischer, später feministischer Gruppen, dass formaljuristische Gleichstellung ihre Anliegen nur unzureichend befriedigen und schließlich in den Wahlsiegen neoliberaler Politik in USA (Reagan) und UK (Thatcher). All das habe zu einer Abwendung von großen Ideologien und zu einem weitverbreiteten Zweifel an der „Machbarkeit der Geschichte“ geführt. In den Sozialwissenschaften setzten sich ausgehend von den „Nouveaux Philosophes“ (in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft müsste man den Konstruktivismus nennen) zunehmend Zweifel an der Allgemeingültigkeit rationaler Erkenntnis durch.

Der Begriff der „Identitätspolitik“ taucht ebenfalls 1977 erstmals in den USA im Kontext schwarzer Bürgerrechtsaktivitäten auf und wird ab dann gehäuft Bestandteil des medialen Diskurses. Hierbei geht es, wie oben erwähnt, nicht in erster Linie um Transformation gesellschaftspolitischer Strukturen, sondern um die kommunikative Anerkennung der Besonderheiten spezifischer gesellschaftlicher Gruppen und ist insofern „postideologisch“ (426), da die jeweilige Selbstwahrnehmung und das in der jeweiligen Community geteilte Empfinden als Ausgangspunkt politischen Handelns gesehen

wird. Auf diese Weise wird allerdings auch die Grenze zwischen „links“ und „rechts“ brüchig: Auf Anerkennung ihrer Identität – hier freilich im ethno-territorialen Kontext verstanden – berufen sich auch die in dieser Zeit zuerst in Frankreich entstandenen rechtsextremen Identitären. Statt wie vorher auf unterschiedliche ökonomische Möglichkeiten der Menschen (in marxistischer Terminologie „Klassen“) wird nun zunehmend auf biologische und soziale Differenzmarker abgezielt: Ethnie, Geschlecht, sexuelle Orientierung, später dann auch auf gesundheitliche Parameter (etwa Übergewicht: „fat-shaming“). Nur in der Ablehnung der letzten vier Kennzeichnungen würden sich Identitätsorientierte voneinander unterscheiden. Das Rekurrieren auf ein von der jeweils eigenen Community geteiltes „imaginäres Wir“ sei linken wie rechten Identitären gemeinsam.

Sarasin zieht in diesem Zusammenhang eine spannende Parallele zur medientechnologischen Entwicklung: Plattenspieler, deren Abspielgeschwindigkeit reguliert werden kann, bringen ab den 70er Jahren die Existenz von „DJs“ in Diskotheken/ „Clubs“ hervor, die sehr bald ihr Publikum nach bestimmten sozialen Identitätsgruppen organisieren. Synthesizer ermöglichen die elektronische Produktion von Musik jenseits klassischer Instrumente, was wiederum zur Verbreitung v.a. über Tonträger (individuelle Zuwendung) zuungunsten von Live-Konzerten (kollektive Zuwendung) führt. Der in den 1970ern zur Marktreife gelangte „Apple II“ wurde „als eine Art universales Selbstermächtigungsinstrument“ (247) vorgestellt, das von der Einstellung des individuellen Biorhythmus über den Wissensaustausch bis zum Haushaltsbudget der persönlichen Optimierung dienlich sei. Zur selben Zeit ermöglicht der Videorecorder erstmals eine Entkoppelung der Fernsehrezeption vom ausgestrahlten Programm und damit auch eine Individualisierung und Singularisierung der Nutzung. Die Fitnesswelle, von Schauspielerinnen und Schauspielern über Videokassetten popularisiert, steht laut Sarasin am Beginn der durch Medientechnologie beförderten kollektiven Individualisierung (wie wir sie heute im Zusammenhang mit Social Media kennen), die „multiple Welten bei rapide blasser werdenden Gemeinschaften“ (422) schafft – damit aber auch gesamt-politisches Handeln in den Hintergrund rückt. Der Begriff der „Autonomie“, so Sarasin, habe ab den 1970er Jahren den der „Emanzipation“ in der Repräsentation

durch Massenmedien ersetzt. Genau das sei ein Indikator für die Ablösung der auf der Gültigkeit von Universalität beruhenden Moderne.

Das Puzzle, das Philipp Sarasin hier zusammenfügt ist manchmal so bestechend, dass man sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren kann, der Autor habe ein paar seiner Stücke ein wenig zurechtgeschnitten, damit sie passend werden. Dennoch, die Diagnose des grundlegenden gesellschaftlichen Wandels weg von der Moderne (was auch eine zumindest partielle Perspektivenänderung der Sozialwissenschaften impliziert) liegt auf der Hand. Wenn man zusätzlich noch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um adäquate Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hernimmt (die bei Sarasin logischerweise keine Rolle spielen), so sind sie eindeutig eine aktuelle Bestätigung für die „Pluralisierung der Referenzrahmen“ (426) in der Postmoderne. Anregend über Kulturwandel nach- und eigene Positionen zu überdenken ist „1977“ auf jeden Fall.

Roman Hummel, Salzburg/Wien

Ziko VAN DIJK, ZIKO (2021). *Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung*. Bielefeld: transcript Verlag, 338 Seiten.

Wahrscheinlich hat jeder/jede schon mindestens einmal Wikipedia benutzt, wenn es darum ging sich schnell zu einem bestimmten Thema zu informieren. Für manche NutzerInnen gilt auch: wenn es keinen Wikipedia-Eintrag hat, existiert es nicht. Ganz so universal ist das wohl bekannteste Online-Lexikon dann doch nicht. Aber zweifelsohne ist es für viele wohl die erste Anlaufstation. Welche/r diese/r NutzerInnen hat sich jedoch mit dem System dahinter befasst und wie viele wissen überhaupt, dass der Begriff des Wikis und Wikipedia nicht identisch sind, obwohl sie oftmals synonym verwendet werden? An dieser Stelle sei erwähnt, dass das Wiki-Konzept viel älter ist, als das Online-Lexikon und es wird zudem für viele weitere, wenn auch wesentlich kleinere, Webseiten verwendet. Hinter diesem Konzept steckt der Anspruch, dass der Inhalt auf diesen Webseiten gemeinschaftlich erstellt und von jedem verändert werden kann – theoretisch zumindest.

Wikipedia wird im vorliegenden Buch des promovierten Historikers Ziko van Dijk, der sich umfassend und intensiv mit dem Internetportal auseinandergesetzt hat, als Paradebeispiel für eine gelungene Umsetzung des Wiki-Konzepts herangezogen.

Gleich zu Beginn des Buches stellt van Dijk den Forschungsstand vor und zeigt auf, dass es bereits Studien zu Wikis aus verschiedenen Bereichen gibt – jedoch weisen diese das Defizit auf, dass die jeweilige Fachwissenschaft im Zentrum steht und nicht das Wiki-Konzept an sich. Obwohl es immer wieder interdisziplinäre Ansätze gibt, fehlt es bisher an einem etablierten, konturierten Forschungsgebiet, das Wikis und die Wikipedia umfasst. Van Dijk stellt Überlegungen an, wie eine Abgrenzung zur bisherigen Forschung stattfinden könnte und weist daraufhin, dass es Wissen aus verschiedenen Fächern braucht, um Wikis umfassend verstehen zu können. Das erste Problem tritt bereits hinsichtlich der Definition auf. Was genau ist ein Wiki überhaupt, was sind seine Merkmale und was unterscheidet es von anderen Konzepten? Der Forscher versucht sich an einer Erklärung und beschreibt ein Wiki als Medium, das die Produktion (Erstellung und Veränderung von Inhalt) und Distribution von gemeinschaftlichem Inhalt ermöglicht. Die Besonderheit liegt dabei unter anderem darin, dass nachvollziehbar ist, welche Änderungen von wem vorgenommen wurden.

Der Anspruch des Autors besteht darin, eine Zusammenschau zu schaffen, um damit einen Beitrag zum sich entwickelnden Forschungsgebiet zu leisten. Zentrale Leitfragen sind dabei unter anderem was die Eigengesetzlichkeiten, Stärken und Schwächen von Wikis sind, wie eine Zusammenarbeit möglich ist, wer Regeln aufstellt und wie sie gehandhabt werden sowie Fragen hinsichtlich des Inhalts – welcher eignet sich und wie kann die Qualität verbessert werden? Bereits an diesen Fragestellungen zeigt sich wie groß das zu behandelnde Thema eigentlich wäre. Einschränkungen waren daher unumgänglich, weshalb die Konzentration des Autors auf offen-öffentlichen Wikis nach dem Vorbild von Wikipedia sowie der MediaWiki-Software liegt. Im Mittelpunkt der Forschung steht die deutschsprachige Wikipedia, auch wenn immer wieder anderssprachige Versionen zum Vergleich herangezogen werden. Dabei gibt es ebenso einige Schwesternprojekte, die

sich als Auslagerung verstehen lassen, wie Zitatsammlungen, historische Quellentexte oder Bild- und Videosammlungen, die ebenfalls angesprochen werden. Daneben gibt es noch andere Wiki-Varianten, wie Unternehmenswikis, Fan-Wikis, Reisewikis, Stadt- oder Regiowikis, um nur einen Bruchteil zu nennen. Einen Eindruck wie viele Formen es gibt, bekommt die/der LeserIn, dank der eingefügten Liste mit einer Auswahl an Wikis – solche Auflistungen, Tabellen und Diagramme ziehen sich durch das gesamte Buch und fassen theoretische Sachverhalte bildlich zusammen. Auch für Statistik-Fans ist somit immer wieder etwas dabei. Kaum ein/e BenutzerIn dürfte Wikis und die Wikipedia so in ihre Einzelteile zerlegt haben, wie dies van Dijk hier macht. Er verdeutlicht, dass Wiki-bezogene Phänomene auf drei Ebenen stattfinden und beschrieben werden können: er unterscheidet eine technische, soziale und kulturelle Dimension. Diese Terminologie soll dabei helfen, keine Einzeldisziplin zu stark zu betonen.

Van Dijk hat seine Studie in fünf große Abschnitte unterteilt: Neben einer allgemeinen Einführung zum Thema sind die übrigen Kapitel enger gefasst und behandeln die zentralen Elemente der Thematik, wie Akteure, rechtliche Fragen, den Inhalt und nicht zuletzt eines der Unterscheidungskriterien von anderen Konzepten sowie Kollaboration und wie diese stattfinden kann. Ohne Akteure würde es auch kein Wiki geben, daher ist es nur verständlich diese Gruppe an den Anfang zu stellen. Akteure meint hier Eigentümer, Rezipienten und Modifizienten. Gerade bei letzteren beiden ist eine klare Trennung nicht möglich, da Modifizienten regelmäßig in die Rolle des Rezipienten wechseln. Abgesehen davon, dass jede/jeder ein Wiki einrichten kann, gibt es unterschiedliche Motive aus denen dies geschieht: Wohltätigkeit, Geschäft oder Hobby sind nur drei davon. Traditionellerweise ist die Gruppe der Modifizienten für die Eigentümer die wichtigste Gruppe an Akteuren, da sie sich für den Inhalt verantwortlich zeichnen. Jedoch stellt ein Mangel an Rezipienten den Aufwand in Frage. Je mehr Rezipienten, umso höher das Prestige, umso höher etwaige Einnahmen und umso mehr Modifizienten werden motiviert mitzumachen.

Van Dijk fragt unter anderem auch nach der Motivation der anderen Beteiligten, warum sie beispielsweise das Wiki besuchen, sich aktiv einzubringen oder welche Kompetenzen dafür überhaupt notwendig sind und wie diese erworben werden können. Ebenso beschäftigt sich der Forscher mit der Frage nach der Gemeinschaft, Gemeinschaftsbildung, der inneren Organisation und wagt zudem einen Ausblick auf den Gender Gap. Dabei wird deutlich, dass in der bisherigen Forschung vor allem zwei Lücken in dieser Hinsicht behandelt werden: zum einen die generell niedrige Beteiligung von Frauen als Modifizierenden, zum anderen die dadurch entstehende inhaltliche Lücke, indem Themen fehlen, die als „typisch weiblich“ gelten. Während van Dijk ansonsten sehr differenziert ist, macht er in diesem Bereich Verallgemeinerungen ohne diese näher zu hinterfragen. Was ist „typisch weiblich“ und liegt der Grund für die geringe Beteiligung wirklich nur darin, dass die Software-Entwickler Männer sind und Frauen damit ihre Schwierigkeiten haben könnten? Gerade diese Aussagen dürften Personen, die sich mit der Gender-Thematik intensiver auseinandersetzen negativ auffallen. Dazu sei aber auch ergänzend angemerkt, dass der Autor dieser Frage ausschließlich in diesem kurzen Kapitel nachgeht, was auch ein Ansatzpunkt sein mag, weshalb er hier weniger eigene Beobachtungen als vielmehr eine Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse vorlegt.

In einem Feld, in dem Personen zusammenarbeiten und sich eine eigene Kultur herausbildet, braucht es Regeln, welche die Zusammenarbeit kodifizieren.

Der rechtliche Rahmen hinsichtlich der Wiki- und Wikipedia-Thematik wird von vier größeren Bereichen abgesteckt: dies ist erstens das allgemeine oder staatliche Recht, das für alle Menschen in einem Land gilt. An zweiter Stelle Regeln, die eigentümer-spezifisch sind, drittens, Regeln, die für Modifizierenden gelten und zu guter Letzt gibt es Regeln und Standards, welche für das Gesamt-Wiki von Bedeutung sind, wie beispielsweise Rechtschreibregeln. Das Kapitel „Recht und Regeln“ mag auf den ersten Blick sehr theoretisch erscheinen, zeigt bei näherer Betrachtung jedoch seine unbedingte Relevanz. Meistens gibt es keinen Kodex oder eine Sammlung, in der alle geltenden Vorschriften eines Wikis zusammengefasst werden.

Oftmals sind diese über mehrere Seiten verteilt und werden zusätzlich durch soziale Normen und ungeschriebene Regeln ergänzt. Dabei geht es bei den Vorschriften nicht nur um die Zusammenarbeit und wer Inhalt wie verändern darf, an dieser Stelle wird auch festgelegt, was Haupt- und was Nebeninhalt ist. Werden Regeln verletzt gibt es Sanktionen, welche unterschiedlich ausfallen können – je nachdem ob gegen staatliches oder Wiki-internes Recht verstoßen wurde. Sie reichen von Benutzerkontosperrung, bis hin zur Löschung von Einträgen, auch soziale Maßregelungen wie die Meidung der/des Betroffenen können die Folge eines Fehlverhaltens sein.

Im Zuge von Sanktionierungen kommt es immer wieder zu Selbstjustiz durch andere (anonyme) User, zum Beispiel in Form von sog. „Harassment“. Dabei werden NutzerInnen von anderen extrem angefeindet und sogar mit dem Tode bedroht. Diese „Bestrafung“ wird zur „Zweckentfremdung“ von Wikis gezählt – von diesen gibt es viel mehr, als an dieser Stelle genannt werden können. Eine tabellarische Auflistung im Buch vermittelt jedoch einen guten Eindruck von der Vielfalt. Neben Vandalismus und Mobbing ist das Urheberrecht ebenfalls regelmäßig Diskussionsgegenstand. Wie dies in den einzelnen Wikis gehandhabt wird ist Teil der jeweiligen Regeln. Van Dijk zeigt auf wie vielschichtig und kompliziert das Urheberrecht ist und wie viele Stolperfallen sich hierbei ergeben können. Ohne böswillige Absicht kann es passieren, dass eine Urheberrechtsverletzung begangen wird und somit Strafen drohen.

Werden in Kapitel eins bis drei die Eckpfeiler deutlich gemacht, widmet sich der vierte Abschnitt dem eigentlichen Kern von Wikis und der Wikipedia – dem Inhalt.

Wie bei den vorangegangenen Themen, nähert sich van Dijk hier ebenfalls langsam an und betrachtet unter anderem erstmal die Herkunft des Inhaltes – er geht sogar soweit und fragt danach was Wissen ist, wie Wissen entsteht, wie es sich verbreitet und wer unter Umständen davon ausgeschlossen wird. An dieser Stelle wird deutlich wie vielfältig die Zugänge des Forschers sind, ist hier doch eindeutig ein philosophischer Aspekt erkennbar. Um Wissen zugänglich zu machen, bedarf es in erster Linie vor allem AutorInnen. Im Kontext von Wikis spricht van Dijk von zwei verschiedenen

AutorInnenschaftsmodellen: zum einen gibt es eine/n „schwachen AutorIn“, die/der als Mittler dient und Wissen mittels Sekundärquellen zugänglich macht. Zum anderen spricht er von einer/m „starken AutorIn“, die/der eine umfassende Kompetenz hat, Primär- und Sekundärquellen nutzt und diese kritisch auswertet. Sowohl die eine, als auch die andere Form hat Vor- und Nachteile. Welche Art von AutorIn bevorzugt wird, richtet sich nach dem jeweiligen Wiki.

Der Inhalt selbst folgt einer gewissen Makrostruktur, muss jedoch ebenfalls bestimmte Kriterien erfüllen, wie beispielsweise Aktualität, Übersichtlichkeit, Vollständigkeit, Neutralität oder auch eine gewisse Relevanz, wobei die Kriterien diesbezüglich umstritten sind und es darüber häufig Diskussionen auch innerhalb der Wiki-Gemeinschaft gibt. Natürlich umfasst der Inhalt mehrere Aspekte, wie beispielsweise Sprache, soziale und technische Dimensionen, die jeweils in einem eigenen Abschnitt behandelt werden. Van Dijk geht auch auf die Nutzung von Wikis in der Politik ein. Auf Grund ihrer Struktur wurde/wird immer wieder mal versucht Wikis für die politische Willensbildung einzusetzen. Dahinter steckt die Idee, dass Modifizierenden gemeinsam politische Standpunkte herausarbeiten, was dem dadurch entstandenen Produkt letztendlich eine höhere demokratische Legitimation verleihen soll. Bisher hat es sich jedoch nicht durchgesetzt.

Wenn es um die Inhaltsproduktion geht, steht bei Wikis die Kollaboration im Mittelpunkt, ist es doch eines der entscheidenden Kern- und Unterscheidungsmerkmale.

Ideal und Wirklichkeit driften dabei jedoch oftmals stark auseinander. Inhalt wird nicht immer kollaborativ erstellt und auch wenn, bedeutet es nicht automatisch, dass er von besonders guter Qualität ist. Ebenso wird eine Zusammenarbeit von den Beteiligten in vielen Fällen als wenig angenehm empfunden und kann zu Blockaden führen.

Es gibt nicht nur verschiedene Kollaborationsformen, wie Kooperation, Koordination oder Competition, sondern auch verschiedene Stufen. Je nach Ausmaß wird von keiner, insularer, starker oder schwacher Kollaboration gesprochen. Auf ein und derselben Plattform können mehrere dieser Formen nebeneinander bestehen. Während Kollaboration die Handlung an

sich meint, spricht man in Bezug auf die soziale Ebene der Zusammenarbeit von Gemeinschaftlichkeit. Zentral in diesem Abschnitt sind zudem die Begriffe und vor allem die Unterscheidung zwischen Community, Crowd und Crowdsourcing. Letzterer stammt aus einem kommerziellen Zusammenhang und eignet sich für die Beschreibung von Wiki-Inhalten daher nur bedingt. Während eine Crowd zwar die gleichen Eigenschaften oder Haltungen teilt, bleibt sie im Gegensatz zur Community isolierter und kommuniziert nicht miteinander. Auch hier können wieder mehrere Formen parallel in einem Wiki existieren.

Damit ein Inhalt gemeinschaftlich erarbeitet werden kann, spielt neben technischen Voraussetzungen auch die soziale Dimension, wie die Beachtung von Standards, eine Rolle. Wiki-Regeln, geben klar vor, wie die Zusammenarbeit auszusehen hat. In der Praxis hat sich laut van Dijk jedoch gezeigt, dass es Inhalte gibt, die sich für eine gemeinschaftliche Erstellung und Bearbeitung mehr eignen als andere. Zudem hat sich das Konzept der HauptautorInnenschaft, entgegen den eigentlichen Richtlinien, oftmals etabliert. Der/dem HauptautorIn wird bei der Bearbeitung des Textes besonders viel Mitspracherecht eingeräumt, nicht immer lassen sie Kollaboration zu, was sich wiederum negativ auf den Inhalt auswirken kann. Wo Menschen zusammenarbeiten (sollen) entstehen auch Konflikte. Dieser Thematik nimmt sich van Dijk ebenfalls an und fasst zusammen, welche Möglichkeiten der Konfliktlösung sich hier nach bisherigen Forschungen etabliert haben: Ausstieg, Aushandlung oder der externe Eingriff, mit jeweiligen Folgen für die Beteiligten und das Wiki selbst. Abgeschlossen wird der inhaltliche Teil des Buches nicht, wie meistens üblich, mit einer Zusammenfassung, sondern mit einer Schlussbetrachtung, in der van Dijk die Herausforderungen und in gewisser Weise auch Schwachstellen des Wiki-Konzepts und eines möglichen Forschungsgebietes in den Fokus rückt.

Der Autor wählt vorwiegend einen geisteswissenschaftlichen Zugang zum Thema, zeigt jedoch auf, wie wichtig gerade in diesem Forschungsfeld Interdisziplinäre Zusammenarbeit ist. Im Zentrum stehen mehr Ideen und weniger Gesetzmäßigkeiten. Van Dijk versucht, wie er dies selbst bereits zu Beginn klar stellt,

Grundannahmen zu Wikis mit Theorien und Untersuchungen anhand der Literatur zu verbinden, was er ohne Zweifel auch leistet. An manchen Stellen wirkt die Abhandlung jedoch mehr wie eine Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse, garniert mit eigenen Beobachtungen und Hypothesen des Autors, die einer weiteren Bestätigung bedürfen.

In der selbsternannten Zusammenschau, die van Dijk hier vorlegt, gibt er zudem Anreize in welche Richtung mögliche weitere Forschungen gehen könnten; so regt er beispielsweise hinsichtlich der Wiki-Kultur und der dadurch entstehenden Fachsprachen an, die Terminologie in der deutschsprachigen Wikipedia auf ihre Herkunft und Anwendung zu untersuchen.

Generell ist die Studie sehr kleinteilig, aber gut strukturiert, aufgebaut. Bereits bei der Kapiteldurchsicht wird deutlich, aus wie vielen Dimensionen sich ein Wiki zusammensetzt und was es alles zu erforschen geben würde – nicht nur auf einer rein technischen, sondern ebenso auf einer sozialen Ebene. Vielleicht ist es gerade diese Vielschichtigkeit, die den Autor dazu verleitet an manchen Stellen in Gedankenexperimente abzudriften und den eigentlichen Fokus zu verlieren. Wer sich von dieser Studie eine kompakte und zielgerichtete Analyse für einen ersten Einstieg in die Thematik erhofft, wird eher enttäuscht sein. Ein gewisses Vorwissen in Fächern wie beispielsweise Soziologie, Informatik, Kommunikation oder auch Psychologie ist sicherlich keine Voraussetzung, aber von Vor-

teil, um den Inhalt vollumfänglich erfassen zu können.

Die allgemeinen Ausführungen zu Beginn, sowie das Glossar am Ende, sind jene Abschnitte, die für bisherige Laien auf diesem Gebiet einen besonderen Mehrwert bieten und einen Einstieg in die Thematik erleichtern. Besonders hilfreich sind zudem die vom Autor selbst erstellten Tabellen und Grafiken, womit die zentralsten Punkte eines Wikis und der Wikipedia zusätzlich visualisiert werden. Ebenfalls besonders positiv hervorzuheben sind die Zusammenfassungen am Ende eines jeden Kapitels, in denen der Inhalt wiederholt und pointierter dargestellt wird. Wer nicht so viel Zeit investieren möchte, kann sicherlich auch nur diese lesen und wird dadurch bereits ein gutes Gespür für die Thematik bekommen. Dank der angefügten Literaturliste ist eine selbstständige, vertiefende Beschäftigung ohnehin ohne weiteres möglich.

Zusammengefasst kann davon gesprochen werden, dass das vorliegende Werk von Ziko van Dijk das leistet was es verspricht: *Wiki und die Wikipedia verstehen* ist eine dichte, aber kompakte Einführung und zeigt vorwiegend die Komplexität aber auch Chancen eines möglichen, bisher noch nicht klar existenten, Forschungsfelds auf.

Bianca Burger, Wien

Nachruf

Marianne Lunzer 1919-2021

Doyenne der österreichischen Mediengeschichte

Wolfgang Duchkowitsch

Marianne Lunzer, Vorständin des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien von 1981 bis 1985, starb am 27. Juli, eine Woche nach ihrem 102. Geburtstag. Am Geschehen des Instituts nahm sie bis zuletzt Anteil. Anlässlich ihres 100. Geburtstags hatte das Institut ihr Schaffen und Wirken als Lehrende im Rahmen einer abendlichen, musikalisch begleiteten Feierstunde gewürdigt. Der große Hörsaal des Instituts mit einem Fassungsvermögen von rund 150 Personen war dabei randvoll gefüllt. Die Jubilarin erlebte vor der ersten Reihe im Rollstuhl sitzend, wie sich drei ihrer ehemalige Studenten in den 1970er Jahren, Manfred Bobrowsky, Roland Burkart und der Autor, sowie Wolfgang R. Langenbacher, ihr Nachfolger am Institut, an ihre temperamentvolle Art mit großem Dank erinnerten. Die Begegnung mit ihr klang mit dem bekannten „Gaudeamus igitur“ aus, intoniert von zwei Saiteninstrumenten, an diesem Abend eine intime Atmosphäre schier ohnegleichen zaubernd.

Marianne Lunzer, gebürtig Pig, promovierte 1942 nach einem Studium der Germanistik an der Universität Wien. Sie begann ihre wissenschaftliche Laufbahn im Wintersemester 1942/43 als „Verwalterin einer Assistentenstelle“ am kurz zuvor eröffneten Institut für Zeitungswissenschaft der Universität Wien. Im Sommersemester 1944 zur „nichtständigen Hochschulassistentin“ ernannt, betraute sie der Institutsvorstand a. o. Univ. Prof. Dr. Karl Kurth anlässlich seines freiwilligen Beitritts in die Deutschen Wehrmacht mit der stellvertretenden Leitung des Instituts. Im April 1945 verblieb sie als einzige nicht NS-belastete Person am inzwischen geschlossenen Institut. Dank Ihrer Entschlusskraft konnten die Institutsräume im I. Wiener Gemeindebezirk (Hessgasse 7) der Universität erhalten bleiben und die zerstörten Institutseinrichtungen wiederhergestellt werden, sodass im Sommersemester 1946 der Vor-

lesungs- und Übungsbetrieb gewährleistet war, nachdem sie sich erfolgreich um die Wiedereröffnung des Instituts gekümmert hatte. Aufbauarbeiten unter den schwierigen Verhältnissen der langen Nachkriegszeit sowie Verpflichtungen in Lehre und Forschung, für die sie selbstständig verantwortlich war, nahmen ihre Kapazität voll in Anspruch und verzögerten ihre Habilitation. So erwarb sie die *Venia Legendi* für Zeitungswissenschaft erst 1954. Vier Jahre später wurde sie pragmatisiert und zum wissenschaftlichen „Oberrat“ ernannt. 1965 erhielt sie den Theodor Körner Förderungspreis. 1973 erfolgte ihre Ernennung zum a. o. Univ. Prof. „neuen Typs“. Ende 1981 übernahm sie nach dem Tod von o. Univ. Prof. Dr. Kurt Paupié die Leitung des Instituts. Diese Funktion nahm sie – inzwischen zur tit. O. Univ. Prof. ernannt – bis zu ihrer Emeritierung 1985 wahr.

Lunzer hat das gesamte Spektrum der Pressegeschichte in der Lehre abgedeckt. Ihre Forschungsschwerpunkte richteten sich neben Flugblättern der Reformationszeit auf Fragen des Parteienjournalismus, der Medienpolitik, der Zeitschriftenentwicklung, im speziellen der Frauenzeitschriften, sowie der Frau als Leserin. Dabei ging es ihr nie darum, nach außen hin präsent zu sein, sondern stets darum, nach innen zu wirken, ihre Forschungsergebnisse direkt in den Dienst der Lehre zu stellen, umweglos, in direkter Kommunikation den Studierenden, ihren ersten AdressatInnen zu vermitteln und auf Seminar- oder Forschungspraktikumsebene zu vertiefen oder zu erweitern. Gemäß dieser Haltung erwarb sie ganz besondere Verdienste bei der Betreuung ihrer DissertantInnen, insgesamt 230, immer daran interessiert, ein Gesprächsklima zu schaffen, das für jede Individualität offen und fruchtbar war. Zu ihren exquisiten Verdiensten zählt, dass der Blick ihrer StudentInnen über die flüchtige Ebene der Tagesaktualität auf den Motivhorizont der Kommunikation gehoben

und retrospektiv vertieft werden konnte. Lunzer ist es zu verdanken, dass Medien- und Kommunikationsgeschichte, wie sie am Wiener Institut nach ihrer Emeritierung sorgsam gepflegt wurde und weiterhin wird, einen hervorragenden Status im deutschsprachigen Raum genießt.

Die erste Vorlesung, die ich bei ihr hörte, führte mich in die Freiheitswelt der Publizistik im Sturmjahr 1848. Von einer Stunde zur nächsten war ich gespannt, wie es mit der Revolution in Wien weitergeht. In meiner Gymnasialzeit hatte ich von 1848 nichts gehört, nur von Kaisern und Königen, von Feldherrn, von Schlachten und Friedensschlüssen, aber nicht von Menschen, die

sich für das Los von Menschen medial eingesetzt haben. In einer nachfolgenden Vorlesung ging es mir nicht anders. Das Thema war Parteienjournalismus im ausgehenden 19. Jahrhundert. In diesen beiden Lehrveranstaltungen veränderte sich mein bürgerliches Weltbild grundlegend.

Lunzer hat mich historisch denken gelehrt, ja, letztlich überhaupt denken gelehrt. Als ich 1985 mit Freunden, allen voran Fritz Hausjell, Oliver Rathkolb und Theo Venus, sowie Studentinnen der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft eine historische Fachzeitschrift ins Leben rief – ihr Name: „medien & zeit“ –, geschah dies im Geist von Marianne Lunzer.

Empfehlung



Nomos



HERAUSGEGEBEN, EINGELEITET UND KOMMENTIERT
VON WOLFGANG DUCHKOWITSCH

Emil Löbl Kultur und Presse

Reihe *ex libris kommunikation*, Band 19
2017, 326 Seiten, Broschiert,
59 Euro
ISBN 978-3-8487-3961-5

Am Beginn des 20. Jahrhunderts war die Presse zu einem mächtigen Mitspieler in Staat und Gesellschaft geworden. Die Wissenschaft jedoch beachtete ihn damals noch kaum. Also versuchten Journalisten und Verleger dem Publikum die Bedeutung des Journalismus zu erklären. Es entstand die sogenannte ‚Praktikerliteratur‘.

Als die „wichtigste, sachlich und gedanklich reichste, anregendste und wirkräftigste Schrift eines Praktikers“ gilt das 1903 erschienene Buch „Kultur und Presse“ von Emil Löbl, der Redakteur in Wien war. Löbl wollte damit auch die Grundlage für die wissenschaftliche Disziplin der Zeitungskunde schaffen.

Viele Gedanken Löbls, nicht zuletzt zur Wirkung der Presse, lesen sich ganz gegenwartsnah, auch wenn sie heutzutage auf neue Medien bezogen werden.

<https://www.nomos.de/>

nomos@nomos.de

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung“ Währinger Straße 29, 1090 Wien